

Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/106

106. Sitzung

Mittwoch, den 29. März 2000

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

„Lage der Ausbildung bei neuen IT-Berufen in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Green-Card-Diskussion“ 8003
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/5543 -

„Auswirkungen des Regionalnetzentwicklungskonzepts (Regent) der Deutschen Bahn AG auf den Schienenpersonennahverkehr in Rheinland-Pfalz“ 8017
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/5565 -

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Kongresses der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas beim Europarat 8028

Auf Vorschlag der Fraktion der SPD wird Landtagspräsident Christoph Grimm einstimmig für die Vierte Amtszeit zum stellvertretenden Mitglied des Kongresses der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas beim Europarat gewählt. 8028

8000 Landtag Rheinland-Pfalz - 13. Wahlperiode - 106. Sitzung, 29. März 2000

Landesgesetz zur Förderung von Handwerksbetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen und Existenzgründungen Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4216 - Zweite Beratung	8028
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5473 -	8028
Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/3703 -	8028
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5428 -	8028
Technologietransfer in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der SPD - Entschließung - - Drucksache 13/4624 -	8029
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5429 -	8029
Mittelstand in Rheinland-Pfalz stärken Antrag der Fraktion der F.D.P. - Entschließung - - Drucksache 13/3906 -	8029
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5537 -	8029
Entwicklung des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/3891 -	8029
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5550 -	8029
<i>Die Drucksachen 13/4216/5473/3703/5428/4624/5429/3906/5537/ 3891/5550 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.</i>	
<i>Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4216 - wird in zweiter Beratung mit Mehrheit abgelehnt.</i>	8047
<i>Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/3703 - wird mit Mehrheit abgelehnt.</i>	8047
<i>Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/4624 - wird mit Mehrheit angenommen.</i>	8047
<i>Der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. - Drucksache 13/3906 - wird mit Mehrheit angenommen.</i>	8047
<i>Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/3891 - wird mit Mehrheit angenommen.</i>	8047

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung
des Bundessozialhilfegesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5476 -
Erste Beratung**

8048

**Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/5476 -
wird an den Sozialpolitischen Ausschuss - federführend -, an den
Innenausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen.**

8051

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlte:

Die Abgeordnete Jeanette Rott-Otte.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	8003, 8004, 8005, 8006, 8008, 8011, 8012, 8013, 8014 8016, 8017, 8018, 8019, 8020, 8021, 8024, 8025, 8027
Vizepräsident Schuler	8027, 8028, 8029, 8030, 8032, 8034, 8036, 8038, 8039 8040, 8041, 8042, 8046, 8047, 8049, 8050, 8051
Anheuser (CDU)	8029
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8050
Bracht (CDU)	8018, 8025, 8032, 8039
Bruch (SPD)	8028
Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8003, 8012
Dröscher (SPD)	8049
Hatzmann (F.D.P.)	8016
Heinz (F.D.P.)	8019, 8027, 8034
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8020, 8027
Kohnle-Gros (CDU)	8005, 8014
Kramer (CDU)	8049
Morsblech (F.D.P.)	8007
Pahler (F.D.P.)	8051
Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8029, 8030, 8038, 8042
Schmidt, Dr. (SPD)	8004, 8013
Schöneberg (CDU)	8040
Schwarz (SPD)	8017, 8025, 8036, 8039
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8046
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	8008, 8021 8041
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit	8048
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	8011

**106. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. März 2000**

- Die Sitzung wird um 14.00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 106. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann und Michael Hörter. Herr Hörter führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Frau Jeannette Rott-Otte und Frau Ute Granold.

(Bischel, CDU: Sie ist mittlerweile da!)

- Frau Granold ist hier, sehe ich gerade.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass alle Anfragen fristgerecht für die Plenarsitzung am Donnerstag eingegangen sind. Die Vorlagen sind verteilt. Gibt es Wünsche zur Änderung der vorgelegten Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest.

Wir beginnen mit Punkt 2 der Tagesordnung:

AKTUELLE STUNDE

**a) „Lage der Ausbildung bei neuen IT-Berufen in
Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der
Green-Card-Diskussion“**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/5543 -

**b) „Auswirkungen des Regionalnetzentwicklungs-
konzepts (Regent) der Deutschen Bahn AG auf
den Schienenpersonennahverkehr in
Rheinland-Pfalz“**

auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/5565 -

Die Aktuelle Stunde ist zweigeteilt. Zum ersten Thema spricht für die antragstellende Fraktion der Kollege Dahm.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesanstalt für Arbeit hat im vergangenen Februar bekannt gegeben, dass bundesweit rund 30 000 IT-Kräfte und rund 60 000 Ingenieure arbeitslos gemeldet sind. Angesichts dieser Zahlen ist in der Tat die Frage zu stellen, ob die aktuelle Debatte um die Greencard nun eher verlogen ist oder ob

eine Stellvertreterdiskussion geführt wird. Ich bin der Überzeugung, beides ist richtig.

Auf der einen Seite haben wir die Global Players, deren Bedürfnis es ist, für zeitlich begrenzte Projekte einheimische und ausländische Spezialistinnen und Spezialisten in Klausur zu nehmen. Diesem Anliegen der Konzerne kommt die Greencard sicherlich nach. Daraus aber ein arbeitsmarktpolitisches Instrument zu begründen und zu glauben, damit würden bei uns wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt ausgelöst werden, halte ich für eine deutliche Fehleinschätzung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da müssen zunächst ganz andere Dinge in der dualen Ausbildung und in der Bildungspolitik geändert werden, bevor wir in die Zukunft starten können.

Das Geniale an der Debatte um die Greencard ist dagegen, dass endlich das Augenmerk auf die desolate Ausbildungssituation in der Computerbranche und im Multimediacbereich gelenkt wird. In diesem Bereich haben nämlich die Unternehmen und die Wirtschaft ebenso wie die Politik und diese Landesregierung gleichermaßen geschlafen und sich beträchtliche Versäumnisse vorzuwerfen;

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn der allerorts beklagte Fachkräftemangel ist nicht über Nacht entstanden, sondern ist die Folge von Sünden der Vergangenheit, die bis heute noch nicht abgestellt wurden.

Wenn ich lese, dass in Rheinland-Pfalz von den 30 000 neuen Ausbildungsvträgen gerade einmal 500 im Bereich der informationstechnischen Berufe abgeschlossen wurden, dann sind dies weit unter 2 % der Ausbildungsstellen, die die Unternehmen und die Wirtschaft in dieser Zukunftsbranche zur Verfügung stellen. Den 500 Stellen standen mehr als doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Es muss klar gesagt werden, der Mangel bei den Ausbildungsberufen zu Fachinformatikerinnen und Fachinformatikern ist kein Nachfrageproblem, sondern eindeutig ein Angebotsproblem. Warum stellt die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung?

Bei den medienrelevanten Berufen sieht es nicht anders aus. Es sind fünfmal so viele Bewerberinnen und Bewerber vorhanden, als letztendlich eine Berufsausbildung im dualen System finden.

Das Absurde an der Ausbildungspolitik der Landesregierung ist doch die Tatsache, dass sie ausgerechnet in dieser Situation, in der Schülerinnen und Schüler ihre Bewerbungen an die Unternehmen schicken, überall auf Großflächenplakaten

ankündigt, dass es mehr Ausbildungsstellen als Bewerberinnen und Bewerber gäbe.

(Creutzmann, F.D.P.: So ist es,
Herr Dahm! -
Beifall bei der F.D.P.)

Sie nennen das Imagekampagne, ich nenne das eine Lügenkampagne,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die zu Kosten und zu Lasten unserer jungen Menschen in diesem Land geht. Dafür haben Sie 3 Millionen DM übrig, das ist doch unglaublich!

(Mertes, SPD: Ein bisschen glaubwürdiger
müssen Sie sich schon aufregen!)

Meine Damen und Herren, 40 000 junge Menschen werden auch in diesem Jahr wieder eine Ausbildungsstelle nachfragen, und jeder vierte - das sind 10 000 Jugendliche - wird dabei wie auch in den letzten Jahren auf der Strecke bleiben und keinen Platz finden.

Sie signalisieren mit Ihren Anzeigen den Unternehmen, alles paletti, keine Probleme auf dem Ausbildungsmarkt. Dabei wäre es wenigstens Ihre Aufgabe, den Jugendlichen, die weder im dualen System bestehen noch eine zukunftsfähige Perspektive haben, gerade bei den vollschulischen Ausbildungen zu helfen, beispielsweise auch in den neuen informationstechnischen und medienrelevanten Berufen. Aber auch hier zeichnet sich das Versagen dieser Politik in diesem Land ab.

Ich möchte zwei Beispiele dafür nennen. Sowohl bei der Höheren Berufsfachschule Medien in Neustadt als auch bei der Höheren Berufsfachschule Informatik in Bad Dürkheim haben sich in diesem Schuljahr jeweils über 150 Bewerberinnen und Bewerber um eine Aufnahme bemüht, und lediglich 25 sind genommen worden. Statt das Angebot an den berufsbildenden Schulen auszubauen, schicken Sie lieber fünf von sechs Bewerberinnen und Bewerbern wieder nach Hause.

Rheinland-Pfalz läuft Gefahr, nicht nur die Zukunft in den neuen Medien und in den neuen Berufen zu verschlafen, die Lösung der Zukunftsprobleme wird geradezu verdrängt. Statt den Start in die Wissensgesellschaft zu finden, machen Sie uns zum Entwicklungsland.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P. -
Pörksen, SPD: Oh, oh! -
Itzek, SPD: Zur Kolonie von Ruanda!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Worte von Herrn Dahm sind wir gewohnt: Schwarzmalerei, Verkennen der Realitäten.

(Mertes, SPD: Und parteilicher Wahlkampf,
das darf man nicht vergessen! -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist die Realität!)

Meine Damen und Herren, die IT-Branche ist inzwischen in unserem Land eine Schlüsselindustrie mit einem herausragenden Stellenwert für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

(Beifall der SPD)

Im Gegensatz zu Herrn Dahm vermerken wir in dieser Hinsicht eine Aufbruchstimmung in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in diesem Bundesland.

Ich nenne einige Stichpunkte. Die Bundesregierung selbst hat ein großes Programm aufgelegt, die Landesregierung hat ihre Schulen und Hochschulen am Netz und wird dies mit ausweiten. Wir haben die Voraussetzungen im Haushalt geschaffen. Wir werden - so der Ministerpräsident und auch der Wissenschaftsminister - bis Mitte dieses Jahres alle Schulen im Bereich der Sekundarstufe I entsprechend ausgestattet haben.

Wir werden die Schulen auch mit Hardware ausstatten. Die Bundesregierung hat ein 200-Millionen-DM-Programm pro Jahr für die Softwareentwicklung im Schulunterricht avisiert, sodass Elemente vorhanden sind, auf die wir - wie ich glaube - aufbauen können.

Wir Sozialdemokraten werden gemeinsam mit dem Koalitionspartner und mit der Landesregierung alles unternehmen, damit Rheinland-Pfalz im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien führend in diesem Land werden wird.

- (Beifall der SPD und der F.D.P.)

Eine entsprechend solide Grundbildung an unseren Schulen, die Schaffung der notwendigen technischen Infrastruktur, die Anregung von entsprechenden Arbeitsplätzen sowie die Förderung staatlicher und privater Weiterbildungsinitiativen sind Stichpunkte, die auf den Weg gebracht worden sind.

Meine Damen und Herren, wir in Rheinland-Pfalz sind stolz darauf, dass wir inzwischen 20 Studiengänge an neun Hochschulen haben.

(Beifall der SPD)

Ich nenne nur einige Stichpunkte: Ingenieurinformatik, Angewandte Informatik, Organisations- und Wirtschaftsinformatik, linguistische Datenverarbeitung, digitale Medien,

-Technoinformatik, Logistik, Wirtschaftsinformatik und so weiter und so fort.

(Mertes, SPD: Alle nennen!)

Ich denke, dies ist eine Basis, die hoffen lässt, dass in Zukunft auch die Rahmenbedingungen in etwa stimmen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sagen Sie doch einmal etwas
über die Zukunft!)

Meine Damen und Herren, im Bereich der neuen IT-Berufe wird dies alles in Rheinland-Pfalz konkret umgesetzt. Die Akzeptanz bei den Betrieben, aber auch bei den jungen Menschen in diesem Land ist groß. Wir haben die folgenden Steigerungsraten:

1997 haben landesweit 250 Personen diese Ausbildungsverträge nachgefragt und auch eine Stelle bekommen. Wir sind in diesem Schuljahr bei 1 000 Auszubildenden.

Herr Kollege Dahm, natürlich ist es richtig - Sie haben das angedeutet -, dass wir bei den jungen Menschen 100 % mehr Nachfrage nach diesen Berufen haben. Aber auch das stimmt uns hoffnungsvoll. Wir gehen davon aus, dass die Wirtschaft dies erkennt und auch auf dieser Ebene entsprechend reagiert.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Herr Dahm nun die Green-card - eine Initiative des Bundeskanzlers -, das heißt die Forderung, dass wir höchst qualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten in unser Land holen, kritisiert, so halte ich dies für die eigentliche Fehleinschätzung.

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Bereich puschern wollen, brauchen wir für eine gewisse Übergangssituation hoch qualifizierte Leute - nur darum geht es. Sie haben Recht, natürlich haben wir 30 000 Arbeitslose in diesem Bereich, die die Arbeitsverwaltung jetzt nachqualifiziert. Wir haben arbeitslose Akademiker, die in Einrichtungen privater Natur, aber auch staatlich gefördert, inzwischen fit gemacht werden, sodass sie auf den Arbeitsmarkt kommen. Alle diese Personen ersetzen aber nicht die Spezialisten, die wir zusätzlich brauchen. Unsere Fraktion fordert die Landesregierung auf, entsprechend der Bedürfnisse in unserem Land auch anteilmäßig davon zu partizipieren und dafür zu sorgen, dass auch in unser Land hoch qualifizierte Leute kommen.

(Beifall der SPD)

Herr Dahm hat angedeutet, wie das bei uns ist. Wir haben nicht nur die neuen Berufe, sondern wir haben inzwischen auch Vollzeitangebote eingerichtet. Sie haben die höhere Berufsfachschule genannt. Verehrter Herr Kollege Dahm, ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, dass inzwischen 1 485 Schülerin-

nen und Schüler auf diesen höheren Berufsfachschulen sind, die sich genau für die Berufe qualifizieren, um die es heute bei Ihrer beantragten Aktuellen Stunde geht.

Dann haben wir das berufliche Gymnasium. Ich erinnere daran, dass in allen Bildungsgängen der Stufen 11 und 12 das Unterrichtsfach „Informationsverarbeitung“ in den Fächerkanon mit aufgenommen worden ist.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Land Fachschulen eingerichtet. Auch hier sind es über die höheren Berufsfachschulen rund 1 000 Schülerinnen und Schüler, die sich mit Automatisierungstechnik, mit Elektrotechnik, mit Informationstechnik, mit Betriebsinformatik, also mit einem breit gefächerten Angebot befassen.

(Glocke des Präsidenten).

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, als Gäste im Landtag Rheinland-Pfalz Schulsprecherinnen und Schulsprecher sowie Klassensprecherinnen und Klassensprecher der Regionalschule Kobern-Gondorf mit dem Schulleiter und dem Lehrpersonal begrüßen zu können. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Darüber hinaus begrüße ich Mitglieder der AG 60 plus, Unterbezirk Mayen-Koblenz, sowie Mitglieder des Deutschen Hausfrauenbundes Frankenthal und freue ich mich über das Interesse an unserer Arbeit. Seien Sie alle ganz herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, ich darf mit einem Zitat anfangen, das der Verband der Deutschen Elektroingenieure in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt hat. Meine Damen und Herren, es fehlen nicht nur Rennfahrer, sondern Fahrer und Anwender auf allen Ebenen in dieser aktuellen Diskussion. Ich denke, das ist eine gute Gelegenheit, hier mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Problematik im Land zu diskutieren.

Dass wir in diesem Bereich, was Ingenieure und Informatiker an den Hochschulen angeht, große Probleme haben, ist in

diesem Landtag kein neues Thema. Die CDU-Landtagsfraktion und besonders die Bildungspolitiker haben diese Frage immer wieder angesprochen. Wir haben sie bei den verschiedensten Gelegenheiten angesprochen, sei es bei den Haushaltsberatungen, sei es bei den besonderen Initiativen der Landesregierung.

Weil Herr Kollege Dr. Schmidt auf die Hochschulen hingewiesen hat, gestatten Sie mir, auf Folgendes hinzuweisen: Herr Minister Prof. Dr. Zöllner, wir haben uns - so sage ich es einmal - in der Diskussion im Land mit den beiden Konzepten, wie sie zur Mittel- und Personalzuweisung an die Hochschulen erarbeitet wurden, ein Bein gestellt. Dies geschah mit den Hochschulen gemeinsam, wie sie immer betonen, aber wir haben schon in allen Gremien, nicht nur im Landtag, darauf hingewiesen, dass die zurückgehenden Zahlen, die wir bei den Hochschulen in diesen technischen Fachbereichen haben, zum Schluss eine Crux sein werden. Die Mittel werden in diesem Bereich zurückgehen. Wenn es jetzt darum geht, neue Studierende in diese Bereiche zu locken, dann wird die Ausstattung an den Hochschulen entsprechend zurückgegangen sein. Meine Damen und Herren, da müssen Sie gegensteuern. Das ist unsere Forderung, die wir heute in diesem Zusammenhang erheben wollen.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, wenn wir in die Berufsschulen schauen - das ist heute schon angeklungen -, dann ist es so, dass jeder einsieht, dass die Auszubildenden dann, wenn sie ihren schulischen Bereich abdecken, natürlich auf dem neusten Stand sein sollten. Wir haben nicht nur das Problem, dass Lehrer insgesamt fehlen, was schon mehrfach ganz deutlich gesagt wurde, sondern dass wir gerade in diesem Bereich, in dem es um die Betreuung der elektronischen Medien an den Berufsschulen geht, keine Lehrer haben. Es hängt vom freiwilligen Engagement einzelner Lehrer ab, wie gut die Schule mit den Computern und vor allem mit der Software, die darauf laufen soll und auf der die jungen Menschen ihre Berufsausbildung erfahren sollen, funktioniert. Meine Damen und Herren, das ist ein Zustand, den die CDU-Fraktion in diesem Land als unerträglich darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte dies einfach nur noch einmal sagen, weil es ein wichtiger Punkt ist. Sowohl im Bereich der Hochschulen als auch im Bereich der berufsbildenden Schulen haben wir das Problem, dass in diesen Bereichen genau die Hälfte der Bevölkerung fehlt. Es fehlen nämlich die Mädchen in diesen speziellen Berufsfeldern.

(Beifall des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

die sich nicht genug engagieren. Es gibt verschiedene Analysen dazu. Frau Dr. Götte, wir haben mit Ihnen in dieser Frage immer wieder gesprochen. Unseres Erachtens war es schon vor acht bis zehn Jahren klar, wenn man nicht engagiert mit Hochschulen und mit den Ausbildungsbetrieben in die Schulen hineingeht und die Mädchen speziell in diesem Bereich

umwirbt, dann wird ein ganz besonderer Mangel auftreten. Man muss einmal in die anderen Länder schauen. Je weiter man nach Süden auf der Welt kommt, desto unterschiedlicher wird die Situation. Dort sind es auch die Frauen und die Mädchen, die in diesen Berufsfeldern für Nachwuchs sorgen. Ich denke, das wäre noch einmal ein wichtiges Augenmerk, auf das Wert gelegt werden sollte.

Dass sich die Landesregierung insgesamt weigert, sich dem Problem zu stellen, können Sie schriftlich nachlesen. Ich selbst habe zur Vorbereitung auf den Haushalt eine Kleine Anfrage zur Ausstattung der Hochschulen und zu Vergleichszahlen gestellt. Man sagt, man kann das nicht machen. Man will das offensichtlich nicht machen. Es gebe dafür keine Zahlen. Das kann man einfach widerlegen, wenn man sich einmal mit den Leuten an den Hochschulen vor Ort unterhält. Dann erfährt man diese Zahlen. Wenn Sie es mir nicht glauben, dann glauben Sie es der Großen Anfrage der F.D.P., die die gleiche Frage und viele andere noch einmal gestellt hat. Wenn Sie nachlesen, wie mickrig das Ergebnis dessen ist, was die Landesregierung in diesem Bereich der Ausstattung unserer Schulen und Hochschulen im Multimediacbereich zu bieten hat, dann wissen Sie, woran es liegt, dass wir auch in diesem Bundesland ganz große Probleme haben.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz zum Schluss noch ein kleines Aperçu machen. Jetzt ist das ein bundespolitisches Thema. Der Herr Bundeskanzler hat das jetzt aufgebracht und heftet sich die Meriten an sein Revers. Daher möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, was ein Leserbriefschreiber in der „Der Welt“ vom 4. März 2000 geschrieben hat.

(Itzek, SPD: Hildesheim!)

- Vielen Dank, Herr Kollege. Ja, es war über Hildesheim.

Es wurde geschrieben, dass genau dieser Bundeskanzler, als er noch Ministerpräsident in seinem Heimatland war, einen Studiengang Informatik, in dem übrigens besonders viele Frauen studiert haben, geschlossen hat. Das Verwaltungsgericht hat das nachher sogar als widerrechtlich bezeichnet. Aber der Studiengang war kaputt, damit auch die Chancen für unsere jungen Leute.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dahm, nachdem die GRÜNEN jetzt offensichtlich ihr Herz für Technologie und auch für die Großunternehmen entdeckt haben,

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

habe ich gedacht, wir führen jetzt eine interessante Debatte über Zukunftschancen in diesem Bereich in Rheinland-Pfalz.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nachdem es die F.D.P. gemerkt hat,

Jahre später! -

Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Kann ich bitte ausreden?

Stattdessen bekommen wir wieder Ihre schwarz gemalten Zahlen und hören die alte Leier, die Sie jedesmal zum Thema „Ausbildung“ bringen.

(Beifall der F.D.P.)

Der Anlass für diese Aktuelle Stunde - ich komme jetzt zum Thema, vielleicht hören Sie zu und können noch Anregungen bekommen - ist die Ankündigung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, in den nächsten zwei Jahren bis zu 20 000 ausländische Fachkräfte durch die so genannte Green-card nach Deutschland zu holen, um den hohen Bedarf an Fachkräften in den Informations- und Kommunikationsberufen abzudecken. Ich denke, es ist sicher notwendig, diese Idee öffentlich sehr differenziert zu diskutieren; denn sie löst zwar zunächst ein akutes Problem, das wir in Deutschland sicherlich auch haben, aber beim zweiten Hinsehen ist dieser Ansatz unserer Ansicht nach sowohl für den Bereich der Informationstechnologie als auch für den Bereich der sinnvollen Regelung der Zuwanderung nach Deutschland ziemlich kurztatig.

Für den Bereich der Zuwanderung hat die F.D.P.-Bundestagsfraktion bereits im November 1998 einen umfassenden Gesetzentwurf eingebbracht, der eine dauerhafte Lösung für alle maßgeblichen Zuwanderungsgruppen, also auch Aussiedler, Asylbewerber, so genannte Familiennachzügler, aber auch Arbeitszuwanderer, herbeiführen würde. Eine spontane Einzelaktion wie die Greencard würde eine sinnvolle Gesamtkonzeption einer Zuwanderungspolitik unserer Ansicht nach konterkarieren.

Der Mangel an geeigneten IT-Fachleuten ist vor allem ein Problem der Bildung und der Berufsausbildung. Der Mangel an ausgebildeten IT-Hochschulabsolventen muss durch gemeinsame Anstrengungen von Bildungseinrichtungen und Wirtschaft behoben werden, wobei auch flexiblere Lösungen gefragt sind. Es ist auch ziemlich schwierig - das muss man in dem Bereich auch einmal sagen -, zu ermitteln, um wie viele

Personen es sich überhaupt handelt, die von der Branche benötigt werden; denn gerade dieser Arbeitsmarkt geht häufig an der staatlichen Arbeitsmarktvormittlung vorbei; denn die Unternehmen umwerben die Personen, die gerade in der Hochschulausbildung sind, schon dann, wenn sie an der Hochschule sind, kassieren sie ein oder setzen speziell Head-Hunter an oder gehen ins Internet. Deswegen ist es sehr schwierig, bei den Hochschulabsolventen zu ermitteln, um welchen Bedarf es sich überhaupt handelt.

Der Fachkräftemangel ist auch ein Problem der Berufsausbildung. Das ist meines Erachtens auch das drängende Problem, das wir hier behandeln sollten, wobei es auch hier deutlich einfacher ist, den Bedarf und die Anforderungen zu beifern, weil die Ausbildungsverhältnisse erfasst werden und auch viele Unternehmen speziell für den eigenen Bedarf ausbilden.

In Rheinland-Pfalz haben wir entgegen dem, was Herr Dahm wieder zum Besten gegeben hat, eine positive Bilanz. Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse in den IT-Berufen ist in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich gestiegen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P.
und SPD)

Das Landesarbeitsamt - hier haben Sie wieder seltsame Zahlen - hat 1999 678 neue Ausbildungsverträge registriert. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes betrug die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 1999 836. Ich habe das einmal alles ausgerechnet. Da sind dann aber auch mehr Berufsbilder drin. Da liegen wir auch im Ländervergleich ziemlich gut.

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen selbst sind auch über die Presse in den letzten Wochen verstärkt befragt worden, was sie vom Ansatz „Greencard“ halten. Sie geben ein sehr unterschiedliches Meinungsbild ab, wobei große Unternehmen, wie beispielsweise die IBM, tatsächlich sagen: sie haben einen Bedarf an ausländischen Mitarbeitern.

(Itzek, SPD: SAP auch!)
- Ja, genau.

(Itzek, SPD: Die kleinen und mittleren
auch! Suchen 1 000 Leute!)

- Aber die kleinen und mittleren setzen eher auf Ausbildung.

Die Industrie- und Handelskammer Rheinhessen lehnt den Vorstoß konsequent ab. Ich denke, das ist deshalb interessant, weil gerade die Kammern, die auch mit der Initiative „Ausbildungslotsen“ - ich finde es schlecht, so etwas immer so abzuqualifizieren - dafür sorgen, dass tatsächlich alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, in diesem Land jedes Jahr Ausbildungsplätze bekommen. Ich denke, die Kammern sind deshalb auch immer sehr stark mit den Auszubildenden und auch mit den entsprechenden Un-

ternehmen in Kontakt und tragen in hohem Maß dazu bei, dass das System funktioniert. Sie haben eine Mittlerfunktion, und sie stellen dabei fest, dass die Zuwachsraten in diesen Berufen überdurchschnittlich hoch sind und vor allem auch junge Menschen in Rheinland-Pfalz die Herausforderung gern annehmen, diese Berufe in der Informationstechnologie zu ergreifen. Das Fehlen von Fachkräften ist nach unserer Einschätzung eher ein vorübergehender Engpass und weniger ein Dauerproblem, das man nun auch noch mit einer speziellen Zuwanderungslösung in den Griff bekommen muss.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich denke, auch die Landesregierung beschreitet in ihrer Multimedia-Offensive und in ihren Ausbildungsangeboten, die Herr Dr. Schmidt auch schon ausgeführt hat, einen konsequenten Weg in das Informationszeitalter. Das Land Rheinland-Pfalz wird hiermit zum Vorreiter in der Bundesrepublik. Ich denke, die Chancen, die sich für unsere ländlichen Räume, für unsere Wirtschaftsstrukturen und für unsere jungen Menschen bieten, sollten wir auch nutzen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Haben Sie die Statistik gelesen?)

Präsident Grimm:

Ich erteile dem Herrn Wirtschaftsminister das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dahm, gestatten Sie mir zunächst ein Wort zu Ihnen. Es ist schon ein Stück ungeheuerlich, welche Sprache Sie anwenden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nur ein Stück! Ein Stückchen!)

Wenn man von Lügenkampagnen spricht, ohne dies zu belegen, wenn man dann sagt „eher verlogen“,

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kennen Sie die Statistik?)

so belegt das im Grunde die Hilflosigkeit Ihrer Position und Ihrer Darstellungen heute.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ah ja! -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Fragen Sie sich einmal, was Ihre
Imagekampagne belegt!)

Meine Damen und Herren, ich will zunächst einmal vorab etwas zu dieser Aktion sagen; denn man muss immer genau wissen, worüber man wann wie spricht. Wir erleben derzeit eine große Nachfrage in diesen IT-Berufen insgesamt. Wenn man sich nun einmal den internationalen Wettbewerb betrachtet, so stehen wir nicht isoliert da. Gleiche Probleme gibt es in anderen führenden Industrienationen und Dienstleistungsnationen. In Amerika beispielsweise senkt der amerikanische Staat für Arbeitnehmer, die in diesen Segmenten tätig sind, die Steuern ab, um damit Leute hereinzuholen und bestimmte Bedürfnisse, die jetzt geregelt werden müssen, jetzt regeln zu können.

Nun muss man unterscheiden, wir haben es einerseits mit dem Berufsbild der IT-Berufe und andererseits mit der Frage der universitären Ausbildung bzw. Fachhochschulausbildung in diesen Segmenten zu tun. Zu dem Letzteren wird Herr Kollege Professor Dr. Zöllner noch einiges sagen. Ich will mich einmal ganz auf die Frage der beruflichen Ausbildung kaprizieren, und ich will mich auch etwas auf die Initiative des Bundeskanzlers und die daraus folgenden Folgerungen kaprizieren.

Einmal muss man in aller Nüchternheit feststellen dürfen, dass Sie, wenn gerade Sie heute mit einer teilweise doch sehr heuchlerischen Aktuellen Stunde, die Sie beantragt haben, versuchen, sich so zu gerieren, als hätten Sie dies alles schon im Vorhinein gewusst. Dabei wären Sie doch diejenigen, die bis vorgestern alle diese modernen Technologien verteufelt haben.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach Gott! Märchenerzähler,
Herr Bauchhage!)

Herr Dahm, das ist alles so verräterisch. Sie sind diejenigen, die noch so tun, als ob der Staat das Segment des Arbeitsmarktes regulieren könnte. Damit belegt man eigentlich, dass man an regulierte Arbeitsmärkte und nicht an freie Arbeitsmärkte denkt. Die Initiative des Bundeskanzlers sieht aber vor, eine befristete Aufenthaltserlaubnis für ausländische Spezialisten in informationstechnologischen Berufen - kurz: IT-Berufe - zuzulassen. Damit soll vornehmlich auf dem indischen Subkontinent und in Osteuropa eine neue Anwerberunde in Gang gesetzt werden. Mit den neuen IT-Ausbildungsberufen hat die Kanzlerinitiative direkt nichts zu tun, sondern diese Initiative versucht nur, derzeit eine Deckungsmöglichkeit für den Bedarf herzustellen.

Die so genannte Greencard soll ausdrücklich nur für Hochschulabsolventen, für Informatiker aller Schattierungen und für Absolventen von Studiengängen mit dem Schwerpunkt Multimedia gelten. Die neuen Ausbildungsberufe sind dagegen Teil des dualen Systems der beruflichen Erstausbildung. Sie können keinen Informatiker und keinen Mediendesigner ersetzen, wie auch umgekehrt der Informatiker nicht den IT-Systemkaufmann ersetzen kann. Es handelt sich, wenn

man diese gesamte Palette diskutiert, um zwei voneinander weitgehend abgegrenzte Segmente des Arbeitsmarktes. In beiden gibt es einen Mangel.

Die Ausbildungsberufe in den Segmenten Informationstechnologie und Multimedia einschließlich des Berufs Mechatroniker werden allein wegen der drei- bis dreieinhalbjährigen Ausbildungszeit in den nächsten Jahren einen Engpassfaktor darstellen. Sie sind erst im August 1997 und später in Kraft getreten. Das muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen wollen. Diese Ausbildungsbilder werden immer zwischen zwei Seiten - einmal Arbeitgeber und einmal Arbeitnehmer - entwickelt.

Im ersten Ausbildungsjahr wären es nur ganz geringe Zahlen von Auszubildenden, weil erst eine Gewöhnung an die neuen Berufsbilder erfolgen muss. Das ist selbstverständlich. Wir erleben sehr oft, dass sowohl die Seite der Ausbilder mit diesen neuen Ausbildungsbildern noch nicht so recht zurechtkommt als auch andererseits die Seite der Nachfrage ein Problem in diesen neuen Berufen hat, die übrigens enorm boomen, wie - das füge ich in Klammern hinzu - auch die Aktienkurse der Segmente enorm boomen. Das ist alles nicht so greifbar und logisch nachvollziehbar, sondern dies geschieht auf einer anderen Basis.

(Mertes, SPD: Verdienen keine Mark,
aber sind teuer wie Hund!)

- Herr Kollege Mertes, man kann lange über die Marktkapitalisierungswerte nachdenken, aber es gibt Unternehmen, die machen riesige Defizite und haben einen riesigen Marktkapitalisierungswert. Aber das ist derzeit am Aktienmarkt so üblich. Man muss sehen, man ist genau in dieser Ecke.

Meine Damen und Herren, damit kein Missverständnis aufkommt, die Wirtschaft braucht diese neuen Ausbildungsberufe dringender als je zuvor. Dass diese Berufe nicht schon früher entwickelt und in Kraft gesetzt werden könnten, liegt nicht an der Landesregierung.

(Dr. Weiland, CDU: An der
liegt nie etwas!)

Es liegt nicht einmal an der Bundesregierung als Verordnungsgeber, sondern an den komplizierten und anspruchsvollen Regelungsinhalten dieser Berufe.

(Dr. Weiland, CDU: Ja, ist klar!)

- Herr Dr. Weiland, wissen Sie, das ist so leicht.

(Dr. Weiland, CDU: Ja, ja! Was Sie hier
bieten, ist erbärmlich!)

Wer vor dem Hintergrund des wirklichen Bedarfs und der Nachfrage die Problematik sachlich diskutieren will, sollte sie möglichst nicht politisch diskutieren; denn das hilft weder

dem Nachfrager weiter noch demjenigen, der in dieses Segment hinein will. Die vier IT-Berufe und die ebenso wichtigen medienrelevanten Berufe finden auf Bundesebene, aber auch in Rheinland-Pfalz - das kann man sagen - großen Zuspruch. Trotz der knappen Einführungszeit wurden zum 30. September 1999 gegenüber dem vergangenen Jahr in den vier IT-Berufen - wahlgemerkten Berufen - insgesamt über 600 neue Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen. In den verschiedenen Medienberufen wurden über 200 Ausbildungsverhältnisse und im Beruf des Mechatronikers 115 neue Ausbildungsverhältnisse eingegangen. Herr Dahm, dass Sie das alles schon vor zehn Jahren wussten, ist uns bekannt.

Meine Damen und Herren, man sieht also sehr deutlich, dass nach dieser bestimmten Anlaufzeit eine große Bereitschaft besteht, sowohl die Berufsbilder zu akzeptieren als auch diese von Ausbilderseite entsprechend anzubieten.

In den verschiedenen Medienberufen wurden über 200 Ausbildungsverhältnisse und in dem Beruf des Mechatronikers 115 neue Ausbildungsverhältnisse - ich sagte dies bereits - geschaffen. Die Dynamik des Zuwachses in Einzelberufen ist außerordentlich beachtlich. Insgesamt bestehen in diesen Berufen in Rheinland-Pfalz schon annähernd 2 000 Ausbildungsverhältnisse.

Wer dann nach dieser kurzen Zeit, in der diese Berufsbilder realisiert sind, sagt, es wäre nichts geschehen, der täuscht sich nicht nur, sondern versucht auch staatliche Verantwortlichkeiten zu vermischen.

Meine Damen und Herren, genau das ist Ihr Vorhaben, das Ihnen nicht gelingen wird.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Rheinland-Pfalz hinkt keineswegs hinter der bundesweiten Entwicklung her, sondern nimmt einen Platz ein, der seinem Bevölkerungsanteil im Bundesgebiet entspricht.

(Zurufe von der CDU)

- Herr Billen, es lohnt sich, über vieles zu diskutieren, aber über Ihre Zwischenrufe - das fällt schon schwer.

Die Landesregierung bewertet diese dynamische Entwicklung positiv und setzt alles daran, bis in zwei, drei Jahren die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in diesen Berufen mindestens zu verdreifachen. Das ist realistisch.

Eine solche Verdreifachung haben sich die Sozialparteien und die Bundesregierung auf Bundesebene im Rahmen der Bündnisgespräche zum Ziel gesetzt.

Meine Damen und Herren, die IT-Berufe haben sich zu einer Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts entwickelt. Gegenwärtig sind in Deutschland 1,7 Millionen Menschen im Bereich der Informationswirtschaft tätig. Fundierte Untersu-

chungen gehen davon aus, dass unter den richtigen Rahmenbedingungen bereits bis zum Jahr 2002 350 000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Multimedia-Branche entstehen können. Das Bündnis für Arbeit hat sich etwa einen Zuwachs des Fachkräfteangebots von 250 000 Personen bis zum Jahr 2005 zum Ziel gesetzt.

Man sieht also sehr deutlich einerseits eine enorme Dynamik und andererseits die Berechnungen, dass bis zum Jahr 2002 350 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können.

Gegenwärtig leidet die Branche noch unter erheblichem Fachkräftemangel, der das Wachstum der Branche entsprechend massiv behindert. Der Fachkräftemangel besteht vor allem im operativen marktnahen Bereich, wo Informationskompetenz mit der Fähigkeit benötigt wird, kundengerechte Problemlösungen anzubieten.

Es besteht Einigkeit, dass das Ziel einer kräftigen Beschäftigungsausweitung im IT-Bereich nur durch ein Bündel von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen erreicht werden kann.

In der Berufsausbildung haben wir frühzeitig auf die Entwicklung im IT-Bereich reagiert. In den letzten Jahren wurden in allen Ausbildungsgängen der berufsbildenden Schulen zusätzliche Informations- und Kommunikationstechniken entweder in einem eigenen Unterrichtsfach oder als flächenintegrierte Lerninhalte ausgewiesen. In den Bildungsgängen der Berufsschulen sind alle neuen und neu geordneten Ausbildungsberufe mit IKT-Inhalten Lehr- und Lerngegenstand gleichermaßen.

In der höheren Berufsfachschule werden darüber hinaus Bildungsgänge angeboten, die sich schwerpunktmäßig mit multimedialen Inhalten auseinandersetzen. Dies sind etwa die Bildungsgänge Datenverarbeitung, Informatik und Medien.

Mit der Novellierung der Landesverordnung für das berufliche Gymnasium am 16. Juni 1997 wurde in allen Bildungsgängen von Klassen 11 bis 13 das Unterrichtsfach Informationsverarbeitung in den Fächerkanon mit aufgenommen. Im Bereich der Fachhochschule werden multimediale Aspekte entsprechend berücksichtigt.

Ich gehe davon aus, dass mein Kollege Zöllner dazu nachher noch etwas sagen will und sagen möchte.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal darauf hinweisen, man kann lange über bestimmte Zyklen diskutieren. Ich nenne jetzt einmal - in Anführungszeichen - den Schweinezyklus. Ich war dieser Tage auf der Hannover-Messe und konnte dort erleben, dass im breiten Bereich normaler Berufe wie beispielsweise des Heizungsinstallateurs, ein enormer Fachkräftemangel vorhanden ist.

Ich sage Ihnen hierzu eine Zahl: Für mich war es schon erschreckend, dass ein Unternehmen aus Rheinland-Pfalz mit

derzeit 50 Beschäftigten mir sagen musste, wir haben einen Werbeetat von 300 000 DM und setzen noch einmal 150 000 DM obendrauf, um Facharbeiter über Annoncen zu erhalten. Der Erfolg ist gleich null.

Herr Kollege Schwarz, damit wir Klarheit haben, man muss schon einmal an ein Unternehmen in Worms denken. Man muss schon darüber nachdenken, woran das liegt. Das liegt zum einen auch daran, dass in dieser Gesellschaft nach wie vor das Klima für die berufliche Ausbildung ein Stück unterbelichtet ist. Wir brauchen auch ein Klima für berufliche Ausbildung. Zum anderen liegt es auch daran, dass unter Umständen falsche Kanalisierungen vorgenommen wurden, aus welchen Gründen auch immer. Das kann man nicht alles staatlich steuern; denn dann wird es erst recht zur Fehlsteuerung werden.

Darüber hinaus haben wir nun in dem breiten Bereich der IT-Berufe einerseits das Problem der beruflichen Ausbildung und andererseits die Problematik der universitären Ausbildung.

Ich will noch eines zur beruflichen Ausbildung sagen, damit wir auch sehen, in welcher Ecke wir zusammen diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich habe dieser Tage eine Blitzumfrage bei dem rheinland-pfälzischen Mittelstand aufgrund der Greencard-Diskussion durchgeführt. Ich will das jetzt nicht alles bewerten. Ich will auch nicht die Frage eines Einwanderungssteuerungsgesetzes bewerten. Dies liegt von rheinland-pfälzischer Seite im Bundesrat. Herr Merz hat es dieses Mal noch einmal frisch aufgetischt. Er hat damit aber nicht die Problemlösung verknüpft, sondern er will damit in Wahrheit die Asylproblematik in diesem Staat neu diskutieren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das muss einmal in aller Klarheit und Nüchternheit gesagt werden. Uns kommt es darauf an, jetzt durch Einwanderungssteuerungen den Bedarf entsprechend gesteuert zu decken. Das ist die eine Seite. Die andere Seite betrifft die ideologische Seite. Da kommt es Ihnen darauf an, die Asyldiskussion neu zu beleben.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Begrenzungsgesetz!)

- Herr Dr. Braun, Steuerungsgesetz. Aber gut, von mir aus können Sie es auch Begrenzungsgesetz nennen. Es ist nur zu fragen, wie viel der Staat aufnehmen kann und wie viel Bedarf er für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat. Das ist doch die spannende Frage.

Ich habe diesmal eine Blitzumfrage bei mittelständischen Unternehmen gestartet, weil in Rheinland-Pfalz die Branche und die Industrie mittelständisch strukturiert sind und es mir darauf ankommt, wie hinterher die Zuteilung vonstatten geht, wie viel Bedarf eigentlich vorhanden ist.

Wir haben in zwei Aktionen so um die 800 Unternehmen angeschrieben. Der Rücklauf beträgt über 20 %, ist also gut. Nun ergibt sich eine spannende Frage, wenn man dies alles will, unter Berücksichtigung des Hintergrunds, den ich eingangs schilderte, einerseits des weltweiten Wettbewerbs und der niedrigen Steuersätze in anderen Staaten exakt für diese Berufssparten und andererseits die Situation, die so ist, wie sie ist ---

Man muss überlegen, wie man den mittelständischen Unternehmer in den Stand versetzt, dass er auch von dieser Aktion - gleich, wie man sie bewertet - partizipieren kann. Das ist mir das Wichtigste, weil ich haben will, dass in diesem Land Rheinland-Pfalz, das mittelständisch strukturiert ist, auch die mittelständische Branche hiervon partizipieren kann. Da gibt es noch weitere offene Fragen. Nur in einem Punkt gibt es keine offene Frage, nämlich dass wir insgesamt ein Stück in Verzug sind, die Berufsbilder entsprechend entwickelt zu haben. Aber es ist nicht Sache der Bundespolitik und der Landespolitik, sondern der beiden Tarifpartner. Zum zweiten ist es die Frage, inwieweit wir in der Lage sind, entsprechend darauf zu reagieren.

Darauf reagiert man mit zwei Möglichkeiten. Zum einen werden wir im Berufsausbildungssektor das tun, was man tun muss. Wir werden auf bestimmten IT-Berufsmessen, also Ausstellungen und Workshops, einerseits die Nachfrage und andererseits die Anbieter zusammenführen. Zum anderen werden wir eine große Aufklärungskampagne durchführen.

Da schütteln Sie als staatsgläubiger Mensch den Kopf, weil Sie meinen, Sie könnten dies verordnen. Ich sage, es ist nicht verordenbar. Es muss einerseits bei den Nachfragern die notwendige Kenntnis vermittelt werden, welche Möglichkeiten bestehen. Andererseits muss bei dem Anbieter über diese neuen Berufsbilder die notwendige Kenntnis darüber bestehen, welche Möglichkeiten er bei der Ausbildung hat.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

- Frau Kohnle-Gros, ach, wissen Sie, das ist alles so schwierig. Ich will ein Problem lösen, und Sie wollen ein Problem politisch besprechen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Verstehen Sie?

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Als weiteres Problem kommt hinzu - dies muss man in aller Nüchternheit sehen -, dass breite Handwerksbereiche bei den Berufsbildern weitgehend außen vor geblieben sind. Ich will auch haben, dass im Handwerk Informatiker ausgebildet werden können. Das muss im Sinne des Erfinders sein.

Das ist doch maßgeschneidert für dieses Land. Deshalb auch diese breite Blitzumfrage. Wir werden die Auswertung dieser Blitzumfrage vorlegen und daraus auch die entsprechenden Schlüsse ziehen, weil ich möchte, dass die mittelständische Industrie und die mittelständische Wirtschaft in Rheinland-

Pfalz wettbewerbsfähig bleibt. Sie kann aber nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie gut ausgebildete Informatiker zu vernünftigen Preisen in den IT-Berufen einstellen kann. Das muss doch das Problem sein.

(Vereinzelt Beifall der F.D.P.)

Deshalb greift die Politik hier ein.

Eine andere Frage ist es, wie weit die Hochschulausbildung in diese Lücke hineinstoßen und entsprechende Maßnahmen ergreifen kann. Ich sage Ihnen eines: Das ist bundesweit interessant. Ich habe mir heute die Zahl der Studierenden angesehen, die im letzten Jahr von rund 67 000 auf rund 73 000 angestiegen ist. Dieser Wert lag früher immer um rund 65 000.

Es ist also nicht nur ein Problem der Politik, sondern auch ein Problem des Klimas, der Aufklärung im Staat und insgesamt ein Problem von Nachfrage und Angebot. Wenn sich das Angebot so schnell entwickelt wie es sich entwickelt hat, darf man sich nicht wundern, dass die Nachfrage nicht mithalten kann. Deshalb haben wir den Auftrag, den Rahmen zu setzen, damit einerseits eine breite Information und Transparenz vorhanden ist und andererseits ein Klima vorhanden ist und die rechtlichen Möglichkeiten entstehen, sowohl auf der Seite der Berufsausbildung als auch auf der Seite der universitären Ausbildung, um die Zugänge zu erhalten.

Das muss der Weg sein; denn wir wollen Probleme lösen, und Sie wollen über Probleme ideologisch diskutieren. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Vereinzelt Beifall der F.D.P.
und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Bereich der I- und K-Fachkräfte haben wir Probleme, Herr Dahm. Das ist richtig, Frau Kohnle-Gros. Sie haben aber sofort wieder einen Schuldigen ausgemacht: Herr Dahm die Landesregierung und Frau Kohnle-Gros das Versagen der Politik.

(Zurufe aus dem Hause)

Meine Damen und Herren, die Fakten sind aber anders. Herr Bauchhage hat die Situation der dualen Berufsausbildung geschildert. Ich gehe auf den Bereich des Vollzeitschulangebots und den Bereich der Hochschulen ein.

Herr Dahm, es ist richtig, dass wir im Bereich der höheren Berufsfachschule leider immer noch junge Menschen abweisen müssen. Die volle Wahrheit und die Wahrheit, die die Aktivitäten der Landesregierung charakterisiert, ist aber die, dass wir zusätzliche Bildungsgänge im Bereich der Medien eingerichtet haben und dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die dieses attraktive Bildungsangebot wahrnehmen können, in den letzten Jahren um ca. 100 % gestiegen ist, nämlich von 770 auf 1 500.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das sind die Fakten, die zur Beurteilung der Situation maßgeblich und relevant sind.

Frau Kohnle-Gros, in diesem Zusammenhang haben auch die Hochschulen eine große Aufgabe zu bewältigen. In diesem Falle kann ich aber mit Stolz sagen, dass es nicht allein die Leistung der Landesregierung ist. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen haben sich dieser Herausforderung gestellt. Es ist richtig, wie Sie zitiert haben, dass in anderen Bundesländern - übrigens nicht nur in Niedersachsen - relevante Studiengänge geschlossen wurden. Dies geschah übrigens auf Empfehlungen aller Fachverbände und der Arbeitsämter, die keinerlei Perspektive für junge Menschen gesehen haben, die sich in diesem Bereich ausbilden lassen wollten.

Das ist die Tatsache. Die Wirtschaft hat geäußert, es gebe keine Perspektiven für Informatiker, weil der bisherige Bedarf nicht mehr bestehe. Vor diesem Hintergrund - das ist die Realität in Rheinland-Pfalz - haben die rheinland-pfälzischen Hochschulen insgesamt zehn neue Studiengänge im Bereich der Fachhochschulen und Universitäten in den letzten fünf Jahren eingerichtet.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es wurden Studiengänge im Bereich der Computervisualistik über den Bereich der digitalen Medien bis zum Bereich der Telekommunikation eingerichtet. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurde - wie Sie zu Recht sagen - in Rheinland-Pfalz nicht nur das Angebot geschaffen. Die Nachfrage und die Akzeptanz bei den Studierenden ist riesengroß.

Jetzt folgt die überraschend charmante Wendung in Bezug auf das Mittelverteilungs- und Personalbemessungskonzept. Meine Damen und Herren, es ist so, dass in dem gleichen Zeitraum die Zahl der jungen Menschen, die an rheinland-pfälzischen Hochschulen medienrelevante Studiengänge besuchen, um 100 % gestiegen ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich sage Ihnen: Die Motivation der Hochschulen, sich solch kreative neue Studiengänge einzufallen zu lassen und sie auch realisieren zu können, ist nicht zuletzt auf ein solches Steuerungsinstrumentarium zurückzuführen, das tatsächlich nachfrageorientierte Steuerung an den Hochschulen etabliert.

Meine Damen und Herren, das Gleiche gilt für die Frauenförderung. Sie haben wohl vergessen, dass wir in der Vergangenheit durch das Ada-Lovelace-Programm in den Ingenieurwissenschaften, in der Informatik und in Naturwissenschaften gezielt Frauen gefördert haben. Zu den Tatsachen gehört auch, dass von den insgesamt ca. 70 000 Informatikstudierenden in der Bundesrepublik Deutschland rheinland-pfälzische Hochschulen ca. 5 000 Studierende ausbilden. Dieser Wert liegt ca. 30 % über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich behaupte nicht, dass die Probleme gelöst seien. Ich sage aber schon mit einem gewissen Stolz: Wenn man eine solche Hochschulpolitik in Bezug auf neue Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt in den letzten Jahren betrieben hätte, wären die Probleme der Bundesrepublik Deutschland zwar auch vorhanden, aber sie wären höchstens noch halb so groß, wie sie heute sind.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die wirklichen Fakten, die die Probleme auch nicht verschweigen, belegen eindeutig, dass sich das Land auf den Weg in das Informationszeitalter gemacht hat. Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Weg, auf den wir uns gemacht haben, weitergehen und nicht den Hinweis auf sicher noch bestehende Probleme zur Eigenprofilierung benutzen, bin ich mir sicher, dass wir insgesamt schneller ankommen werden als andere. Das ist das Einzige, das für den Standort Rheinland-Pfalz relevant ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, den Fraktionen steht jeweils eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

(Mertes, SPD: Das kriegst du nicht mehr rausgerissen, Junge!)

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich mir die verschiedenen Redebeiträge der Minister Professor Dr. Zöllner und Bauckhage, von Ihnen, Herr Dr. Schmidt, und von Ihnen, Frau Morsblech, anhöre, kann ich insgesamt einen Schluss ziehen, den Sie uns vorgetragen haben:

(Staatsminister Bauckhage:
Den falschen!)

Das Angebot, das Sie beeinflussen, ist in Ordnung. Das ist in jeder Rede deutlich zum Ausdruck gekommen. Weshalb führen wir aber dann eine Diskussion über Fachkräftemangel?

(Mertes, SPD: Weil Sie das beantragt haben!)

- Herr Mertes, sehr richtig, wir haben die Diskussion angestossen. Das haben Sie völlig richtig erkannt.

Das ist der Widerspruch in Ihrer Argumentation, in dem Sie sich verfangen, dass Sie meinen, Sie hätten alles getan, was zu tun ist, und dass das Angebot in Ordnung sei. Jetzt gibt es aber solche Personen, die das studieren und in diesem Bereich ausgebildet werden wollen. Das sind allerdings zu viele. Das sind ganz klare Äußerungen, dass Sie den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben. Sie lügen sich in die Tasche!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie lügen sich in die Tasche! Wenn Sie heute im Internet nachschauen, wie viele Angebote für die Ausbildung von IT-Systemelektronikern oder Fachelektronikern vorhanden sind - schauen Sie doch nach, welche aktuellen Zahlen vorliegen -, finden Sie in Rheinland-Pfalz zehn Ausbildungsangebote für Systemelektroniker und 42 Ausbildungsangebote für Fachinformatiker. Da stimmt doch etwas nicht in dem Verhältnis zu dem, was Sie beschreiben, und der Realität. Herr Bauckhage, wenn Sie der Meinung sind, es müsse in erster Linie ein Klima geschaffen werden, frage ich Sie: Wie machen Sie das denn?

(Staatsminister Bauckhage:
Was Sie versaut haben!)

Haben Sie denn überhaupt genügend Instrumente, um ein Klima für diese Ausbildung zu schaffen? Davon habe ich nichts gehört. Ich habe lediglich gehört, dass Sie die Angebotsseite koordinieren und die Nachfrage mit dem Angebot verbinden wollen. Das ist der falsche Ansatz. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass Sie dafür sorgen müssen, dass das Angebot an Berufsausbildungen und Studiengängen erhöht wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung ernsthaft an einer Verbesserung der Lage der Berufsausbildung im IT-Bereich interessiert ist, sollte sie schleunigst Maßnahmen ergreifen. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele:

Fast jede staatliche Einrichtung oder Gebietskörperschaft könnte inzwischen eine Ausbildung zur Fachinformatikerin oder zum Fachinformatiker anbieten. Starten Sie doch einmal eine Kampagne. Starten Sie doch einmal eine Kampagne im öffentlichen Dienst für diese Berufsbilder.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit könnten Sie gleich das von der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros angesprochene Problem mit lösen, nämlich dass es insgesamt zu wenig Frauen in diesen Berufsfeldern gibt.

Ich nenne ein zweites Beispiel, das in Ihre Richtung geht, Herr Bauckhage: Weshalb werden nicht die von dieser Stelle aus von Ihnen und von anderen immer wieder propagierten Instrumente der Verbundausbildung zwischen kleinen Einrichtungen der öffentlichen Hand stärker genutzt?

(Schwarz, SPD: Aber das wird doch gemacht!)

- Nein, Sie fördern die Verbundausbildung sehr restriktiv.

(Schwarz, SPD: Selbstverständlich wird das gemacht!)

Da könnten Sie endlich einmal die ideologischen Schranken fallen lassen.

(Schwarz, SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

- Natürlich ist das wahr. Gerade die Förderung zwischen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen findet in diesem Bundesland eben im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht statt.

Herr Bauckhage, ich bin der festen Überzeugung, dass die ambivalente und abwartende Haltung, wie Sie sie demonstriert haben, nicht zum Erfolg führen wird; denn der Markt regelt nun einmal nicht die Ausbildungserfordernisse. Sonst würden nämlich die Betriebe nicht über diesen IT-Fachkräftemangel Klage führen, sondern sie würden selbst handeln.

Betreiben Sie endlich eine aktive Ausbildungspolitik; denn sonst erhalten Sie anstatt der Greencard demnächst die gelbrote Karte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dahm, Sie überbieten sich von Stunde zu Stunde in diesem Raum. Wenn heute bestritten wird, dass dieses Land Rheinland-Pfalz keine aktive Ausbildungspolitik betreibt, muss ich mich fragen: Wo befinden wir uns denn eigentlich?

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
In Rheinland-Pfalz!)

Meine Damen und Herren, die Branche boomt, und der Markt ist aufnahmefähig. Das ist sicher eine Erkenntnis. Es ehrt uns meiner Meinung nach auch ein Stück weit; dass wir heute darüber diskutieren. Wir befinden uns in einer digitalen Revolution.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh!)

Wer das nicht zur Kenntnis nimmt, den muss man auch ein bisschen bedauern. Diese Revolution trägt mit dazu bei, dass wir Entwicklungen haben, die im Grunde genommen neue Perspektiven auch für junge Menschen eröffnen. Insofern war es sicherlich auch ein Problem, dass Anfang der neunziger Jahre die Wirtschaft in diesem Bereich ganze Sparten dichtgemacht hat. Auch die Aufnahmemöglichkeit für junge Absolventen von den Hochschulen war so gut wie erschöpft. Daher haben wir heute eine Situation, die so ist, wie sie zum Teil heute sehr konkret beschrieben wurde. Es ist daher meiner Meinung nach sinnvoll, die Wirtschaft von dieser Stelle aus noch einmal aufzufordern, Ausbildungsplätze zu schaffen. Der Markt dafür ist eigentlich vorhanden, und die Chance der Expansion ist auch für die Wirtschaft gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch ein Wort zu den Frauen sagen. Es ist richtig, dass wir Frauenförderpläne haben. Fakt ist aber auch, dass in den letzten Jahren im Bereich der Informatik die Zahl der Studienanfängerinnen erheblich zurückgegangen ist. Wir hatten einmal Zeiten, zu denen ungefähr 20 % der Studienanfänger Frauen waren. Wir liegen heute bei 7 bis 8 %, was zu wenig ist. Insofern sollten wir meiner Meinung nach allen Frauen Mut machen, in diesen Bereich hineinzugehen. Es handelt sich dabei um Kernkompetenzen, die im Grunde genommen an der Entwicklung unserer Gesellschaft - da sind die Frauen wahrlich ein wichtiger Teil - nicht vorbeigehen sollten. Verehrte Frau Kollegin Kohnle-Gros, darüber sind wir uns also einig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat aber doch nichts mit mehr Mut
zu tun, Herr Kollege Dr. Schmidt!)

Nun stellen wir also fest, dass es da einen Bedarf gibt. Herr Kollege Dahm hat bereits darauf hingewiesen, dass dieser sehr differenziert zu betrachten ist. Wie gesagt, wir haben 30 000 arbeitslose Menschen, die aus diesem Bereich kommen, die aber offenbar nicht über die Qualifikation verfügen, die auf dem Markt gefordert wird. Deshalb noch einmal meine Forderung, dass wir die Initiative des Bundeskanzlers auch in Rheinland-Pfalz aufgreifen sollten. Es geht nicht darum, dass wir noch mehr Arbeitslose schaffen wollen, sondern es geht um hoch spezialisierte Fachkräfte, die offenbar in diesem Umfang auch in Rheinland-Pfalz derzeit nicht vorhanden sind. Damit wird keinem Arbeitslosen der Platz weggenommen. Darüber sollten wir uns auch Klarheit verschaffen.

Es geht um eine Größenordnung, die in Rheinland-Pfalz möglicherweise unter 1 000 liegt. Wir sollten auch genau hinsehen, in welchen Branchen wir diese Spezialisten benötigen.

Meine Damen und Herren, insgesamt sind wir meiner Meinung nach gut beraten, auch künftig in den Bereich der Informatikstudiengänge noch mehr zu investieren - das ist überhaupt keine Frage - und in diesem Bereich die Bemühungen der Landesregierung und auch des Ministerpräsidenten nach der CeBIT-Messe zu unterstützen. Auch das ist eine Aufforderung an die Wirtschaft, mitzuziehen. Gespräche in dieser Hinsicht finden bereits statt. Auch das wird meiner Meinung nach wieder einen Schub für uns alle geben.

Insgesamt ist die Landschaft sehr erfreulich. Da läuft mehr als der eine oder andere weiß, auch über den staatlichen Bereich hinaus. Verehrte Frau Kollegin Kohnle-Gros, das wird allein schon an der Region Kaiserslautern deutlich. Die Software-Akademie ist bemüht, arbeitslose Akademiker in diese Branche hereinzuholen und ihnen die Chance zu geben, sich auf dem Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die Akademie Südwest ist dabei, eigene Weiterbildungsprogramme zu entwickeln. Das sind alles sehr erfreuliche Initiativen, die wir auch vonseiten des Landes mit unterstützen sollten.

Deshalb gibt es keinen Grund, pessimistisch zu sein. Sehr geehrter Herr Kollege Dahm, wir haben eine enorme Aufbruchsstimmung, der Sie sich anschließen sollten. Wir sollten diesen Schwung nutzen, um auch in unseren Schulen und Hochschulen mit dazu beizutragen, dass sich noch mehr Menschen auf dieses Pferd einlassen.

Ich erinnere daran, dass inzwischen erste Schulen damit beginnen, in diesem Bereich Schwerpunkte zu setzen. Verehrte Frau Kollegin Kohnle-Gros, Sie kennen das in Enkenbach. Dort wird gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut ein eigenes Schulprofil entwickelt, wovon die Sekundarstufe II und natürlich auch die Schülerinnen und Schüler, die dann durch diese hoch qualifizierte Sekundarstufe II gehen, profitieren werden.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war etwas irritiert. Man weiß jetzt gar nicht mehr, wer in der Bundesregierung ist und wer sich gegen was wehrt. Alte Grundsätze sind heute richtig ins Schwimmen gekommen. Das gilt auch für die F.D.P. Die Frage der Zuwanderung, die heute einmal ganz

kurz angeklungen ist, haben wir schon einmal diskutiert. Wir haben damals unsere Meinung dazu vertreten. Sie sagen jetzt nur ganz schwach, dass Sie eigentlich immer der Meinung waren, die Herr Schröder jetzt vertritt, aber Sie haben sich nicht getraut, das richtig zu sagen.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Herr Wirtschaftsminister, das war - wie soll ich das sagen - eine bescheidene Vorstellung. Noch nicht einmal die Analyse war so, dass sie griffig genug gewesen wäre, um Ansatzpunkte feststellen zu können, wo man etwas zu ändern gedenkt. Das war wirklich nur ganz allgemein. Ich könnte auch noch ein paar Geschichten erzählen. Ich habe auch Freunde, die Handwerker sind, die Probleme mit den Lehrlingen haben.

(Hammer, SPD: Aber bitte langsam, damit man es versteht!)

Das war wirklich zu dünn.

(Unruhe bei der SPD)

Entschuldigung, man sieht keinen Punkt, an dem Sie jetzt wirklich ansetzen wollen, wo Sie etwas verändern wollen und wie das jetzt nach vorne gehen soll.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie 20 Minuten reden, verlängern Sie zwar unsere Redezeit, aber sonst hat niemand etwas davon.

(Dr. Schmidt, SPD: Na, na, na!)

- Ja, das muss ich Ihnen auch sagen.

Ich will einen Punkt aufgreifen, den Sie genannt haben, nämlich dass auf Bundesebene zu Zeiten von Bildungsminister Rüttgers die Schaffung neuer Berufsbilder ganz erheblich in der Form revolutioniert worden ist, dass man die neuen Bedürfnisse gesehen hat, dass man aber vor allem die Ausbildungszeiten, die meines Wissens vorher acht Jahre betragen haben, ganz energisch verkürzt hat. Es ist nun möglich, das mit den Tarifpartnern innerhalb kürzerer Zeit, aber noch nicht innerhalb genügend kurzer Zeit, zu revolutionieren.

Herr Professor Dr. Zöllner, Sie haben von 100 % Steigerung in bestimmten Bereichen gesprochen. Solche Prozentzahlen benutzt man immer dann, wenn die absoluten Zahlen nicht genügend hergeben.

(Mertes, SPD: Keine Unterstellungen!
Das müssen Sie erst mal beweisen!)

- Das ist klar.

(Beifall der CDU)

Wenn ich in der Elektrotechnik ein paar Dutzend Anfänger hatte und jetzt vielleicht wieder auf 100 komme, sind das ebenfalls 100 %. Das ist aber noch lange nicht die Zahl, wie sie vorher mit 350, sogar mit Numerus clausus usw., war.

(Mertes, SPD: Keine Unterstellungen!)

Das hört sich auch bei neuen Studiengängen gut an, aber wenn jemand gerade gestartet ist, kann er nicht gleich die 100 % erfüllt haben.

Ich will noch einmal auf die Bedeutung der Ausstattung von Schulen - auch von den Schulen, die später in den berufsbildenden Weg führen - hinweisen. Sie haben sicherlich auch alle das bekommen, was uns die Bertelsmann-Stiftung ins Fach gelegt hat. Es geht darum, was es für die Schülerinnen und Schüler bedeutet, wenn sie die Chance haben, nicht nur am PC zu arbeiten und das Ganze zu erfassen, sondern tatsächlich mit Hilfe von pädagogischen Konzepten zu lernen, wie man mit dem PC seine schulischen Arbeiten erledigen kann.

Sie haben gelesen, dass die späteren Erfolge bei den jungen Leuten, die am Computer Mathematik gelernt haben, exorbitant größer sind als bei denen, die nicht diese Gelegenheit gehabt haben. Man muss feststellen, dass das viel wichtiger ist, als viele das wahrhaben wollen.

Wir geben in Rheinland-Pfalz, was das Land und nicht die Kommunen anbelangt - diesen Streit haben wir in der Presse geführt -, weniger als 500 DM aus, während andere 20 000 DM pro Schüler in diesem Bereich investieren. Das ist einfach unzulänglich und hinten und vorne nicht ausreichend. Das ist ganz klar.

Die Wirtschaft hat genug Papiere, die auf die Erfordernisse und die Qualitäten, die Schüler später in der Berufsschule und in der Berufsausbildung brauchen, hinweisen. Das gilt sowohl für den kaufmännischen als auch für den gewerblich-technischen Bereich. Ich habe das schon ein paar Mal gesagt.

Wenn Sie heute einen Kfz-Mechaniker oder einen Heizungsbauer, um das noch einmal aufzugreifen, ausbilden wollen, ist das nicht nur mit Schlitzeklopfen oder Ausbeulen getan. Diese müssen die komplizierte Technik am Auto genauso wie an der Heizungsanlage bedienen können. Das ist nichts anderes wie das, was auch diese Technik beinhaltet. Dazu gehört die Vermittlung der auf dem neuesten Stand befindlichen Grundkenntnisse in der Schule und in der Berufsschule. Sonst geht das nicht mehr. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn die Betriebe niemanden finden.

(Ministerpräsident Beck: Was sollen
wir daraus lernen? Ich verstehe
es einfach nicht!)

- Herr Ministerpräsident, das ist einfach wichtig, um zu unterstreichen, dass die Schulen diese Geschichten transportieren müssen. Wenn dies der Betrieb nicht kann, weil der Meister

noch nicht auf dem neuesten Stand der Technik ist, dann ist es die Schule, die das tun muss.

(Mertes, SPD: Zum Thema trägt
das nichts bei! -
Zurufe von der SPD)

- Das ist doch genau der Punkt. Natürlich. Wir sind doch für die Zukunft zuständig und nicht der Einzelne. Die Voraussetzungen zu schaffen, das müssen wir doch leisten.

(Beifall der CDU)

Dies liegt alles in schriftlicher Form vor. Ich kann Ihnen nur empfehlen, das alles noch einmal nachzulesen. Ich denke, dass die heutige Diskussion wichtig war, auch wenn diese durch etwas ganz anderes angestoßen worden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Dadurch hatten wir die Möglichkeit, über die Bedeutung und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sprechen.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Frau Kohnle-Gros, Sie waren etwas über die Position der F.D.P. verwirrt. Unsere Verwirrung ist umso größer; denn wenn ich mich richtig erinnere, hätten wir die Zuwanderung schon längst geregelt, wenn die CDU das Thema damals nicht im Bundestag ausgebremst hätte.

(Beifall der F.D.P.)

Von daher hätte sich das Problem heute gar nicht gestellt.

Herr Dr. Schmidt, ich muss Ihnen Recht geben. Sie sagen, dass es eigentlich gar keinen Grund gibt, besorgt oder erregt zu sein; denn der immense Bedarf an Personen, die einen IT-Beruf gelernt haben, zeigt doch, dass sich die deutsche Wirtschaft enorm schnell bewegt und mit an der Spitze ist.

(Kuhn, F.D.P.: So ist das!)

Herr Kollege Dahm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn Sie von IT-Berufen sprechen, habe ich manchmal das Gefühl, dass das so ist, als wenn ein Blinder von Farben redet.

In diesem Zusammenhang komme ich auf den von Minister Bauckhage beschriebenen dualen Ausbildungsberuf des Mediengestalters zu sprechen. Der Mediengestalter, vor zwei

Jahren geschaffen, soll im Handwerk, im Mittelstand, ausgebildet werden. Ich frage mich, welcher Betrieb einen Mediengestalter ausbilden kann.

Haben Sie einmal die Ausbildungsverordnung gelesen? Wissen Sie, was in diesem Beruf gefragt wird und ausgebildet werden muss? Es ist kein Handwerksbetrieb im Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärbereich, der den dual ausgebildeten Mediengestalter braucht, in der Lage, ihn auszubilden, weil er keinen Ausbildungsleiter hat, der über die Kompetenz verfügt, ihn auszubilden.

Wir haben ein Anfangs- bzw. Startproblem. Das gilt auch für eine kleine Bank auf dem Land. Ich nenne als Beispiel einfach einmal eine Sparkasse. Diese braucht auch den dual Ausgebildeten; denn ein in der Fachhochschule Ausgebildeter ist für den Mittelstand überausgebildet. Wir brauchen die Ausgebildeten, die eine duale Ausbildung haben. Bis wir das als Politiker begriffen haben, hat sich der Mittelstand schon längst bewegt.

Ich möchte Ihnen einmal ein Projekt aus der Region von Harald Schweitzer und mir vorstellen. Das ist das so genannte Europäische Medienzentrum. Vier junge Firmen haben es mit jeweils zehn bis 15 Mitarbeitern in der Internet-Branche geschafft. Eine Firma allein hätte nicht die Kompetenz gehabt, einen Mediengestalter auszubilden, weil eine Firma nur ein Segment dieses Ausbildungsberufs angeboten hätte.

Was haben die jungen Menschen getan? Sie haben sich flugs unter dem Dach des Europäischen Medienzentrums Montabaur zusammengeschlossen, ohne von uns „Geburthilfe“ zu bekommen. Sie haben zwar einmal nachgefragt und sind dadurch in die Diskussion gekommen. Das hat ihnen aber dann zu lange gedauert.

Daraufhin haben sie sich in einer Immobilie zusammengeschlossen und bilden jetzt Mediengestalter im Verbund aus. Der Auszubildende wandert von Firma zu Firma. Er lernt so zum Beispiel den Druckvorlagenhersteller, den Internet-Auftritt und das entsprechende Banking. Nicht nur das, die jungen Herrschaften denken sogar darüber nach, das, was sie in ihrer Firma an Kompetenz leisten können, dem Mittelstand anzubieten und in modularer Form für den Mittelstand auszubilden.

Das ist vorbildliches Arbeiten. Die Wirtschaft bewegt sich schneller, als wir das wahrnehmen können. Wir können lediglich versuchen, sie zu unterstützen und ihnen keine Steine in den Weg zu räumen. Ich denke, dazu steht diese Landesregierung.

Von daher sind wir auf dem richtigen Weg. Man muss das natürlich auch noch ein bisschen weiter denken. Die jungen Menschen in Montabaur haben es noch ein kleines Stückchen weiter gedacht. Sie haben nämlich den europäischen Gedanken aufgenommen. Wer sich heute als Mittelständler auf dem Markt bewegen will, für den ist es selbstverständlich,

auch einmal über die Landesgrenzen hinaus ins europäische Ausland oder vielleicht sogar ins osteuropäische Ausland zu schauen.

Es ist beachtlich, wenn wir sehen, welche kulturellen Kompetenzen erwachsene und junge Menschen in unserem Land schon haben. In diesem Zusammenhang spreche ich zum Beispiel von Rußland-Deutschen, Türken, Griechen und Italienern, die kulturelle Kompetenzen mitbringen. Diese in der Ausbildung im IT-Bereich für den Mittelstand fit zu machen, würde heißen: Ich könnte mit meiner Firma im Internet zum Beispiel in der Türkei, in Griechenland und in Rußland auftreten, akquirieren und mich bewegen. Das würde mir einen riesigen Vorteil bieten.

Wir haben genug Mittelständler, die diesen Vorteil nutzen und nutzen wollen. Von daher wird im Mittelstand auch auf diesem Gebiet schneller und weiter gedacht, als wir das überhaupt diskutieren können. Ich bin guter Hoffnung, dass wir dieses Anfangs- und Startproblem bewältigen können.

Ich komme zu einem weiteren Diskussionspunkt. Bedenklich stimmt mich - hier gebe ich Ihnen Recht -, dass Frauen im Handwerk zu wenig die Chancen erkennen, die in diesem Beruf stecken. Wenn Sie sich einmal die Erfolgsstories der amerikanischen Unternehmer anschauen, werden Sie feststellen, dass die fünf erfolgreichsten Unternehmerinnen Amerikas im IT-Bereich tätig gewesen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Von daher müssen wir den Frauen mehr Mut machen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denken Sie an die Vorstandsvorsitzende von Hewlett Packard. Hier ist definitiv ein riesiges Arbeitsfeld vorhanden, in dem Frauen Hervorragendes leisten. Von daher wünsche ich den Frauen mehr Mut.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe den zweiten Teil der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

„Auswirkungen des Regionalnetzentwicklungskonzepts
(Regent) der Deutschen Bahn AG auf den Schienennahverkehr in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/5565 -

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Franz Schwarz.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als exportorientierte Wirtschaftsregion ist für uns ein leistungsfähiger Verkehr und eine leistungsfähige Infrastruktur zwingend geboten. Personen, Güter und Dienstleistungen müssen ausgetauscht werden können.

Im Grunde genommen zielt unsere Verkehrspolitik auch darauf ab. Das, was die Landesregierung in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Verkehrsinfrastruktur, Verkehrsbedienung und Verkehrsangebot gerade auf der Schiene getan und geleistet hat, ist auch ein Beweis dafür, dass man Schienenverkehr einschließlich der Trasse wirklich erfolgreich betreiben kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Querschläge, wie sie in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht sind, sind schwer entgegenzunehmen, wenn man erfährt, dass das Unternehmen, das im Grunde genommen auch Besitzer der Verkehrswege ist, die für einen offensiven Verkehr genutzt werden können, plötzlich erklärt, dass es sich von 262 Trassen trennen will.

Die ganze Argumentation, die darum darüber geführt wird, ist ein Ablenkungsmanöver. Es geht der Deutschen Bahn AG weniger darum, deutlich zu machen, dass sie auf diesen Strecken nicht mehr fahren will, sondern es geht der Deutschen Bahn AG darum, diese Trassen kaputtzumachen, da diese Trassen für sie inzwischen ein besonderes finanzielles Risiko geworden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, als Dürr und später auch Ludewig angetreten sind, war die hohe Belastung Netz immer vorhanden. Man hat sich aber dann darauf verständigt, die sowieso knappen Mittel nicht, wie es das Bundes-Schienenwegeverkehrsfinanzierungsgesetz vorsieht, zu 20 % in den Nahverkehr zu schieben, sondern hat sich darauf kapriziert, möglichst schnelle Strecken zu bauen. Dazu kommt noch, dass die Kalkulation dieser schnellen Strecken zeigt, dass man sich ganz massiv daneben gesetzt hat. Wenn man die Strecke Köln - Rhein/Main nimmt, wenn man den Lehrter Bahnhof in Berlin nimmt, dann sind das die finanziellen Schwierigkeiten, in die sich diese DB AG Netz gebracht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann finde ich es eigentlich verantwortungslos, wenn man seinen Vorstoß, der zwar noch nicht mit den Ländern abgestimmt ist, so hinstellt, als wäre es nur ein Gespräch, mit dem Hinweis unterfüttert, dass man die bereits nicht mehr im Gespräch befindliche ICE-Strecke Nürnberg - Erfurt wieder aufnehmen will. Das heißt, Mehldorn möchte gern ein neues Millionengrab für die DB AG aufmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Rheinland-Pfalz sicher kein Problem damit, wenn man darüber redet, wie erfolgreich Schienenverkehr gemacht werden kann. Wir haben das sowohl mit der Trasse als auch mit der Bedienung auf der Trasse bewiesen. Aber wenn man darüber redet, dann muss man auch deutlich machen, wie man das in Zukunft finanzieren will. Wir müssen uns darauf verständigen, dass wir Prioritäten setzen. Prioritäten müssen für die Zukunft sein, wenn die Neubautrassen abgeschlossen sind, damit wir in den Regionen die entsprechenden Strecken ertüchtigen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können es nicht zulassen, dass vor dem Hintergrund einer solchen Inanspruchnahme, Stilllegungen von Trassen, unter Umständen auch unser sehr erfolgreicher Rheinland-Pfalz-Takt leiden könnte. Aber im Zusammenhang mit dieser Diskussion lassen Sie mich auf etwas anderes hinweisen: Wir haben derzeit immer davon gesprochen, wie wichtig es ist, dass der Service am Bahnhof, dass der Zugang des Reisenden zur Bahn sauber und gut geregelt sein muss. Wir müssen heute feststellen, dass die Deutsche Bahn AG den seinerzeit einmal eingeführten Bahnhofsmanager in großen Teilen eliminiert. Von 210 Bahnhofsmanagern werden 140 abgebaut. In Rheinland-Pfalz sind das: Bullay, Betzdorf, Bingen, Alzey, Neuwied, Bad Kreuznach, Landau, Pirmasens, Remagen und Worms. -

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war auch ein Highlight, mit dem die Deutsche Bahn AG um Reisende geworben hat. Wir müssen, wenn es jetzt in die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG geht, wenn es darum geht, deutlich zu machen, dass unsere Interessen wichtig sind, unmissverständlich deutlich machen, dass wir diejenigen sind, die das Handeln behalten möchten, wenn es um die regionalen Netze geht. Wir haben ein Interesse daran, dass die regionalen Netze weiter ausgebaut werden. Wir haben ein Interesse daran, dass diese erfolgreich geführt werden. Über den Weg dorthin, wenn die Finanzierung klar ist, kann man sicher auch mit dem Land Rheinland-Pfalz reden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich möchte weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Freunde und Mitglieder der SPD aus dem Landkreis Kusel,

(Beifall im Hause)

darüber hinaus Gäste aus dem Caritas-Zentrum Mayen-Mendig. Seien Sie recht herzlich im Landtag begrüßt.

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Faktion spricht Herr Abgeordneter Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Verkehrspolitik des Bundes in den letzten eineinhalb Jahren ansieht, bekommt man das kalte Grausen. Für Rotgrün bedeutet Verkehrspolitik offensichtlich hauptsächlich: Benzinpreiserhöhung, Kürzung der Mittel für Investitionen in Straße und Schiene sowie Schließung von Bahnstrecken.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sollen zusätzlich unrentable Nebenstrecken auf Länder und Gemeinden übergehen, damit diese sie dann aus Regionalisierungsmitteln bezahlen. Meine Damen und Herren, die Bahnkunden in Deutschland dürfen sich offensichtlich auf drastische Verschlechterungen gefasst machen.

War das die Botschaft von Herrn Schröder vor eineinhalb Jahren? Haben wir uns alle nur verhört? Ich glaube nicht. Auch auf diesem Politikfeld wurden wir, wurde der Bürger hinters Licht geführt.

Meine Damen und Herren, das Schlimmste an der ganzen Sache ist, dass offensichtlich unser Land Rheinland-Pfalz in ganz besonderem Maß von den Kürzungsmaßnahmen der Bahn und der Bundesregierung betroffen ist. Man braucht sich, Herr Minister, nur das Vierjahres-Investitionsprogramm des Bundes für Straße und Schienenverkehrsprojekte anzusehen, um zu erkennen, dass Rheinland-Pfalz in der Verkehrspolitik des Bundes keine Rolle mehr spielt. Abgehängt hat man uns, auf das Abstellgleis gestellt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Diese Landesregierung schaut nur zu. Das Gros der Investitionen erfolgt in anderen Teilen Deutschlands, sowohl bei Straße als auch bei Schiene.

Jetzt diese neuen Hiobsbotschaften, Herr Ministerpräsident. Der Verkehrsminister musste bestätigen, dass nach Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Köln - Frankfurt im Jahr 2002 die Intercityverbindungen der Deutschen Bahn über Mainz von derzeit drei Zugpaaren stündlich auf nur noch eine stündliche Linie durch das Rheintal von Köln über Koblenz nach Mainz in Richtung Frankfurt reduziert wird. Stattdessen kommt dann wohl Güterverkehr ins Rheintal. Was passiert mit dem Schnellbahnhalt Montabaur? Was passiert damit? Was ist mit der Landeshauptstadt Mainz? Soll der ICE-Halt Mainz nach und nach aufgegeben werden? Was ist mit den Interregio-Linien, die bisher über Mainz geführt wurden? Was ist mit der Neigezugverbindung zwischen Mainz und Karlsruhe? Diese ist schon zehn Jahre zugesagt. Was tut die Landesregierung? Nichts. Was ist mit dem Interregio-Verkehr über Ludwigshafen? Soll die Chemiestadt davon abgekoppelt werden? Was ist mit Mannheim? Plant die Bahn eine Abkopplung Mannheim vom ICE-Verkehr und damit der ganzen Pfalz? Was passiert mit der ICE-Neubaustrecke Frankfurt - Hockenheim - Stuttgart? Meine Damen und Herren, wenn

Mannheim keine ICE-Anbindung behielte, wäre dann nicht auch der Ausbau der Strecke von Metz nach Mannheim überflüssig? - Fragen über Fragen.

Das sind alles Nachteile für Rheinland-Pfalz, wenn es, wie zu befürchten ist, dazu kommt. Was tut die Landesregierung? Meine Damen und Herren, erkennbar nichts. Das schadet diesem Land. Was ist denn bei Ihrem Gespräch am 15. März mit Herrn Mehdorn herausgekommen, Herr Ministerpräsident? Sagen Sie es uns, wir wüssten es gern.

(Ministerpräsident Beck: Der Minister wird es Ihnen gleich sagen!)

- Gut, dann bin ich gespannt.

(Ministerpräsident Beck: Wenn Sie die Zeitung gelesen hätten, wüssten Sie es!)

- Herr Ministerpräsident, darin stand nicht viel Positives. Ich bin gespannt, ob Sie mehr zu erzählen haben.

Jetzt gibt es ein neues Stichwort „Regent“. Offensichtlich prüft die Bahn AG, ob sie Nebenstrecken an private Betreiber ausgliedern soll. Es ist schon gesagt: 262 Bahnstrecken sind in der Diskussion. 37 neue Regionalgesellschaften. Sicher ist die Informationspolitik der Bundesregierung bzw. der Bahn insbesondere zu kritisieren. Das will ich hiermit auch tun. Ich will aber auch, um das auch deutlich zu sagen, im Moment zumindest der Versuchung widerstehen, diese Andeutungen, was die Regionalgesellschaften betrifft, kategorisch abzulehnen.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass es bei der Bahn noch erheblichen Optimierungsspielraum gibt. Es könnte durchaus sein, dass eine Regionalisierung und die Organisation in einer Hand vor Ort, also dort, wo die Probleme auch auftreten, durchaus Vorteile haben könnte. Wenn die Bahn aber ihre Leistungen im Nahverkehr kürzt, dann hat das natürlich auch finanzielle Konsequenzen. Weniger Leistungen der Bahn muss auch bedeuten, dass wir weniger an die Bahn zahlen.

Meine Damen und Herren, die CDU unterstützt die Landesregierung, wenn sie fordert, keinen Umbau zu Lasten des Landes und der Kommunen.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist ein wichtiger Punkt für uns, auf den ich nachher noch einmal zurückkommen werde.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen Medienberichten zufolge von den Ausgliederungen von Nebenstrecken auf dem rheinland-pfälzischen Schienennetz an private Betreiber durch die Deutsche Bahn AG gehört. Laut Bahnchef Mehdorn sind nach diesen Meldungen neue Konzepte für das Schienenpersonennahverkehrskonzept erarbeitet, die unter dem Titel „Regionalnetzentwicklungskonzept“ - kurz Regent - zusammengefasst sind.

Danach sind für Rheinland-Pfalz vier regionale Netze vorgesehen. Die Rede ist vom Westerwald-Netz, vom Rhein-Mosel-Netz, vom Rheinhessen-Netz und vom Pfälzer Netz. Hauptziel der Deutschen Bahn AG - das war die Frage, die ich mir stellte - ist es, alle unternehmerischen Potenziale vor Ort konsequent zu nutzen, um so einen wirtschaftlichen Betrieb von Bahnstrecken in der Fläche zu sichern. Aber das eigentliche Problem der Deutschen Bahn AG ist wohl die Unterhaltung der teilweise maroden Schienenstrecken und der genannten Bahnhöfe.

Ich möchte für die F.D.P.-Fraktion betonen, dass wir neuen Konzepten für den Schienenpersonennahverkehr mit dem Ziel der besseren Ausnutzung der unternehmerischen Potenziale vor Ort durchaus positiv gegenüberstehen. Die sich mehr und mehr am Fernverkehr orientierenden Strukturen der Deutschen Bahn AG - in diesem Zusammenhang ist vor allem der forcierte Ausbau des IC-Netzes zu nennen - sind für den Betrieb mancher Nebenstrecken nicht gerade optimal.

Wir erwarten daher, dass die Landesregierung das so genannte Regionalnetzentwicklungskonzept Regent - wenn es in Einzelheiten vorliegt - Punkt für Punkt einer sachlichen Prüfung unterzieht. Für die F.D.P.-Landtagsfraktion möchte ich hierzu jedoch gewisse Einschränkungen machen. Sollten die in der „Rhein-Zeitung“ genannten 37 neuen Regionalgesellschaften allesamt als DB-Töchter organisiert sein, würde dies eventuell den gewünschten Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr gefährden oder zumindest aber verzerren.

Des Weiteren ist dabei zu prüfen, ob durch die Installation von Regionalbahngesellschaften nicht eventuell bundesgesetzliche Bestimmungen verletzt werden. Auch hinsichtlich der Frage der Beteiligung des Bundes an der zukünftigen Finanzierung von regionalen Bahnlinien muss unseres Erachtens Klarheit herrschen, bevor man sich positiv zu dem Regionalnetzentwicklungskonzept vonseiten des Landes äußert.

Meine Damen und Herren, alles in allem müssen wir aufpassen, dass sich mit dem Regent-Konzept möglicherweise einhergehende Folgen nicht zum Nachteil des Landes Rheinland-Pfalz auswirken. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur stichwortartig den Erfolg des Rheinland-Pfalz-Taktes nennen. Dieser darf dabei nicht unterminiert oder gefährdet werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Die mit dem Markenprodukt Rheinland-Pfalz-Takt verbundenen Eigenschaften, nämlich der Service, die Qualität und die Sicherheit, dürfen keinesfalls eine Einschränkung erfahren, und die Dichte im Schienenpersonennahverkehr darf keinesfalls vermindert werden.

Wir wissen, dass gerade ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz auf einen sinnvollen Mix der verschiedenen Verkehrsmittel angewiesen ist. Diesen gilt es, auch in Zukunft unbedingt zu erhalten und gegebenenfalls weiter auszubauen.

Da ich jedoch das Verkehrsressort in bewährten Händen weiß, bin ich der Meinung, dass diese Fragen positiv geprüft und abgeklärt werden. Wir von der F.D.P.-Fraktion werden den Verkehrsminister und die Landesregierung bei den bevorstehenden Gesprächen, aber auch bei ihren Bemühungen uneingeschränkt unterstützen, damit möglichst positive Erfolge erzielt werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Elke Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation der DB AG ist äußerst ernst. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Die Ursachen dafür liegen aber sowohl in politischen Fehlentscheidungen, die auch von Ihrer Partei und Fraktion damals mit verantwortet wurden, Herr Bracht, sowie in der falschen Schwerpunktsetzung der DB AG in der Vergangenheit.

Es war falsch, der DB AG bei der Bahnreform das Netz zuzuweisen. Folge: Kein diskriminierungsfreier Zugang der NE-Bahnen zum Netz.

Sie nicken, Herr Schwarz.

(Schwarz, SPD: Wir haben dazu in Rheinland-Pfalz immer eine andere Position eingenommen!)

Es war auch falsch, der DB AG den Erhalt ihrer Trassen aufzubürden, weil damit eine Grundvoraussetzung zum Erfolg der Bahnreform laut der Regierungskommission Bahn 1991, nämlich der faire Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern, bis heute nicht gewährleistet wurde.

Die Bahn hat in der Vergangenheit zudem die falschen Schwerpunkte im Netz gesetzt: Hochgeschwindigkeitsstrecken mit explodierenden Baukosten bei Vernachlässigung

der so genannten Nebenstrecken für den Nahverkehr. - Wir haben nicht nur in Rheinland-Pfalz einen erheblichen Investitionsrückstand in der Fläche.

Das wirtschaftliche und verkehrliche Standbein der Bahn ist aber der Nahverkehr. Hier sind rund 90 % der Fahrgäste unterwegs, und hier werden 60 % des Umsatzes erwirtschaftet. Meine Damen und Herren, der Nahverkehr darf deshalb keineswegs zum Steinbruch für undifferenzierte Einsparungen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Es kann nicht sein, dass die DB AG ihren Börsengang damit ermöglicht, dass die abgewirtschafteten Nebenstrecken mit den immensen Kosten den Ländern und Gebietskörperschaften aufgedrückt werden. Eine Schrumpfbahn mit einem weitgehenden Rückzug aus der Fläche kommt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keineswegs infrage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute geht es um die Projektidee - Herr Schwarz, das ist noch kein Konzept - Regent, das heißt, ob die Schieneninfrastruktur in regionale Verantwortung gegeben werden kann und soll. Wir haben in den Ländern gute Erfahrungen mit der Regionalisierung des Betriebs auf der Schiene gemacht. Sie garantiert eine größere Kundinnennähe und könnte auch im Bereich Netz zu erfolgreicherem und effektiverem Arbeiten führen, als dies der schwerfällige Konzern DB AG zurzeit leistet.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Insofern zielt der Ansatz durchaus in die richtige Richtung.

Entscheidend für einen Erfolg aber sind die unternehmerischen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen diese Frage diskutiert wird. Meine Damen und Herren, die Schlüsselfrage ist aus unserer Sicht die nach der Finanzierung der Strecke und des ganzen Netzes, was nun zur Disposition steht, besonders dort, wo Investitionen für die Sanierung und die Modernisierung anstehen.

Für Rheinland-Pfalz verweise ich nur auf die Lautertalbahn und die Südpfalzstrecke. Denken Sie darüber hinaus daran, dass in halb Rheinland-Pfalz die Signaltechnik ein ganzes Jahrhundert hinterherhinkt. In diesem Bereich gibt es enormen Investitionsbedarf.

Für uns heißt das, wo Verantwortung für bestimmte Strecken vom Bund auf die Länder übertragen wird, müssen auch die entsprechenden Finanzmittel mit übertragen werden,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar unter Berücksichtigung der jeweiligen Streckenlänge, des Zustands und der topographischen Gegebenheiten.

Das heißt ganz konkret - es wäre schön, wenn Sie sich einmal darauf einlassen würden, wenn Ihr kleiner Koalitionspartner in Berlin Ihnen Beine macht -, die Investitionsmittel des Bundes für die Schiene insbesondere im Nahverkehr müssen angehoben und nach gemeinsam zwischen Bund und Ländern ausgehandelten Kriterien regional zugewiesen werden.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

- Zum Beispiel der Straße, Hochmoselübergang. Aber das haben wir schon so oft gesagt, Herr Beck, das müssten Sie eigentlich inzwischen auswendig wissen.

Zudem muss eine Gleichbehandlung der Nahverkehrsinvestitionen mit dem Fernverkehr erfolgen, das heißt, Baukostenzuschüsse statt zinsverbilligte Darlehen. Aber das reicht noch nicht. Herr Kollege Schwarz, wir brauchen außerdem Erleichterungen in der Übertragung von Eisenbahninfrastruktur und im Betrieb von Nahverkehrsstrecken. Ich nenne exemplarisch nur die unsinnige geltende Regelung, dass ein neuer Nutzer den Betrieb einer Strecke 15 Jahre und die Infrastrukturvorrhaltung 30 Jahre garantieren muss. Dies ist äußerst unflexibel und muss verändert werden.

Ziel entsprechender Gesetzesänderung muss es auch sein, Nebenstrecken ohne größere Probleme an Gebietskörperschaften, aber auch andere Eisenbahnunternehmen übertragen zu können, sobald die begründete Aussicht zur Fortführung bzw. zur Wiederaufnahme von Verkehren besteht.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Auflagen für den Betrieb von Neben- bzw. Nahverkehrsbahnen deutlich vereinfacht werden. Auf vielen nur im Nahverkehr genutzten Strecken genügt im Grunde der Standard von Stadt- oder Straßenbahnen, wenn dort keine Fernzüge fahren. Die Eisenbahnbau- und -betriebsordnung - kurz EBO - muss dringend an die technische Entwicklung angepasst werden. Ich hoffe, in dem Punkt sind wir uns einig.

Meine Damen und Herren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann in einem Regionalisierungskonzept auch für den Bereich Netz eine neue Chance liegen, Angebotsverbesserungen bis hin zu Reaktivierungen im Nahverkehr hinzubekommen.

(Glocke des Präsidenten -
Schwarz, SPD: Aber da rennen Sie
doch bei uns durch die Tür!)

Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Sie haben sich doch überhaupt nicht festgelegt. In Ihrer Rede habe ich dazu nichts gehört.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich freue mich, im Landtag den Generalkonsul der Vereinigten Staaten, Herrn Edward O' Donnell, begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Wirtschaftsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist heute eine sehr interessante Diskussion. Bevor ich sechs Punkte darstelle, die für die Landesregierung bei einer Regionalisierung wichtig sind, möchte ich auf einige Dinge meiner Vorgänger, Herrn Bracht und Frau Kiltz, eingehen.

Herr Bracht, man muss sich irgendwo entscheiden. Man kann nicht einerseits einen nachfrageorientierten SPNV und ÖPNV propagieren, wie Sie es machen, und dann andererseits sagen, aber die Angebotspolitik der Landesregierung passt mir nicht, sie müsste noch mehr Angebote machen. Sie müssen sich entscheiden, was Sie nun wollen. Wenn wir Ihren Weg einer nachfrageorientierten SPNV- und ÖPNV-Politik mitgegangen wären, dann wären wir heute nicht da, wo wir sind. Das ist die eine Seite.

Andererseits ist es natürlich immer sehr leicht zu kritisieren, ohne dass man endgültig sagt, wer woran wie schuld ist.

Ich komme jetzt zu Ihnen, Frau Kiltz. Wissen Sie, es ist alles hochinteressant, was Sie hier von sich geben. Nur, man muss auch wissen, wenn man das sagt, dass die Landesregierung mit ihrer SPNV- und ÖPNV-Politik genau richtig liegt. Wir liegen mit unserer Politik genau richtig. Dies belegt übrigens auch die Reaktivierung der Strecke Kirchheimbolanden - Alzey. Dort ist 47 Jahre lang kein Zug gefahren. Es waren genau 47 Jahre. Jetzt füge ich hinzu, dass dies nur ging, weil wir mit privaten Betreibern auf der Strecke operieren konnten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dagegen haben wir doch nichts! Das ist
doch Wettbewerb in dem Bereich!)

- Ich sage es nur einmal, damit Sie es wissen.

Ich möchte nun einige Sätze zur Frage des Börsengangs der DB AG sagen. Das kann man natürlich kritisieren. Ich appelliere einmal an ein Stück betriebswirtschaftliches Verständnis. Es darf doch niemand glauben, Sie könnten ein Unternehmen an die Börse bringen, ohne es vorher in einen Stand versetzt zu haben, der es börsenfähig macht. Das versucht Herr Mehldorn derzeit zu tun. Es gibt zwei Wege. Entweder, man geht Ihren Weg, nämlich den Weg, dass die Bundeszuschüsse

noch eine ganze Zeit lang in einer Milliarden-Größenordnung bleiben. Dann muss man nur sagen, woher man es nehmen will.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das haben wir schon bei den Haushaltsberatungen gesagt!)

Man muss das mit aller Klarheit sagen. Dann sagen Sie, wir kürzen noch einmal den Straßenbau. Dann sagt mir Herr Bracht, dass die Bundesregierung die Mittel für den Straßenbau kürzt. Jetzt müssen Sie mir einmal sagen, wie Sie es gern hätten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir müssen es nicht wie Herr Bracht machen!)

Das ist schon sehr schwierig. Sie wollen keine Erschließung von Rheinland-Pfalz. Sie wollen die Erschließung des ländlichen Raums nicht.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist doch dummes Zeug! Das habe ich nie gesagt!)

Sie wollen für Ihre Ideologie ein paar Eisenbahnstrecken. Herr Bracht will beides, sagt aber auch nicht, wie man es finanzieren kann und redet draußen in der Fläche opportunistisch von nachfrageorientierter SPNV- und ÖPNV-Politik, wie man es jetzt in vielen Punkten gewohnt ist. Dann muss man sich irgendwo entscheiden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich muss mich doch nicht mit der CDU entscheiden!)

Es fällt Ihnen natürlich schwer, die Wahrheit zu hören, das ist mir klar. Ich möchte noch einmal etwas zur Frage der Situation des Bahnhofs Mainz sagen. Wir stecken als Land in diesen Bahnhof noch einmal rund 30 Millionen DM hinein.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielleicht hätte man es bescheidener machen können!)

- Vielleicht hätte man gar nichts machen können.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Frau Kiltz, man kann natürlich auch sagen, wir lassen auch auf Straßenbahnniveau SPNV-Strecken laufen, wie Sie es tun. Das kann man alles machen. Nur, ob man dafür Nachfrage erhält, das ist die zweite Frage. Ich sage einmal, der Benutzer erwartet eine wenig Geschwindigkeit und Komfort. Das ist so.

Ich sage Ihnen jetzt eines zum Bahnhof Mainz. Wer sagt, die Landesregierung würde nicht das tun, was man tun muss,

dann sage ich Ihnen: Wir haben gemeinsam - Herr Ministerpräsident Beck und ich - mit Herrn Mehldorn verhandelt. Ergebnis ist, dass in Mainz bei unterschiedlichen Qualitäten nach wie vor zwei ICE-Züge halten. ICE-Züge haben eine andere Qualität als IC-Züge.

Die Strecke Luxemburg - Trier - Mainz - Frankfurt/Main wird kommen. Jetzt möchte ich etwas zur Strecke Karlsruhe - Speyer - Ludwigshafen - Mainz sagen. Das ist eine Frage der Technik. Das ist nicht die Frage der Landesregierung oder der bösen Bahn AG, sondern eine Frage der Technik. Man braucht dazu die Neigetechnik. Jetzt kann ich Ihnen diese unendliche Geschichte noch ein Stück vorexerzieren, das können Sie mir auch ersparen. Wir haben da doch sehr schnell Einigkeit, was übrigens nicht so leicht ist, da es eine Frage der Technik ist. Wir brauchen dazu die Neigetechnik. Aber die Strecke ist gesichert.

Ich sage nun etwas zum Bahnhof Montabaur. Da gibt es den Kollegen Weimar in Hessen, der ständig und täglich verkündet, wir haben den stündlichen Halt sicher. Dass das für die gesamte Situation nicht dienlich ist, muss ich Ihnen nicht erläutern. Das ist dann wiederum der Ihnen eigene Opportunismus. Wir haben erreicht, dass eine Gleichbehandlung zwischen Limburg und Montabaur gegeben sein wird. Dies ist verbindlich.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Reden Sie etwas zu Regent!)

Ich sage Ihnen noch mehr zu. Ich komme gleich auch zu dem anderen. Ich möchte nur noch etwas zu den Anwürfen von Herrn Bracht sagen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Thema verfehlt!)

Wir haben zunächst einmal erreicht, dass eine Gleichbehandlung zwischen Montabaur und Limburg gegeben ist. Das ist Herrn Weimar sehr schwer klarzumachen, meine Damen und Herren, weil er immer meint, er hätte eine besondere Priorität. Die hat er nicht. Es können jetzt Wahlen sein oder nicht, ob man aus Limburg kommt, ob man aus Daaden oder aus Montabaur kommt, Fakt ist, es ist eine Gleichbehandlung gegeben, Frau Schmidt.

Fakt ist außerdem, dass wir nach wie vor der Überzeugung sind, dass es realistisch ist, dass in den Kernzeiten ein stündlicher Halt in Montabaur gegeben sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, damit haben wir mehr erreicht, als Sie, Herr Bracht, vermuten könnten. Es war nicht dienlich, wie sich der Kollege Weimar (CDU) dabei verhalten hat. Das waren die Gespräche, die wir geführt haben.

Nun diskutieren wir heute in dieser Aktuellen Stunde, für die ich sehr dankbar bin, beantragt übrigens von der SPD-Landtagsfraktion, über die Frage, wie es denn mit „Regent“ weitergeht. Ich füge hinzu, wir diskutieren ein Stück im Dunkeln und im Nebel, weil noch nichts geklärt ist. Es geht nach meiner Einschätzung dabei letztendlich vor allem darum, insgesamt neue Finanzierungsquellen für den Betrieb der Strecken zu erschließen.

Meine Damen und Herren, ich möchte deshalb zunächst betonen, dass die Landesregierung zu diesem Konzept, für das der Name Regent aus der Taufe gehoben wurde, bis heute keine offizielle Information der DB AG erhalten hat. Es gibt keine offizielle Information der DB AG. Weder in der Konferenz der Verkehrsabteilungsleiter der Länder am 14./15. März dieses Jahres noch bei dem Gespräch der Landesregierung mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG, Herrn Mehdorn, am 15. März 2000 konnte dieses Thema vertieft behandelt werden. Aber es spricht schon einiges dafür, dass sich Herr Mehdorn Mühe gibt, endlich einmal betriebswirtschaftliche Kriterien anzusetzen. Sonst wird die DB AG nicht börsenfähig werden, wenn nicht endlich betriebswirtschaftliche Kriterien angelegt werden. Dabei muss man auch ein Stück mehr machen, als nur so zu tun, als wäre alles in Ordnung. Das hat der Vorgänger gemacht. Das muss man einmal in aller Klarheit sagen. Nach den Aussagen von Herrn Mehdorn sollen erst im Sommer dieses Jahres den Ländern erste Konzepte für das Projekt „Regent“ vorgestellt werden.

Meine Damen und Herren, das Land Rheinland-Pfalz hat seit langem insbesondere auf dem Güterverkehrssektor die Auffassung vertreten, dass regional orientierte Bahnen insbesondere durch eine einfache Organisation der betrieblichen Abläufe und eine Verzahnung der Dienstbereiche erhebliche Kostenvorteile erzielen können. Insofern ist der neue Ansatz von Bahnchef Mehdorn, sich an solchen Organisationsstrukturen zu orientieren, zunächst einmal prüfenswert. Andererseits ergeben sich im Hinblick auf die Umsetzbarkeit schon aus rechtlicher Sicht viele Fragen. Ich möchte dazu die folgenden sechs Punkte nennen:

1. Die Beteiligung von Ländern und Kommunen an den Regionalbahngesellschaften würde die gewollte und gesetzliche Bestimmung „Trennung von Besteller- und Erstellerfunktion im Schienenpersonennahverkehr“ aufheben.
2. Die Beteiligung anderer Eisenbahnen an Regionalbahnen, die als DB-Töchter organisiert und von der DB AG dominiert wären, würde den seit der Bahnreform gewollten Wettbewerb der Verkehrsunternehmen untereinander zumindest einschränken. Ein Wettbewerb bei der Vergabe von SPNV-Leistungen wäre dann kaum noch möglich.
3. Die Gesamtzuständigkeit der Regionalbahngesellschaften für Verkehrsangebote und Infrastruktur widerspricht der bundesgesetzlich bestimmten Trennung von Trasse und Be-

trieb. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die EU-Kommission diese Trennung künftig noch strikter beachtet wissen will.

4. Weiter stellt sich die Frage, ob mit regionaler Beteiligung geführte Bahnen überhaupt noch Bahnen des Bundes sind. Hiervon hängt aber wiederum - und zwar ganz entscheidend - der Einsatz der Bundesmittel zum Beispiel nach dem Bundes-Schienenwegeausbaugesetz ab. Diese Mittel müssen auf jeden Fall auch zur Finanzierung regionaler Bahnlinien erhalten bleiben, sonst ist die Stilllegung unausweichlich, meine Damen und Herren.

5. Bei den Überlegungen für regionale Netze und Gesellschaften sind auch die lang laufenden Linien des Schienenpersonennahverkehrs, wie zum Beispiel unsere Nei-Tech-Linie im Nahetal Frankfurt-Mainz-Bad Kreuznach-Saarbrücken, mit zu berücksichtigen. Solche Linien würden nämlich durch den Bereich mehrerer Regionalgesellschaften laufen. Hierbei wäre ein erheblicher zusätzlicher Abstimmungsaufwand zu erwarten. Das gilt auch für die Koordination des Betriebs in den großen bei der DB AG verbleibenden Knoten. Die Kostenzuordnung wäre dabei nur schwer in den Griff zu bekommen.

6. Schließlich stellt sich die Frage, was mit dem Betrieb der Strecken geschieht, die im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens an andere Eisenbahnunternehmen vergeben worden sind, die aber nach wie vor das Netz der DB AG nutzen und nutzen müssen.

Das sind die Fragen, die aus unserer Sicht dringend vorher geklärt werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich will nicht daran erinnern, wer welchen Standpunkt bei der Frage des Wettbewerbs der Rhein-Neckar-Bahn eingenommen hat.

(Schwarz, SPD: Ja!)

Ich will nur sagen, wäre man diesen Weg vor einem Jahr mit uns gegangen, dann wären wir jetzt ein ganzes Stück weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie diese wenigen Punkte einer gesetzes- und wettbewerbskonformen Lösung zugeführt werden können, ist aus Landessicht - ich sagte es völlig offen. Deshalb muss zunächst die DB AG ihre Vorschläge auf den Tisch legen. Dann werden wir diese prüfen und unseren Handlungsrahmen abstecken und voll ausnutzen. Die Landesregierung ist grundsätzlich gesprächsbereit. Eines aber muss dabei klar sein. Wir werden auf keinen Fall akzeptieren, dass der Wettbewerb im Schienenverkehr eingeschränkt wird, Qualität, Service und Sicherheit vermindert werden und es zu Stilllegungen der SPNV-Strecken des Rheinland-Pfalz-Takts kommt.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Das heißt, wir selbst werden unter keinen Umständen akzeptieren, dass die Erfolgsstory Rheinland-Pfalz-Takt gefährdet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies würde der rheinland-pfälzischen Verkehrspolitik und den Konzeptionen des Rheinland-Pfalz-Takts diametral entgegenstehen. Wir arbeiten im Gegenteil daran, die Angebote im Rheinland-Pfalz-Takt - Herr Kollege Bracht, immer nach der Devise „angebotsorientierte Verkehrspolitik“ - weiter auszubauen.

Frau Kiltz, wir sind gerade dabei, die Strecken Andernach-Mayen/West und Wörth-Lauterburg für den SPNV zu reaktivieren. Wir drängen darauf, dass die Einführung des personalarmen Funkfahrbetriebs als neue Streckensicherungstechnik für die Nebenstrecken endlich vorankommt. Die Planungen hierfür sind zwischen der DB Netz AG und dem Land abgestimmt. Die Finanzierung aus Mitteln des Bundes-Schienenwegeausbauplans ist geklärt. Die Einführung dieser neuen Betriebsform auf den Nebenstrecken des Landes würde erhebliche Kosten senken und dazu beitragen, den Bestand dieser Strecken langfristig zu sichern. Das darf durch die Überlegungen zum Konzept „Regent“ nicht noch weiter behindert werden.

Die Umsetzung der groß angekündigten Konzeption „Netz 21“ der DB AG darf nicht in Frage stehen. Danach sollten Investitionsmittel auf den Erhalt und die Sicherung des Bestandsnetzes und somit auch auf die regionalen Strecken konzentriert werden. Das Land hat diese Strategie seinerzeit ausdrücklich begrüßt.

Meine Damen und Herren, nun sollen die knappen Mittel offensichtlich wieder auf die gewinnträchtigen Hauptstrecken und die aus dem Ruder gelaufenen Großprojekte - so Netz-Vorstand Münchwandner -, wie die Neubaustrecke Köln-Rhein/Main, den Lehrter Bahnhof in Berlin sowie die zugehörigen Tunnelstrecken, konzentriert werden, meine Damen und Herren. Dieses wird das Land so nicht hinnehmen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich auch an die Infrastrukturverantwortung des Bundes erinnern dürfen. Es ist der Grundsatz zu gewährleisten, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahn des Bundes, Rechnung getragen wird. Aus dieser Verantwortung kann sich der Bund nicht herausstehlen.

(Schwarz, SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, der Rheinland-Pfalz-Takt ist das Erfolgsmodell im ÖPNV in Deutschland. Die Landesregierung wird alles daran setzen, dass diese Angebotskonzeption durch die neuen Überlegungen der DB AG zur Regionalnetzentwicklung nicht beeinträchtigt wird.

Gestatten Sie mir abschließend noch einige Bemerkungen zur Frage des ICE-Halts Mannheim. Herr Bracht, wissen Sie, man kann es sich so einfach machen. Man kann hierhin kommen und sagen, damit wird Ludwigshafen/Mannheim abgehängt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Zunächst einmal ist noch nichts entschieden. Sie wissen um meine Äußerungen zu dieser Sache. Ich halte es nach wie vor für nicht gerechtfertigt, wenn dieser große Raum, dieser pulsierende Wirtschaftsraum, nicht entsprechend an den ICE angeschlossen bleibt. Ich bitte Sie aber, auch die Farbenlehre auf der anderen Rheinseite zu beachten. Ich sage es einmal anders herum: Wenn es um Ludwigshafen direkt ginge, wären der Ministerpräsident und ich direkt gefordert. - Aber da geht es um Mannheim. Mannheim liegt bekanntlich nicht in Rheinland-Pfalz.

(Ministerpräsident Beck: Noch nicht!)

Da bitte ich Sie, einmal mit dem Kollegen Teufel in aller Nüchternheit zu reden, damit der sich einmal in der gleichen Form dazu äußert, wie ich mich dazu geäußert habe.

(Dr. Gölter, CDU: Aber das hat er doch getan! Das hat er doch mehrfach getan!)

Dann haben wir ein Stück Klarheit.

(Dr. Gölter, CDU: Das hat er doch mehrfach getan!)

- Herr Kollege Dr. Gölter, dann muss man auch richtig adressieren.

(Dr. Gölter, CDU: Bauen Sie doch keine Windmühlen auf! Kollegialität! Das kann man doch so nicht machen!)

- Nein, ich sage das doch nicht. Ich sage doch nur, wenn Herr Bracht das hier so artikuliert, muss er wissen, dass er an die richtige Stelle gehen muss. Zunächst einmal ist hier der richtige Platz, aber er muss in dem Zusammenhang dann auch richtig adressieren. Das ist mein Petuum. Ich glaube, dann kommen wir ein ganzes Stück weiter. Es bleibt jedenfalls dabei, wir werden Gespräche mit dem Bund und mit der DB AG führen müssen und führen, wie dieses Konzept „Regent“ dann entwickelt wird. Es darf nur nicht zulasten des Rheinland-Pfalz-Takts gehen und darf auch nicht insgesamt bei den Regionalisierungsmitteln zulasten des Bestellerverkehrs gehen.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Grimm:

Die Fraktionen haben noch vier Minuten Redezeit.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Franz Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!
Drei Bemerkungen.

Die erste Bemerkung: Herr Bracht hat darauf hingewiesen oder immer wieder gefragt, was geschieht. Wenn Sie sich die Aktivitäten der Politik des Landes ansehen - darauf haben Sie abgezielt -, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, wie erfolgreich - der Herr Minister hat dies eben noch einmal gesagt - das Land dort war, wo es sich mit seiner Politik einbringen konnte und eingebracht hat.

Die zweite Bemerkung: Was geschieht? - Sie können heute nicht mehr die Politik dafür verantwortlich machen, was die DB AG in verschiedenen Bereichen macht. Natürlich habe ich Verständnis dafür, wenn der Herr Minister darauf hinweist, dass sich Herr Mehdorn nun betriebswirtschaftlichen Kriterien zuwendet, weil seine Vorgänger im Wesentlichen - ich will dies einmal so sagen - aus dem Vollen gelebt haben. Diese haben gedacht, was soll schon passieren, irgendwann muss der Bund den „Schotter“ herüberbringen, und dann werden wir das bauen. Nur, da hätten sie wahrscheinlich auf Sand gebaut.

Wir erleben es heute - das ist das große Problem, das wir sehen -, dass man sich in der Vergangenheit - das können wir Herrn Mehdorn nicht „andichten“ - nicht sachkundig mit dem auseinander gesetzt hat, was es kosten wird. Das müssen wir heute austragen. Das Geld fehlt.

Die dritte Bemerkung: Kürzungen im Nahverkehr. Frau Kiltz, es geht nicht um den Nahverkehr. Hier geht es um den regionalen Verkehr. Natürlich ist die Diskussion, die jetzt über den regionalen Verkehr geführt wird - Herr Minister Bauckhage hat darauf hingewiesen -: Wie komme ich aus meiner Region übergreifend über die Region in Zukunft mit der Schiene weiter? - Dann ist das, was derzeit gemacht wird, kontraproduktiv für die Bahn. Das Image der Bahn leidet. Wenn das Image der Bahn leidet, gehen auch weniger Leute zur Bahn, um mit ihr zu fahren.

Es ist also wichtig, deutlich zu machen, dass der Weg, weiterhin die Bahn zu stärken, von uns als Politik massiv unterstützt wird.

Herr Bracht, nur um eines bitte ich Sie, Sie können der Politik nicht das Versagen, das im Grunde genommen ein betriebswirtschaftlich geführtes Unternehmen zu verantworten hat, an den „Hals“ hängen. Hierfür sind wir nicht verantwortlich. Ihre Politik ist vielleicht dafür verantwortlich, dass Sie die Manager ausgesucht haben, die vielleicht nicht in der Lage waren, das Geschäft zu machen, wenn heute festgestellt wird, dass sie etwas gegen die „Wand“ gefahren haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist darauf hingewiesen worden, wie wichtig es sein wird, dass das, was jetzt diskutiert wird, unter Umständen als Konzept und auch als Vorschläge für das, was man im Land machen will, auf dem Tisch liegt.

Ich habe ein großes Problem. Der Herr Minister hat noch einmal deutlich gemacht, dass das Land stark sein wird, wenn es darum geht, die „Pflöcke“ zu halten. Er hat auch gesagt „Netz 21“ darf nicht scheitern, „Netz 21“ muss durchgesetzt werden. Das ist richtig. Das Problem beim „Netz 21“ ist aber, dass der derzeitige Manager, Herr Mehdorn, erklärt, „Netz 21“ ist nichts weiter als die Verwaltung von Notstand, das heißt, wir müssen darüber nachdenken, ob es wirklich so negativ belastet ist, dass es ein Notstand ist, oder ob es nicht möglich ist, die finanziellen Ressourcen für „Netz 21“ zu bekommen. Dann geht es vielleicht auch darum, dass man sagt: Kann nicht vielleicht ein anderer das Netz übernehmen?

Ich bin durchaus der Meinung, dass die damalige Diskussion, die wir nach 1994 geführt haben, gezeigt hat, dass die Vereinbarungen und die Verpflichtungen, die man im Zusammenhang mit dem Netz getroffen hat, heute beweisen, dass sie in vielen Bereichen nicht durchsetzungsfähig und auch nicht in der Lage sind, das Problem zu lösen. Wir müssen also - jetzt haben wir eine Chance dazu, wenn dies auf den Tisch kommt - überlegen, ob wir nicht auch das Netz aus der Holding der DB AG herausnehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn es zutrifft, was Europa will, und wenn es zutrifft, was der Minister gesagt hat, dann kann in Zukunft nicht mehr der Betreiber auch gleichzeitig Netzbetreiber sein. Warum versuchen wir nicht in diesem Zusammenhang zu diskutieren, wie wir das Netz aus dem Dach der Deutschen Bahn AG herausbekommen, um zum einen die Diskriminierung des Zugangs zu eliminieren und zum anderen vielleicht auch - hier hat Frau Kiltz sicher Recht; da stimme ich ihr zu - diese Quersubventionierung, die in anderen Bereichen verdient wird, zu nehmen, um sie in Sachen zu stecken, die unter Umständen nicht ganz so wichtig oder weniger wichtig sind?

Mein Petitor wäre, wir sollten dann, wenn wir überlegen, auch darüber nachdenken, ob das Netz bei der Holding der DB AG in Zukunft noch richtig platziert ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Minister, den Begriff der nachfrageorientierten An-

gebotspolitik, bezogen auf die Bahn, habe ich draußen im Land noch nie gebraucht. Deshalb sollten Sie mir das auch gar nicht vorwerfen. Das ist auch gar nicht meine Linie. Ich denke, hier, wie bei vielen anderen Punkten, gilt eine vernünftige Mischung aus angebots- und nachfrageorientierter Politik.

Wenn Sie das Gespräch mit Herrn Mehdorn angesprochen haben, ist zu sagen, einige Fragen haben Sie beantwortet, auch gut, auch zufriedenstellend, aber längst nicht alle.

Wenn Sie uns bezogen auf Mannheim vorwerfen, dass auf der anderen Rheinseite eine andere Regierung ist, dann sage ich Ihnen, nicht wir sind in der Regierung, sondern Sie tragen Verantwortung für dieses Land. Sie haben die Verhandlungen zu führen, nicht wir.

Wenn Sie glauben, dass wir dabei helfen können, dann tun wir das gern. Dann sagen Sie es uns. Dann machen wir das. Aber wenn Sie das nicht selbst hinbekommen und glauben, nicht die richtigen Ergebnisse für unser Land zu erzielen, dann treten Sie zurück. Dann übernehmen wir die Regierung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das war gut!)

So einfach ist das.

Herr Kollege Schwarz, wenn Sie mir sagen, das Geld fehlt hinten und vorn, ist festzustellen: Klar fehlt es für Schiene und Straße, weil Sie es für alles Mögliche in Bonn ausgeben. Für alles Mögliche werfen Sie es hinaus, nur nicht für Investitionen, die zu Arbeit und Einkommen in unseren Regionen im ländlichen Raum führen.

(Beifall bei der CDU)

Mein lieber Herr Minister, Sie sagen, Sie haben noch keine offizielle Information über „Regent“ von der Bundesbahn, da empfehle ich der Regierung, sich einmal über diese neue Technik, genannt Internet, zu informieren und sich vielleicht auch dieser Technik zu bedienen. Da gibt es zumindest ein paar Informationen, aber vielleicht noch nicht genug - einverstanden -, aber zumindest ein paar.

Meine Damen und Herren, die CDU fordert von der Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass kein Abbau und kein Umbau zulasten des Landes und der Kommunen erfolgt. Aber wir werden Sie auch daran messen, ob Sie das erreichen. Wenn zusätzlich der Unterhalt von Bahnhöfen und Trassen zum Aufgabenfeld dieser regionalen Gesellschaften werden sollte, dann müssen diese regionalen Gesellschaften auch finanziell in die Lage versetzt werden, diese Leistungen zu erbringen. Eine Sanierung der Bahn AG zulasten der Länder und Gemeinden darf es nicht geben.

Meine Damen und Herren, wenn die Situation des Bahnverkehrs so kritisch ist, wie es jetzt scheint, dann müssen Bund, Länder, Gemeinden und Bahn AG die Finanzierung des Bahn-

verkehrs - dies ist meine Überzeugung - auf eine neue, zukunftssichere Grundlage stellen. So muss über die Finanzierung der Bahntrassen und Bahnhöfe insgesamt nachgedacht werden, anstatt auf dem Weg der neuen Regionalgesellschaften Länder und Gemeinden einseitig heranzuziehen.

Für die CDU will ich noch einmal bekräftigen, die Bahn muss ihren Anteil am Verkehrsaufkommen erhöhen. Derzeit erkennen wir nur Abbau oder Stillstand.

(Schwarz, SPD: Aber doch nicht
in Rheinland-Pfalz!)

Eine Ausnahme besteht beim Personenverkehr. Dort gibt es aktuell eine Wiedergewinnung verloren gegangener Marktanteile. Aber der alte Stand ist auch hier längst noch nicht wieder erreicht.

Voraussetzung ist: Die Bahn braucht ein attraktives Angebot, wenn sie diesen Anteil am Verkehrsaufkommen insgesamt erhöhen will. Voraussetzung hierfür sind mehr Investitionen statt weniger, und zwar in Trassen, Züge und Bahnhöfe und eine bessere Organisation, die schneller und flexibler auf Kundenwünsche reagiert. Letzteres gilt vor allem auch für den Güterverkehr.

Wenn Länder und Gemeinden noch stärker in die Verantwortung einbezogen werden sollen, dann müssen auch Planungshoheit und angemessene Finanzausstattung hinzukommen.

Ich will zum Schluss noch einmal festhalten: Die CDU steht zur Bahnreform, auch wenn nicht alles richtig gelaufen ist. Das gebe ich zu. Nicht alles ist so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben. Vom Grundsatz und vom Ziel her gibt es hierzu aber keine Alternative.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss: Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie diesen Prozess konstruktiv und kritisch begleitet und dafür sorgt, dass zuallererst das bahninterne Optimierungspotenzial ausgeschöpft wird, bevor Strecken stillgelegt werden, und dass sie im Übrigen sicherstellt, dass Rheinland-Pfalz und seine Bürger von der neuen Bahn soviel wie möglich profitieren.

Diesen Nachweis, dass Sie dies erreichen, fordern wir von Ihnen heute und in den nächsten Monaten.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, wenn dann konkretere Pläne, „Regent“ betreffend, vorliegen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus der Diskussion zu diesem Thema bleibt Folgendes festzustellen: Wir wollen alle das Gleiche. Wir wollen eine vernünftige Personenbeförderung, eine vernünftige Frachtbeförderung und außerdem ein funktionierendes ICE-Netz in Rheinland-Pfalz.

Wir sind froh, dass wir die Deutsche Bahn AG haben. Man muss sagen, dass ein besseres und klares Konzept auf den Tisch muss. Wenn die Deutsche Bahn AG derzeit über ein Kostenproblem stolpert und dann neue Ideen entwickelt, indem sie sagt, dass sie das Gesamtkonzept auf Dauer nicht in eigener Regie bewältigen könne und deshalb so genannte Tochterunternehmen bildet, muss dieses Konzept mit der Landesregierung abgestimmt werden. Das haben uns der Herr Minister und der Herr Ministerpräsident wissen lassen. Ferner muss das Finanzierungskonzept realisierbar sein. Besonders wichtig für uns ist die terminliche Abstimmung zwischen den Nahverkehrs- und den ICE-Verbindungen. Die Kosten dürfen nicht nur und auch nicht vorwiegend zulasten des Landes gehen.

Darüber hinaus diskutieren wir bei jeder Haushaltsdebatte und bei jeder Verkehrsdebatte darüber, dass die ÖPNV-Verbindungen den Bahnhöfen angepasst sein müssen, ganz zu schweigen von der allgemeinen Kritik, in welch schlechtem Zustand sich unsere Bahnhöfe als so genannte Servicestationen befinden. Auch in diesem Bereich benötigen wir Hilfe und Unterstützung.

(Vizepräsident Schuler übernimmt
den Vorsitz)

Wenn in der derzeitigen Diskussion die unterschiedlichsten Meinungen zu hören sind - die einen schimpfen über die derzeitige, die anderen über die damalige Bundesregierung -, müssen wir uns fragen, ob die jeweils Regierenden in den Bereichen der Bahn und der Beförderung ihrerseits ihre Hausaufgaben während der Regierungszeit gemacht haben. Deshalb müssen wir am Ball bleiben. Uns muss das Konzept vorgelegt werden, damit wir unseren Einfluss auf den Verkehrsskt in Rheinland-Pfalz geltend machen können, um das zu erreichen, was in den unterschiedlichen Redebeiträgen gefordert worden ist. Wir wollen gemeinsam mit der Landesregierung unseren Beitrag zur Erstellung eines Bahnkonzepts leisten.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war vorhin etwas verwirrt, als ich feststellen musste, dass die Landesregierung und Teile der großen Fraktionen den IC- und den ICE-Verkehr zum Nahverkehr zählen. Ich habe das bisher immer auseinander gehalten, aber ich lerne gerne dazu. Vielleicht heißt das auch, dass die Mittel für den Fernverkehr künftig für den Nahverkehr verwendet werden können.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

- Nein, im Unterschied zu Ihnen habe ich lediglich vom Nahverkehr gesprochen. Bei Ihrer Rede ist mir im Übrigen überhaupt nicht klar geworden, wohin Sie wollen. Vielleicht erschließt sich das aber in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, wenn Herr Minister Bauckhage uns seine sechs Punkte vorlegt, die er bis dahin mit Sicherheit zumindest ansatzweise geprüft hat.

Wir müssen feststellen, dass fünf Jahre nach der Bahnreform erst 7 % des Nahverkehrs - ich beziehe mich auf das Thema der Aktuellen Stunde, die Sie beantragt haben, Herr Schwarz -

(Schwarz, SPD: Machen Sie!)

ausgeschrieben worden sind. Im Güterverkehr stoßen konkurrierende Bahnunternehmen häufig auf diskriminierende Widerstände, die sie daran hindern, erfolgreich in den Markt einzutreten. Auf Bundesebene haben wir bereits relativ früh vorgeschlagen, die Schieneninfrastruktur aus dem Konzern Deutsche Bahn AG herauszulösen

(Schwarz, SPD: Das haben wir in
Rheinland-Pfalz seinerzeit
auch diskutiert!)

und in abgestufter Zuständigkeit an die öffentliche Hand - in Teilen an den Bund und auch an die Länder bzw. an die Zweckverbände - zu übertragen.

- Es ist schön, wenn wir uns in dieser Hinsicht einig sind.

Damit wird keine Rückkehr zur alten Staats- bzw. Behördenbahn angestrebt. Ziel ist aber der Erhalt der Verantwortung der öffentlichen Hand für das Netz, zum Beispiel durch eine Infrastruktur GmbH.

(Ministerpräsident Beck: Wie
bezahlen wir die?)

- Wir haben viele Vorschläge zur Umverteilung gemacht, denen Sie nur folgen müssen:

(Ministerpräsident Beck: Ah so!)

Deren Bewirtschaftung soll künftig an private Unternehmen, zum Beispiel an die DB Netz AG, vergeben werden. Das ist wichtig im Wettbewerb.

Ich fasse zusammen: Wir müssen Bedingungen formulieren, unter denen eine Regionalisierung des Netzes die Vorteile der Kundennähe nutzen kann. Ich habe sie bereits formuliert. Vor allen Dingen ist die Finanzierungsfrage sehr wichtig. Das heißt, die Finanzmittel müssen zusammen mit der Verantwortung herunterdelegiert werden.

Insgesamt müssen wir die Chancengleichheit der Verkehrsträger erhöhen. Herr Bauckhage, ich lese mit Interesse, dass Ihre Partei am Samstag in Andernach unter anderem geäußert hat: Die Grundsätze der Marktwirtschaft müssen auch im Verkehr gelten. In diesem Zusammenhang ist eine gerechte Anrechnung der tatsächlichen Wegekosten für jeden Verkehrsträger unerlässlich. - Prima! Ich frage mich, weshalb Sie vor wenigen Monaten einen Antrag, den wir zu diesem Thema eingebracht haben, abgelehnt haben und auch dem großen Koalitionspartner nicht gestattet haben, diesem Antrag zuzustimmen. Es ging darum, die Wegekosten gerade für die Bahn erträglicher zu gestalten.

Herr Schwarz, ich bitte Sie herzlich darum, nicht nur wegen des Hochmoselübergangs bei Ihrem Kollegen, Herrn Klimmt, in Berlin vorzusprechen, sondern auch wegen der Investitionsmittel für die Schiene. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass die Investitionsmittel für die Schiene schrittweise an die Investitionsmittel für die Straße herangezogen werden sollen. Dadurch soll ein Gleichgewicht hergestellt werden. Es ist jedesmal der gleiche Kampf für meine Kollegen in Berlin, dem großen Koalitionspartner die Einhaltung dieses Teils des Koalitionsvertrags abzuringen. Auch beim Anti-Stau-Programm wurde wieder hart gefochten.

Herr Schwarz, ich rate Ihnen, wenn Ihnen die Bahn in Rheinland-Pfalz genauso am Herzen liegt wie anderen der Transrapid, der von mir weiß nicht was bezahlt werden soll, und der Hochmoselübergang, dann ergreifen Sie entsprechende Maßnahmen. Werden Sie vorstellig. Stellen Sie sich vor den Schreibtisch Ihres Kollegen und

(Glocke des Präsidenten)

fordern Sie den Koalitionsvertrag ein! Stützen Sie unsere Partikollegen in Berlin!

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde.

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Kongresses
der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften
Europas beim Europarat**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ältestenrat ist übereingekommen, den Präsidenten des Landtags vorzuschlagen. Dann kann der stellvertretende Präsident entsprechend nachrücken, wenn es um Vertretungsfragen geht. Das ist die Vereinbarung.

Ich schlage Herrn Christoph Grimm vor.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Wahlvorschlag ab.

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen. Herzlichen Dank!

Ich rufe die Punkte 6 bis 10 der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Förderung von Handwerksbetrieben,
kleinen und mittleren Unternehmen und
Existenzgründungen
Gesetzentwurf der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4216 -
Zweite Beratung**

dazu:
**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr
- Drucksache 13/5473 -**

**Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/3703 -**

dazu:
**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr
- Drucksache 13/5428 -**

Technologietransfer in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der SPD

- Entschließung -

- Drucksache 13/4624 -

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses

für Wirtschaft und Verkehr

- Drucksache 13/5429 -

Mittelstand in Rheinland-Pfalz stärken

Antrag der Fraktion der F.D.P.

- Entschließung -

- Drucksache 13/3906 -

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses

für Wirtschaft und Verkehr

- Drucksache 13/5537 -

**Entwicklung des Technologie- und
Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 13/3891 -

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses

für Wirtschaft und Verkehr

- Drucksache 13/5550 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von je 15 Minuten ver-
einbart.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten
Anheuser, zu Punkt 6 der Tagesordnung das Wort.

(Zurufe aus dem Hause)

Herr Kollege Anheuser ist offenbar nicht im Raum. Dann er-
teile ich dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Rieth, zu den
Punkten 7 bis 10 der Tagesordnung das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im vergangenen
Jahr haben wir eine Reihe von Anträgen zum Thema „Mittel-
stand und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ sowie das Mittel-
standsförderungsgesetz diskutiert. Ich erstatte Bericht zu den
Anträgen der Punkte 7 bis 10 der Tagesordnung.

Der Antrag der Fraktion der CDU - Punkt 7 der Tagesord-
nung - wurde im Januar 1999 in den Geschäftsgang gegeben
und an den Ausschuss überwiesen. Anschließend fand zusam-
men mit den anderen Tagesordnungspunkten eine Anhö-

rung zu diesem Antrag statt. Der Ausschuss hat anschließend
über diesen Antrag beraten und mit Mehrheit empfohlen,
diesen Antrag abzulehnen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Punkt 8 der
Tagesordnung - wurde ebenfalls vor der Anhörung in den Ge-
schäftsgang des Landtags gegeben. Auch dieser Antrag wur-
de im Rahmen der Anhörung mitdiskutiert und bewertet. In
diesem Fall hat die Mehrheit des Ausschusses für Wirtschaft
und Verkehr empfohlen, diesen Antrag anzunehmen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. - Punkt 9
der Tagesordnung - wurde ebenfalls im Januar 1999 in den
Geschäftsgang des Landtags gegeben. Dieser Antrag war
ebenfalls Gegenstand des Anhörverfahrens am 16. Septem-
ber 1999. Bei der abschließenden Beratung im Ausschuss für
Wirtschaft und Verkehr hat der Ausschuss mit Mehrheit emp-
fohlen, diesen Antrag anzunehmen.

Der Antrag der Fraktion der SPD - Punkt 10 der Tagesord-
nung - wurde nach der Durchführung des Anhörungsverfah-
rens in den Geschäftsgang des Landtags gegeben. Der Antrag
wurde im Ausschuss abschließend beraten. Auch in diesem
Fall hat die Mehrheit des Ausschusses empfohlen, diesen An-
trag anzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. Ich bitte nun um den Be-
richt zu Punkt 6 der Tagesordnung. Herr Kollege Anheuser,
Sie haben das Wort.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der
Landtag hat den Gesetzentwurf der Fraktion BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN „Landesgesetz zur Förderung von Hand-
werksbetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen und
Existenzgründungen“ - Drucksache 13/4216 - an den Aus-
schuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. Die Beschlus-
sempfehlung des Ausschusses ist in der Drucksache 13/5473
enthalten.

Wir haben uns in verschiedenen Sitzungen, unter anderem
auch im Rahmen einer Anhörung, mit diesem Gesetzentwurf
befasst. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat in sei-
ner 34. Sitzung am 8. Februar 2000 beschlossen, dem Landtag
die Ablehnung des Gesetzentwurfs zu empfehlen. Demzufol-
ge war der mitberatende Ausschuss nicht mehr mit der Bera-
tung befasst.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzuleh-
nen.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar die Frauenhilfsgruppe Appenheim und die Mendiger Schützen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rieth das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute steht unser Mittelstandsförderungsgesetz nach einem fast einjährigen Durchlauf durch den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und einer Bewertung durch viele externe Fachleute im Rahmen der Anhörung zur endgültigen Beschlussfassung in diesem Haus wieder auf der Tagesordnung. Dieses erste grüne Mittelstandsförderungsgesetz auf Bundesebene hat somit alle parlamentarischen Stufen durchlaufen, die für einen Gesetzentwurf der Opposition möglich sind.

Wir als GRÜNE sind mit der Gesetzesberatung im Ausschuss, mit den Stellungnahmen der externen Fachleute und der sachlich fairen Bewertung durch Teile dieses Parlaments insoweit zufrieden, dass sie uns bestätigt haben, dass wir mit der Hauptstößrichtung dieses Gesetzes, nämlich mehr Beratung und weniger Gießkannenförderung, genau die Erfordernisse der Zeit für den Mittelstand in Rheinland-Pfalz getroffen haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir und auch viele Fachleute haben mittlerweile erkannt, dass Beratung und Wissenstransfer als Wirtschaftsförderungsaufgabe der Zukunft gesehen werden müssen und damit die bisherige Schwerpunktsetzung auf die direkte Förderung mehr und mehr ersetzen müssen. Damit einher geht auch die Weichenstellung der rotgrünen Bundesregierung bei der Unternehmensteuerreform, die Steuersätze zu senken und die Subventionen massiv abzubauen, da das Geld nur einmal ausgegeben werden kann.

Herr Wirtschaftsminister Bauckhage, wir fordern Sie deshalb an dieser Stelle noch einmal auf, die rot-grüne Steuerreform zu unterstützen und durch Subventionsabbau in Ihrem Bereich mit dafür zu sorgen, dass das Land nicht weiter die Staatsverschuldung mit fragwürdigen Mitnahmeeffekten der Wirtschaftsförderung in die Höhe treibt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, erliegen Sie nicht weiter den Gedankenspielen Ihres pseudoliberalen Oberfundis, dem Weltökonom Rainer Brüderle, der heute in der „taz“ mit folgender Äußerung zu lesen ist: „Und wenn ich als Liberaler die Wahl habe

zwischen einem staatlichen Monopol und einem privaten, entscheide ich mich für das staatliche. Das kann ich wenigstens noch beeinflussen.“ Meine Damen und Herren, dieses Staats- und Marktverständnis des rheinland-pfälzischen Oberliberalen, der uns in Rheinland-Pfalz in den letzten 13 Jahren weismachen wollte, dass liberale Wirtschaftspolitik die Kräfte des Markts stärkt, hat mit seiner Subventionspolitik und den unzähligen neu gegründeten rein staatlichen Gesellschaften das Gegenteil bewirkt. Er hat nämlich in diesem Land die Planwirtschaft vorangetrieben und die Staatsverschuldung auf über 30 Milliarden DM nach oben getrieben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wirtschaftsminister Bauckhage, diese Politik sollten Sie nicht fortsetzen, sondern möglichst schnell ändern.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wo ist er überhaupt bei der wirtschaftspolitischen Debatte? -
Staatsminister Zuber: Er hat doch eben gesagt, dass er kurz raus muss!)

Stichworte wie IMM, Technologiezentren im Land, Opel in Kaiserslautern und vieles andere mehr werden nämlich ansonsten auch mit ihrem Namen verbunden bleiben. Der Mittelstand wird merken und merkt es jetzt schon, wie ungleich in diesem Bereich die Behandlung im Land erfolgt.

Demgegenüber führe ich mir unsere, in ihren finanziellen Auswirkungen bescheidenen, aber zeitgemäßen Paragraphen in unserem Gesetzentwurf vor Augen. Ich erwähne den § 9 mit der Überschrift „Regionale Beratungs- und Dienstleistungsagenturen für Wissenstransfer, Beratung und Aus- und Fortbildung“. Das sind zukunftsorientierte Transfereinrichtungen, die als Schwerpunkt die Kundenorientierung im mittelständischen Bereich haben. Das ist zukunftsweisend, nicht Ihre Förderpolitik.

Nehmen Sie den § 10 mit den Informationsbörsen. Gerade in den letzten Wochen und Monaten erleben wir, dass für Existenzgründer und Betriebsnachfolger viel mehr in diese Richtung gemacht werden muss, als noch mehr Geld mit der Gießkanne bereitzustellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir den § 11 unseres Gesetzentwurfs, in dem es um die Förderung der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit geht. Dieser Paragraph steht zwar im alten Gesetz, aber bei den Ausgaben stellen wir regelmäßig fest, dass der Mittelabfluss in diesem Bereich gleich Null ist. Wenn das von der Landesregierung ernsthaft gemeint ist - wir haben das ausdrücklich und sehr deutlich in unseren Gesetzentwurf hineingeschrieben -, ist das eine Möglichkeit, ein Gegengewicht zu

den Generalunternehmen zu bilden. In diesem Fall muss die Landesregierung mehr machen, als nur Lippenbekenntnisse abzugeben und Sonntagsreden zu halten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir den § 13, in dem wir die Förderung der lebenslangen Aus- und Weiterbildung in den Gesetzentwurf festgeschrieben haben. Wir haben eben die Greencard-Debatte geführt. Es ist ein originärer Bestandteil einer zukunftsweisen Wirtschaftspolitik, dass auch diese Punkte viel stärker als bisher als Wirtschaftsförderung in einem solchen Landesgesetz verankert werden. Deshalb haben wir diesen Bereich auch aufgenommen.

Nehmen Sie den § 23, in dem es um die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterkapitalbeteiligung geht. Hierzu sage ich nur zwei Stichworte: das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung von Biedenkopf oder der Vorschlag von Bundeskanzler Schröder vom heutigen Tage, der ganz andere Möglichkeiten sieht, um eine sozial gerechte Ausgleichsfunktion beim Volksevermögen zu erreichen. - Wir wünschen uns, dass die Landesregierung viel stärker in diesen Bereich mit einsteigt und es nicht nur bei einzelnen Beispielen belässt, die es im Land gibt. In diesem Bereich sehen wir aber strukturell eine Verbesserungs- und Änderungsnotwendigkeit. In verschiedenen Fachgesprächen und in einer Anhörung, die wir vor einiger Zeit im Landtag durchgeführt haben, ist deutlich geworden, dass das ein modernes Wirtschaftsförderinstrument werden muss.

Zu § 24 - Mitnahmeeffekte vermeiden - weise ich nur darauf hin, dass wir in dem, was wir als Subventionsbericht gefordert haben, mehrfach von dieser Stelle aus darauf hingewiesen haben, dass die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben und die Richtlinienvorgaben so gestaltet sein müssen, dass das auch passiert.

Zu § 25 - Transparenz der Förderung -: Auch das ist mit Hinweis auf den Subventionsbericht ein Punkt, den wir in der Wirtschaftspolitik dringend als erneuerungswürdig betrachten.

§ 26 - Zeitliche Begrenzung von Einzelfinanzierungsprogrammen - war eine Forderung der Kammern und Verbände in der Anhörung.

§ 27 - Wirkungsanalyse und Evaluierung - war auch eine Forderung von verschiedenen Experten und Fachleuten in der Anhörung.

Meine Damen und Herren, insbesondere der Regierungsfraktionen, Ihnen müsste doch bei Vorlage dieses Gesetzentwurfs deutlich werden, dass die Zeit der alten Subventionitis vorbei ist. Das müssten Sie doch erkannt haben. Ich bin gespannt auf Ihre Äußerungen zu unserem Gesetzentwurf.

Was wir mit unserem Gesetzentwurf wollen, haben wir Ihnen vorgelegt. Wir haben auch in dem einen Jahr die Diskussion in den Gremien bestanden. Wir sehen das jedenfalls so, egal, wie heute die Abstimmung ausgeht. Wir wollen kreative Milieus in den Regionen fördern und stärken und nicht zentralistische Strukturen zementieren, wie Sie es mit Ihrer Wirtschaftspolitik bis zum heutigen Tag tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren der SPD, ob Sie diesem Gesetzentwurf nun zustimmen oder ihn ablehnen, die Reformweichen von Rotgrün in Berlin sind näher an unserem Gesetzentwurf als an Ihrer konservativen Wirtschaftspolitik, die Sie seit Jahren in diesem Land verfolgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen diese konservative Wirtschaftspolitik durchführen, weil Sie aus CDU-Zeiten eine pseudoliberalen Partei geerbt haben, die Ihnen genau diese Muster weiterhin vorgibt. Wenn Sie sich davon nicht Schritt für Schritt oder noch etwas deutlicher trennen, werden Sie mit Ihrer Vorstellung von Wirtschaftspolitik das Schlusslicht der Bundesländer werden und bleiben, wie dies zum Beispiel im Energiebereich in aller Deutlichkeit statistisch dokumentiert ist.

Herr Bracht, uns hat deshalb in den Ausschussberatungen und bei der Anhörung angenehm überrascht, dass die CDU in diesem Landtag offensichtlich in Sachen Neuausrichtung der Landeswirtschaftspolitik die Zeichen der Zeit eher verstanden hat als die Regierungsfraktionen.

(Schwarz, SPD: Purer Opportunismus!)

Das müssen wir an der Stelle deutlich festhalten. Ihre Stimmabstimmung zu unserem Gesetzentwurf im Ausschuss werten wir jedenfalls als fundierte Anerkennung der Notwendigkeit für eine neue Landeswirtschaftspolitik, die von dieser konservativen Landesregierung offensichtlich nicht mehr zu erwarten ist.

Herr Bracht, wir werten das so. Sie können das nachher begründen. Eine Enthaltung ist für uns eine solche Anerkennung.

Wie notwendig die Umorientierung in der Landeswirtschaftspolitik ist, geht auch aus der Tatsache hervor, dass von den ca. 142 000 meist kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land in den letzten Jahren nur ca. 2 700 - lediglich 2 % - eine Förderung erhalten konnten. Das sind Aussagen auf Anfragen, die von uns und anderen gestellt wurden. Dies ist eine marginale Zahl, die von der Förderung profitieren konnte.

Allein daran wird für uns deutlich, dass es Ihnen, meine Damen und Herren der Landesregierung und der Regierungsfraktionen, bei Ihrer Förderpolitik nicht einmal im Ansatz um

die Herstellung von Chancengleichheit für das Gros der rheinland-pfälzischen mittelständischen Unternehmen geht. Sie betreiben mit Ihrer Förderpolitik Klientelbedienung. Das geht allein aus diesen Zahlen hervor. Ich denke, das kann nicht zukunftsweisend sein. Von daher muss das auch geändert werden.

Nehmen wir ein anderes Feld, zum Beispiel die Existenzgründungen und die Unternehmensnachfolge. Auch bei diesen beiden großen Zielgruppen, die in die zehntausende allein in Rheinland-Pfalz gehen, wird deutlich, dass die althergebrachte Förderideologie niemals dem Problem Rechnung tragen kann. Es wird nicht ausreichen, dass Sie so weitermachen, wie Sie das in den letzten zehn Jahren zurückblickend getan haben.

Herr Schwarz, neben Rahmenbedingungen für eine bessere Eigenkapitalausstattung ist es vor allem das Wissens-Know-how, das bei den Existenzgründerinnen und Existenzgründern und bei den Unternehmensnachfolgern fehlt. Dieser Know-how-Transfer muss hochprofessionell und kompetent an Mann und Frau gebracht werden. Er ist sowohl bei den Betriebsnachfolgern als auch bei den Existenzgründern, was wir an Rückmeldungen haben, in den letzten Wochen und Monaten häufig nachgefragt worden. Es reicht nicht aus, diese Leute, die für unser Land dringend und wichtig sind, auf die Vielzahl der mehreren hundert Förderprogramme zu verweisen. Hier hat der Staat eine Aufgabe, das, was in seinem Ermessen und seiner Verantwortung steht, professionell zu bündeln und regional den Leuten zur Verfügung zu stellen.

Das wird die ISB zentral in dem Maße, wie Sie das wollen, nicht leisten können. Das werden auch die Kammern allein nicht leisten können. Das wissen Sie. Von daher stehen wir auch nach einjähriger Beratung unseres Gesetzentwurfs mehr denn je zu diesem Gesetz und sind von der Richtigkeit der Anlage dieses Gesetzes genauso überzeugt wie am ersten Tag.

Wir werden uns zu dem Antrag der CDU-Fraktion enthalten, wie wir das schon im Ausschuss getan haben, und die Anträge der Regierungsfraktionen ablehnen, weil die eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen nur rudimentär aufgeführt sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Basis für die verschiedenen Initiativen, über die wir heute entscheiden, war offensichtlich der im November 1998 von der

CDU-Fraktion eingebrachte umfangreiche Antrag, mit dem wir eine ganze Reihe von Forderungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz formuliert hatten.

Ich kann für die CDU heute feststellen, dass nahezu alle damaligen Forderungen auch heute noch ihre volle Berechtigung haben und dass sich die Begründung dafür sogar in vielen Punkten erheblich verstärkt und in manchen auch abgeschwächt hat. Dies bestätigt auch die durchgeführte Anhörung.

Meine Damen und Herren, am augenfälligsten wird dies, wenn man sich ansieht, wo Rheinland-Pfalz heute wirtschaftspolitisch steht. Wer ohne Scheuklappen nach diesem Standort sucht, der findet Rheinland-Pfalz im Abseits. Die Wirtschaftspolitik dieses Landes ist in wesentlichen Teilen gescheitert.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Herr Minister, wenn Sie mir das nicht glauben, lesen Sie einmal morgen die „Wirtschaftswoche“. Eine schlimmere Ohrenfeige - das geht aus den Informationen, die uns vorliegen, hervor - für die Wirtschafts- und Technologiepolitik dieser SPD/F.D.P.-Landesregierung könnte auch ich Ihnen nicht geben. Darüber werden wir sicher im Ausschuss reden.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung kann noch so sehr versuchen, abzulenken, die Daten und Fakten sind eindeutig. Ich möchte ein paar wenige ansprechen. Wir haben schon häufiger darüber diskutiert.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hatte im letzten Jahr einen erhöhten Wert, weil die Basis des Vorjahres extrem niedrig war. Mittelfristig liegen wir aber am Ende aller westlichen Bundesländer. Wir liegen auch beim tatsächlichen Zuwachs an neuen Unternehmen auf dem letzten Platz unter allen westlichen Bundesländern. Bei der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung sieht es nicht wesentlich besser aus.

Tatsache ist, dass die Zahl der in Rheinland-Pfalz Beschäftigten von 1995 bis 1998 überdurchschnittlich gesunken ist, und zwar von 1,175 Millionen auf 1,159 Millionen. Wir haben 16 000 Arbeitsplätze verloren. Dieser Trend hat sich 1999 dramatisch fortgesetzt. Hierzu liegen mir nur die Zahlen vom verarbeitenden Gewerbe vor. Allein im verarbeitenden Gewerbe haben wir 1999 6 892 Arbeitsplätze, das sind fast 7 000 Arbeitsplätze, verloren.

Meine Damen und Herren, das ist dramatisch. Der leichte Rückgang der Arbeitslosen, der dem gegenübersteht, hat fast - das schließen wir daraus - ausschließlich demographische Gründe. Er wird zusätzlich begünstigt, weil immer mehr Menschen in benachbarte Länder auspendeln. Ich stelle fest: Arbeit in Rheinland-Pfalz, das Hauptziel von Politik und insbesondere von Wirtschaftspolitik, ist mehr denn je Mangelware.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik dieses Landes ist so erfolglos, obwohl die Mittel für Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren gewaltig gesteigert wurden. Ich habe die Zahlen anlässlich der Haushaltsberatungen genannt. Sie wurden um mehr als 50 % auf 172 Millionen DM im Jahr 1999 aufgestockt. Wir hätten gegen diese massive Steigerung überhaupt nichts einzuwenden, wenn dieser Steigerung auch die entsprechenden wirtschaftspolitischen Erfolge gegenüberstünden. Dies ist leider, wie gesagt, nicht der Fall.

Wenn es nun wirklich noch daran gelegen hätte, es noch eines Beweises bedurfte hätte für Ihre schlechte Politik, dann haben Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, den in den letzten Wochen wirklich selbst erbracht, und zwar mit Ihrer Imagekampagne. Sie haben mit dieser Imagekampagne den Beweis für Ihre eigene schlechte Politik erbracht. Wenn Ihre Politik aus sich gewirkt hätte, hätten Sie keine Imagekampagne gebraucht, um sie aufzuwerten. Sie müssen sie aufpolieren und werfen Millionen DM Ihrer schlechten Politik noch hinterher.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was sind die Ursachen für diese verfehlte Politik? Ich will ein paar wenige ansprechen: Die Zahl der Wirtschaftsförderungsprogramme in unserem Land ist mittlerweile so groß geworden, dass kaum noch jemand den Überblick hat. Herr Minister, Sie haben das selbst mehrfach bestätigt. Es gibt fast nichts mehr, was nicht förderfähig ist. Aber das hat natürlich zu einem Dickicht geführt, das kaum noch jemand durchschaut. Dann verfehlt es seine Wirkung, wenn alles Mögliche gefördert wird und nicht das, was gefördert werden muss, wo wirklich Bedarf ist. Dann verfehlt Förderung ihre Wirkung. Dieses Versagen der Landesförderinstrumente trifft uns besonders hart in einer Zeit, in der Bund und EU ihre Fördergebiete massiv einschränken.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Herr Pörksen, hören Sie zu; Sie können etwas lernen.

Eine weitere Ursache für unsere wirtschaftspolitischen Probleme ist die Regelungsdichte. Der Minister hat gleich nach unserem Antrag eine Deregulierungskommission eingesetzt, die zwischenzeitlich auch Ergebnisse vorgelegt hat. Herr Minister, im Interesse einer effektiveren Wirtschaftsförderung erwarten wir eine zügige abschließende Beratung und eine Umsetzung dieser Vorschläge. Soweit ich sie kenne, sind sie recht gut.

(Beifall des Abg. Schwarz, SPD)

- Wo etwas positiv ist, Herr Scharz, sage ich das auch; nur dann ist, glaube ich, Kritik auch glaubwürdig.

Es passiert zu wenig im Bereich der Forschung, insbesondere in der angewandten Forschung und damit der Technologie-

politik. Die Forschungslandschaft ist in Rheinland-Pfalz nicht ausreichend entwickelt. Obwohl wir seit CDU-Regierungszeiten jährlich 40 Millionen DM bis 50 Millionen DM im Jahr investieren, liegen wir bei den Forschungsausgaben je Einwohner im Bundesvergleich an zweitletzter Stelle vor Brandenburg. Ich habe schon bei den Haushaltsberatungen gesagt: Erfolgskontrolle muss sein, damit man rechtzeitig umsteuern kann. - Ich glaube, da müssen wir noch etwas tun.

Dass man von einer erfolgreichen rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik nun wirklich nicht sprechen kann, liegt auch daran, dass diese Regierung nicht in der Lage ist, sich in Zeiten begrenzter Mittel, knapper Finanzen auf die wirklich wesentlichen Dinge zu konzentrieren, nämlich die Rahmenbedingungen für besseres Wirtschaften und damit für mehr Arbeitsplätze zu setzen. Zu diesen wesentlichen Dingen gehören nun einmal die Investitionen. Wer die Investitionsquote innerhalb von acht Jahren von 17,2 % des Landshaushalts auf 11 % herunterfährt, darf sich nicht wundern, wenn seine Wirtschaftspolitik erfolglos ist. Das sind im Jahr 2000 sage und schreibe 1,3 Milliarden DM Investitionsmittel des Landes weniger als 1991.

Meine Damen und Herren, wer Arbeitsplätze schaffen will, braucht zwingend eine vernünftige Bildungsinfrastruktur und eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur. Beides vernachlässigen Sie sträflich. Bei der Verkehrsinfrastruktur erleben wir gerade die Folgen dieser Politik. Ich erinnere an unsere Debatte vorhin zur Bahn. Ein immer desolater werdendes Landesstraßennetz tut sein Übriges. Wenn Sie die Entwicklung in der Rhein/Main-Region und das Engagement der Landesregierung betrachten, dann kommen mir auch die Tränen. Es kann doch nicht sein, dass die Landesregierung diese Entwicklung, die sich nun wirklich dramatisch vollzieht, verschläft. Wir sind dermaßen von der Entwicklung der Rhein/Main-Region, einschließlich Frankfurt, als Region um Mainz, Rheinhessen, aber auch als ganzes Land abhängig und darauf angewiesen, dass das vernünftig läuft, dass das Verhalten der Regierung, soweit es für uns erkennbar ist, jedenfalls unverantwortlich ist.

Wir fordern Sie dringend auf, aktiv zu werden; denn unser Land ist sowohl positiv als auch negativ ganz entscheidend davon abhängig, was dort passiert. Deshalb ist das Engagement der Landesregierung dringend gefordert.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns bei unserer Arbeit auf das Wesentliche konzentrieren. Wir brauchen einen Aufbruch zu modernen Wirtschaftsstrukturen in Rheinland-Pfalz, der von neuen Initiativen bei Dienstleistungen und Zukunftstechnologien getragen werden muss. Das geht nicht ohne große Anstrengungen. Dessen bin ich mir bewusst. Die Infrastruktur des Landes muss die Grundlagen für die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Das gilt im Besonderen für die Schul- und Bildungspolitik. Ich habe das gesagt.

Im engeren Bereich der Wirtschaftspolitik gilt es, entscheidende Schritte für mehr Existenzgründungen zu gehen. Wir

haben einige Vorschläge in unserem Antrag gemacht. Wir müssen die Förderprogramme straffen und gezielter einsetzen. Wir müssen das Bürokratiedickicht für die Firmen durchforsten und lichten. Wir müssen vor allem alles tun, damit neue Medien bei uns eine Zukunft haben. Auf diesen Flop, den Sie sich als Landesregierung, betreffend Multimedia im Zusammenhang mit Ihrem Multimediacrogramm, geleistet haben, will ich nicht näher eingehen.

Meine Damen und Herren, alles in allem verstärkt sich der Gesamteindruck, dass die Handlungen der Landesregierung sich immer mehr - in manchen Bereichen fast ausschließlich - auf Selbstdarstellung und Show-Effekte konzentrieren. Beispiele haben wir genug: das angebliche Multimedia-Programm, die „200 Millionen DM der Landesstraßen-Täuschung“, die Imagekampagne, die keinen einzigen potenziellen Investor im Land erreicht.

Meine Damen und Herren, der regionale Wettbewerb wird schwieriger. Die EU streicht die Fördermittel zusammen, der Bund zeigt zunehmend Investitionsschwäche, das Land muss sich selbst helfen. Herr Schwarz, deshalb gilt es, die verschiedenen Mittel sparsam und wirksam einzusetzen. Dazu wollen wir mit unserem Antrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz, der im Übrigen bei der durchgeföhrten Anhörung den mit Abstand größten Zuspruch der Experten erhielt, einen Beitrag leisten.

Bezüglich der vorliegenden Anträge und des Gesetzentwurfs will ich noch kurz etwas sagen. Herr Rieth, wir bedanken uns für die Anerkennung, die Sie vorhin verbreitet haben. Dennoch werden wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Wir werden uns heute auch nicht enthalten; denn es geht heute um ein Gesetz. Das heißt nicht, dass wir nicht manches, was darin steht, inhaltlich für gut halten. Aber dem Gesetzentwurf können wir nicht zustimmen. Das geht nicht. Allein deshalb müssen wir ihn ablehnen, sonst hätten wir uns vielleicht enthalten.

Bezüglich der übrigen Anträge haben wir auch sehr intensiv überlegt, was wir machen. Mit manchen Inhalten in den Anträgen können wir uns durchaus identifizieren. Man könnte Ihnen bedenkenlos zustimmen. Manches ist aber auch inhaltslos. Wenn man sich den Antrag der F.D.P. ansieht, dann stellt man fest, dass nicht so sehr viel enthalten ist. Es ist viel Allgemeines, aber er ist auch nicht ablehnenswert. Wir werden uns deshalb enthalten. Die Anträge der Fraktion der SPD werden wir ablehnen, weil dort zum Teil Forderungen erhoben werden, für die Sie bei den Haushaltsberatungen überhaupt keine Anträge gestellt haben. Jetzt erscheinen sie wieder. Es handelt sich um millionenschwere Programme. Sie hätten das zumindest bei den Haushaltsberatungen schon anführen müssen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Heinz das Wort:

Abg. Heinz, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rieth hat es vorhin ganz geschickt angestellt, indem er gesagt hat: Liebe Freunde von der CDU, wenn ihr euch bei unserem Antrag enthalten, tun wir das Gleiche und signalisieren damit gegenseitig Zustimmung.

Herr Kollege Bracht hat die Sache auf den Punkt gebracht und gesagt: Lieber Herr Kollege Rieth, leider müssen wir Ihren Antrag ablehnen. So macht man Wirtschaftspolitik in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vier vorliegenden Anträge zu dem Thema Mittelstand und Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. sowie den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat - das ist uns die Sache wert - der zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in mehreren Sitzungen seit Juni 1999 beraten sowie zu drei der vier Anträgen und zu dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Anhörung mit einem Kreis von Sachverständigen durchgeführt. Die Experten hatten im September des vergangenen Jahres die Gelegenheit, zu den Anträgen im Detail Stellung zu beziehen und uns, den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses, ihre Standpunkte zu erläutern.

Alles in allem hat die Anhörung ergeben, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung durch das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zu den Punkten Technologieförderung, Mittelstand und Handwerk sowie Unternehmensförderung bisher klare Akzente gesetzt

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Waren Sie in der falschen Anhörung?)

und bisher in den genannten Bereichen entgegen den vorhin gemachten Äußerungen erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wurde unter anderem auch in der Anhörung angeführt, dass die Rahmenbedingungen für die Existenzgründungen für den Mittelstand „exzellent“ sind.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Waren Sie in derselben
Anhörung?)

Meine Damen und Herren, bundesweit gibt es nirgendwo so gute Rahmenbedingungen sowie eine so große Resonanz für Existenzgründer wie bei uns in Rheinland-Pfalz.

Allen Anträgen gemeinsam ist, dass man etwas für den Mittelstand tun möchte. Das ging auch bisher im Ausschuss bei allen Begründungen wieder sehr deutlich hervor. Jedoch muss man in diesem Zusammenhang - das ist auch gesagt worden, und dem geben wir zum Teil Recht - aufpassen, dass dies nicht zu einem Mehr an Bürokratie und Aufwand führt.

Herr Wirtschaftsminister Bauckhage, ich möchte daher an dieser Stelle ausdrücklich die Gelegenheit nutzen, Ihnen für Ihre Deregulierungsoffensive einmal Dank zu sagen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, „Deregulierung“ ist ein Wort, das von allen immer wieder gefordert wird, und dann sollte man auch einmal dankend erwähnen, wenn es aufgegriffen wird. Wir müssen und wollen gemeinsam erreichen, dass Bürokratie abgebaut wird, um Handlungsspielräume für den Bürger und für die Unternehmer zu schaffen.

Nicht von ungefähr wurde beispielsweise mit der Gründung der Investitions- und Strukturbank vor sechs Jahren versucht, alle Förderinstrumente, die sich mit Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz beschäftigen, unter einem Dach zusammenzufassen und zu bündeln. Ich würde dies wie folgt ausdrücken: Man kann sagen, dass mit der ISB Wirtschaftsförderung betrieben wird, alles in einer Hand und alles unter einem Dach. Ich denke, das ist bisher nachweislich bestens gelungen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die erfolgreiche Wirtschaftsförderungspolitik auch im vergangenen Jahr trotz der hier vorgebrachten Kritik bestens fortgesetzt. Exemplarisch möchte ich hierzu einige Initiativen anführen, die die positive wirtschaftliche Entwicklung in diesem Bundesland unterstützen.

In Rheinland-Pfalz stellen kleine und mittlere Unternehmen rund 80 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Allein 350 000 Beschäftigte sind hierbei in 45 000 Handwerksbetrieben des Landes tätig. Damit ist das Handwerk nach wie vor einer der wichtigsten Arbeitgeber in unserem Bundesland.

Während die Industrie - das erleben wir jeden Tag - ihre Beschäftigungszahlen in den vergangenen Jahren ständig reduziert hat, ist gerade im Handwerk die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten nicht nur konstant geblieben, sondern hat zugenommen. Besonders wichtig zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist hierbei, dass die Landesregierung die Gründung

von neuen Existenzgründern unterstützt; denn jedes Unternehmen schafft gleichzeitig wieder zusätzliche Arbeitsplätze. Wer bereit ist, etwas zu wagen, der sollte nach unserer Ansicht hierbei auch unterstützt werden. Das ist auch die Forderung der Oppositionsfraktionen.

Meine Damen und Herren, allein 1999 wurden 460 Existenzgründer mit der Fortbildungsprämie von leider nur 5 000 DM gefördert. Wir hätten uns mehr gewünscht, aber auch darin sieht man, wie deziert und wie zielorientiert das Ministerium bedacht ist, Existenzgründern zumindest Anerkennungsprämien zu zahlen.

Wichtig ist weiterhin, dass die neuen Existenzgründer in Zukunft einen erleichterten Zugang zum Wagniskapital finden werden. Dies war übrigens auch ein sehr wichtiges Ergebnis unserer im letzten September durchgeföhrten Anhörung im Wirtschaftsausschuss. Der Bereich Wagnis- und Chancenkapital wird sich deshalb in Zukunft noch mehr an den Anforderungen kleinerer Unternehmensgründer orientieren müssen; denn gerade die kleinen Unternehmer sind diejenigen, die besonders innovativ, aber auch am Markt flexibel agieren müssen, damit sie Erfolg haben.

Auch in Zukunft hat sich deshalb die Wirtschaftspolitik des Landes am Mittelstand zu orientieren; denn Mittelstandspolitik ist hierbei als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die großenbedingte Nachteile mildert und sich gleichzeitig auch an den Interessen der unterschiedlichen Gruppen des Mittelstands orientiert. Diese Mittelstandsorientierung der Landesregierung wird auch an dem Mittelstandsprogramm der ISB deutlich und erkennbar.

Des Weiteren übernimmt die ISB auch die Technologieförderung des Landes. So wurden von der Investitions- und Strukturbank im Jahr 1999 rund 40 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit 9,5 Millionen DM unterstützt. 80 % der Fördermittel gingen dabei an Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vor allen Dingen wurden die einzelbetrieblichen Investitionsförderungen des Landes 1999 noch einmal verbessert, eine Initiative der Koalitionsfraktionen, die aber leider von den Oppositionsfraktionen nicht mit unterstützt wurde.

Der entscheidende Vorteil für die mittelständischen Unternehmen ist wohl, dass das Wirtschaftsministerium eine umfassende Technologieförderung aus einer Hand und mit geringem Verwaltungsaufwand anbietet. Dies finde ich besonders gut; denn - wie vorhin schon gesagt; das unterstützen wir auch - ein Zuviel an Fördertöpfen trägt nur zur Verwirrung bei und erschwert durch zu hohen Verwaltungsaufwand für junge Unternehmer oder für Unternehmen überhaupt die Bereitschaft.

Die zielgerichtete Technologieförderung trägt daher ihre Früchte. So hat das Europäische Statistische Zentralamt Mitte 1998 Rheinland-Pfalz als die europäische Region mit dem

höchsten Anteil an Beschäftigten in Unternehmen und Branchen mit einer besonders hohen Forschungs- und Entwicklungsintensität ermittelt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir reden nicht nur über Fragen des Status quo, sondern auch der Entwicklung, Herr Heinz!)

Der Eurostat-Bericht listet die EU-Regionen mit dem höchsten Anteil der Hochtechnologiebranchen an der Gesamtbeschäftigung auf. Verehrte Frau Kollegin, Sie kennen den Bericht. Danach ist es jeder achte Beschäftigte in unserem Land - das sind 200 000 Frauen und Männer, 200 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -, der in der Hochtechnologiebranche tätig ist.

Die Förderung von Mittelstand und Handwerk wird in den nächsten beiden Jahren in diesem Land auf hohem Niveau fortgeführt. Dies wurde unter anderem auch durch den im Januar verabschiedeten Doppelhaushalt sichergestellt. Damit hat die Landesregierung für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und zur Unterstützung der mittelständischen Unternehmen durch die einzelnen Programme alle Voraussetzungen geschaffen - ich betone, dass es alle sind -, auch die, die von den Oppositionsfaktionen immer wieder gefordert wurden.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf die Ihnen zur Abstimmung vorliegenden Anträge bzw. den Gesetzentwurf eingehen. Ein Ergebnis der ausführlichen Beratungen im Wirtschaftsausschuss war unter anderem, dass derzeit kein akuter Handlungzwang bezüglich des aktuellen Mittelstandsförderungsgesetzes von den Koalitionsfraktionen gesehen wird.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das hat Ihr Minister aber immer gesagt, dass das renovierungsbedürftig ist!)

- Verehrte Frau Kollegin Thomas, das derzeitige Mittelstandsförderungsgesetz bietet ausreichend Handlungsspielraum. Dass hiervon zur Zufriedenheit von Mittelstand und Handwerk Gebrauch gemacht wird, habe ich an den vorhin genannten Daten deutlich gemacht. Aus diesem Grunde wird die F.D.P.-Landtagsfraktion den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4216 - ablehnen, ebenso den Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 13/3703 -. Wir werden den Anträgen der SPD-Fraktion zum Mittelstand und zum Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz sowie unserem eigenen Antrag, weil diese inhaltlich in Ordnung, geprüft und weiterhin fortgeschrieben werden können, konsequenterweise zustimmen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen dieser Debatte über den Wirtschafts- und Technologiestandort Rheinland-Pfalz haben wir uns im Ausschuss sehr viel Mühe gegeben. Wir haben uns nicht nur insofern Mühe gegeben, als wir ausgelotet haben, was in konkrete Politik umgesetzt werden könnte, sondern wir haben uns auch bei der Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr viel Mühe gegeben und versucht, was insbesondere Herr Kollege Dr. Gölter gemacht hat, Übereinstimmungen, die in verschiedenen Anträgen vorhanden waren, unter Umständen in einem gemeinsamen Antrag zusammenzubinden.

Das ist nicht mehr gelungen, aber wir können es vielleicht bei einer anderen Gelegenheit noch einmal versuchen. Es wurde aber deutlich, dass die Politik, die die Landesregierung derzeit macht und in der Vergangenheit für den Wirtschafts- und Technologiestandort gemacht hat, durchaus in vielen Bereichen konsensfähig ist.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Da übertreiben Sie aber, Herr Schwarz!)

- Sie hat auch die Zustimmung von Ihnen bekommen, Herr Rieth.

(Beifall bei der SPD -

Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein! -

Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Rieth, das bedeutet überhaupt nicht - dies auch in die Richtung der Kollegen der CDU -, dass Sie Beifall geklatscht haben. Ich stelle einfach fest, dass das, was an Politik gemacht wurde und wie die Politik für die Zukunft angelegt wurde mit den Ansätzen, die in den verschiedenen Anträgen vorhanden waren, durchaus die Rechtfertigung zulässt, dass die Landespolitik auf dem richtigen Weg ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dann im Rahmen der Haushaltsberatungen noch einmal Gelegenheit gehabt, uns über das Thema des Technologie- und Wirtschaftsstandorts auseinander zu setzen. Ich stelle an dieser Stelle wiederum fest, dass es für uns wichtig war - da widerspreche ich Ihnen ausdrücklich -, im Rahmen dieser Haushaltsberatungen auch deutlich zu machen, was in den Anträgen vorher stand und umgesetzt wurde. Manche Anträge sind sehr alt. Ihr Antrag stammt aus dem Jahr 1998, unser Antrag ist vom Januar 1999. Wir haben versucht, zu unterfüttern,

was weiter gemacht werden muss. Wir wollten aber auch deutlich machen, was von der Landesregierung bereits aufgrund der Zeitspanne von Januar 1999 bzw. August 1998 gemacht wurde. Man sollte es richtigstellen und sagen, das ist gemacht worden, es ist abgehakt und in Ordnung.

Wir müssen also sagen, im Grunde genommen hat uns allen diese Debatte gezeigt, dass Wirtschaftspolitik etwas ist, was man im Wesentlichen im Konsens machen sollte, zumindest sollte man es versuchen.

(Bischel, CDU: Das ist immer richtig!)

Das Problem mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN war - Herr Heinz hat darauf hingewiesen -, dass wir im Augenblick keine Not gesehen haben, uns mit den Themen, die Sie angesprochen haben, auseinander zu setzen.

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was derzeit offensiv von uns gemacht wird, zeigt, dass es richtig ist und dass wir erfolgreich sind. Erfolgreich sind wir, wenn es darum geht, über Qualifizierung, Weiterbildung, Verkehrswege und anderes zu reden. Dies zeigt, dass die Wirtschaftspolitik in diesem Land erfolgreich ist.

(Beifall bei der SPD)

Heute Morgen hatten wir eine Debatte, die deutlich gemacht hat - ich hoffe, es ist hinübergekommen, trotz all dem Widerspruch, der von den beiden Oppositionsparteien vorgebracht wurde -, dass Rheinland-Pfalz im Grunde genommen in dem Bereich, in dem es darum geht, Ausbildung und Weiterbildung zu organisieren, betriebliche, aber auch universitäre Weiterbildung, alles getan hat, diesen Wirtschaftsstandort vorwärts zu bringen. Dies bezieht sich auf die Bereiche, in denen es um Technologie und Innovation geht. Wir haben Steigerungen von 100 % im Bereich der Universitäten.

(Dr. Weiland, CDU: Da waren Sie aber in einer anderen Veranstaltung!)

- Die beiden Minister haben das sehr sauber herausgearbeitet. Wenn Sie sich die Zahlen vornehmen, dann sehen Sie, dass Ihnen die Kammern ganz eindeutig sagen werden, dass wir auch in dem Bereich, in dem es um duale Ausbildung geht, unwahrscheinlich erfolgreich sind. Ich habe mir von den Kammern die Zahlen geben lassen. Wir haben 700 zusätzliche Ausbildungsplätze in den vier neuen Technologiebereichen.

(Dr. Weiland, CDU: Sie müssen mit den Schülerinnen und Schülern reden!)

Wissen Sie, diese Diskussion über Ausbildung und Ausbildungsbetriebe führen wir nicht nur von diesem Pult aus, sondern die führen wir immer wieder ganz konkret vor Ort. Da schließe ich Sie mit ein. Da gibt es mitunter auch ein paar Din-

ge, die nicht zusammenpassen. Da sollte man ehrlich sein, wenn man sich hierher stellt. Natürlich haben Schüler und Schülerinnen mitunter andere Ansprüche als die, die unter Umständen ausbilden und die die Gesellschaft für sie bereithält. Daran müssen wir arbeiten, damit wir entsprechende Ausbildungsprofile bekommen und dann auch entsprechende Ausbildungsplätze bereitstellen können.

Ich möchte noch einmal auf die Beschäftigung zu sprechen kommen. Man kann natürlich darüber philosophieren, dass ein Absinken der Beschäftigungszahlen ein Signal dafür wäre, dass das Land in diesem Bereich zurückfällt. Das stimmt nicht. In den innovativen Bereichen hat das Land einen massiven Fortschritt gemacht, wenn es um Beschäftigung geht. Alle kennen die Regionen, die wir haben. In der Region, aus der ich komme, sind uns massiv Arbeitsplätze in Bereichen weggebrochen, die heute in diesem globalen Wettbewerb billiger produzieren können. Da haben wir Arbeitsplätze verloren. Aber dort, wo es darum ging, neue Technologien anzusiedeln und Beschäftigung zu sichern, ist es uns gelungen, dies erfolgreich zu machen. Herr Bracht, es freut mich, wenn Sie nicken. Das ist prima.

(Bracht, CDU: Das hat die Verluste aber nicht ausgleichen können!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir im Bereich Innovations- und Technologiepolitik weitermachen wollen, dann brauchen wir dazu ein entsprechendes Klima, wie ich eben gesagt habe. Klima bedeutet, dass wir uns über den Grundgedanken einig sind, ob wir mit dem Land vorwärts kommen wollen. Dann geht es auch darum, dass man sich fair auseinander setzt, dass man auch anerkennt, was im Technologiebereich geleistet wird. Es sollte anerkannt werden, was sowohl von den Hochschulen, von den Kammern, aber auch von den Instituten, die zwischen den Hochschulen, der Industrie und der Wirtschaft sitzen, geleistet wird.

Ich halte überhaupt nichts davon, wenn man, wie Herr Rieth, reklamiert, dass es einen Beratungsbedarf gebe und dass dieser mit einem besonders hohen Anspruch bedacht würde. Herr Rieth, sowohl die Kammern als auch die Institute an den Hochschulen und auch die ISB machen das mit einem hohen Sachverstand. Sie machen das mit sehr viel Engagement.

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie haben gesagt: „Wir brauchen dafür ...“. Wir haben diese Bereiche.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Sie werden auch genutzt. Der Erfolg, der bei der ISB zu verzeichnen ist und von dem die Kammern sprechen, wenn Sie mit ihnen reden, wenn es um Innovation und Technologie geht, zeigt doch, wie erfolgreich dieser Weg der Verlagerung dorthin ist, wo man möglichst nahe an den Menschen, möglichst nahe an der Produktion und möglichst nahe an der

Wirtschaft ist. Das auch zu tun, ist meines Erachtens richtiger, als dass wir neue Institute aufpropfen, noch einmal Geld in die Hand nehmen, um dem einen oder anderen Berater etwas zu bezahlen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nicht nochmal, woanders weg-
nehmen, Herr Schwarz!)

Herr Rieth, wir beide und auch Herr Bracht erleben, was hoch qualifizierte Berater in einem Unternehmen anrichten können, auch dann, wenn man ihnen viel Geld bezahlt. Ich halte sehr wenig davon, wenn man glaubt, man könnte das Problem dadurch lösen, dass man neue Einrichtungen, neue Institute und neue Berater engagiert. Ich bin der Meinung, lassen Sie uns wirklich offensiv damit werben, dass wir diese Einrichtungen haben und diese Einrichtungen durchaus in der Lage und bereit sind, offensiv zu beraten, hoch qualifiziert zu beraten. Ich gehe davon aus, dann wird es auch noch eine viel größere Möglichkeit geben, das anzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es eigentlich gar nicht mehr hören, wir reden immer wieder darüber, dass die Multimediainitiative des Landes in den Augen der CDU etwas wäre, was nicht erfolgreich ist. Sie ist sehr erfolgreich. Herr Mitträger, sie ist erfolgreich. Sie ist deswegen erfolgreich, weil sich das Land auch im Kleinen darum bemüht. Natürlich - das ist vielleicht ein Manko - prahlen wir mit unserer Gesamtlösung nicht so in der Öffentlichkeit, wie es andere Länder mit Teillösungen tun. Das sollten wir tun.

Wir gehen jetzt auch den Weg, dass wir sagen, klappern gehört zum Handwerk. Wir müssen deutlich machen, unsere Multimediainitiative, unser Netz ist Spitze.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt
bei der F.D.P.)

Dazu brauchen wir auch ein kleines bisschen Ihre Unterstützung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Wir werden den Weg, den wir beschlossen haben und mit Anträgen begleiten, nicht verlassen. Wir sind nach wie vor der Meinung, es geht darum, möglichst mit den Akteuren vor Ort die Abstimmung zu finden, die notwendig ist, um eine Region vorwärts zu bringen. Wir haben unterschiedliche Regionen. Man kann Rheinhessen/Nahe nicht mit dem Westerwald vergleichen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das stimmt!)

So wunderschön die derzeitige Aussage ist, die die „dpa“ verbreitet, dass der Mittelrhein/Westerwald ganz vorne „herumtobt“, werden wir sehen, was die „Wirtschaftswoche“ morgen dazu sagt. Wenn ich meine Region Mittelrhein/Westerwald anschau und dann Rheinhessen, dass sie zurückgefallen seien, dann zweifle ich ein bisschen an dem,

was die „Wirtschaftswoche“ fabriziert hat; denn wir kennen unsere Regionen. Aber wir werden morgen sehen, was dran ist. Ich möchte diese Zahlen nicht weiter kommentieren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Schade!)

Wichtig wird sein ---

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie brauchen nicht zu kommentieren,
nennen Sie sie doch einfach!)

- Nein, ich sage sie nicht. Frau Thomas, ich gehe davon aus, Sie werden sich die Möglichkeit nicht nehmen lassen, mit Genuss die Plätze, die uns die „Wirtschaftswoche“ hier zugeteilt hat, vorzulesen. Ich warne davor. Herr Bracht hat eben ein solches Beispiel gebracht, als es um das Bruttoinlandsprodukt ging. Ich erinnere mich noch an Reden, in denen Sie gesagt haben, es sei erheblich abgefallen. Jetzt haben wir eine Steigerung. Was sagt Herr Bracht? Das ist aber nur deswegen, weil es in der Vergangenheit so schlecht war. So kann man es natürlich auch machen.

Ich bitte nur darum, zu versuchen, das Klima, das wir im Zusammenhang mit diesen Anträgen - auch mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN - hatten, nicht nur im Ausschuss irgendwo zu praktizieren, sondern dass wir uns Mühe geben, zu versuchen, auch ein ganz klein wenig so zu reden. Wir müssen nicht Kreide fressen, aber wir sollten uns bemühen, wenigstens ganz nah an dem zu bleiben, was die Landesregierung wirklich erfolgreich tut.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Rieth das Wort.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident! Herr Kollege Schwarz, ich muss noch einmal auf Ihren Vortrag zurückkommen, was diese Angelegenheit mit dem gemeinsamen Antrag anbelangt. Ich will auch einer Legendenbildung entgegenwirken. Sie wissen ganz genau, dass alle vier Fraktionen nach der Anhörung der Meinung waren, es muss sich in diesem Land in der Wirtschaftspolitik etwas ändern. Da waren alle vier Fraktionen noch einer Meinung, weil die Stellungnahmen und Expertisen der Fachleute sehr eindeutig waren. Sie waren anders, als das Herr Heinz vorhin hier dargestellt hat. Das war der Ausgangspunkt für einen gemeinsamen Antrag.

Herr Schwarz, Sie wissen auch, dass der Antrag deshalb nicht zustande kam, weil entweder Sie oder beide Koalitionsfrak-

tionen darauf bestanden haben, ein Loblied auf die Landesregierung als Präambel einzufügen. Wir - die vier Fraktionen - waren der Meinung, wenn wir diesen Part außen vor lassen würden, dann hätten wir auch die Möglichkeit, die Zukunftsfelder zu beschreiben, die für die Landeswirtschaftspolitik wichtig sind. Ich brauche das jetzt nicht zu wiederholen. Das kann man alles nachlesen. Von daher bedauere ich es auch im Nachhinein, dass uns das nicht gelungen ist. Lobhudeleien auf die Landesregierung müssen Sie machen.

(Frau Hatzmann, F.D.P.: Man muss doch mal die Wahrheit sagen dürfen!)

Diese hätten aber in diesem Antrag, wenn er zukunftsweisend hätte sein sollen, keinen Platz gehabt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wollten wir das auch sehen. Es ist letztendlich an dem konservativen Festhalten an Ihrer alten Position gescheitert, dass es zu einem gemeinsamen Antrag kam.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kuhn, F.D.P.: Das war eben eine Legende!)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht bei der Darstellung der Arbeit der Landesregierung nicht um Lobhudelei.

(Bruch, SPD: Aha! Wussten wir es doch! - Dr. Weiland, CDU: Jetzt muss er selber lachen!)

Ich kann die Opposition verstehen. Wir haben uns immer darum bemüht - das nehme ich für mich jederzeit in Anspruch -, das, was die Landesregierung gut macht und was die Landesregierung sehr erfolgreich macht, auch zu sagen.

(Bruch, SPD: Das ist sehr gut!)

Das gehört dazu.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ein großer Teil von Ihnen tut das mitunter auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um Legendenbildungen abzuwehren, ich habe mir sogar die Mühe gemacht, einen gemeinsamen Antrag im Ausschuss vorzulegen. Natür-

lich kann ich verstehen, dass die Opposition, wenn ich dort hineinschreibe „Wir danken“ oder „Wir sind damit einverstanden, dass die Landesregierung das oder das macht“, ---

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Wir danken“, ja!)

- Warum denn nicht? Mir wäre es auch egal gewesen, wenn wir über ein Minderheitenvotum diskutiert hätten. Herr Bracht, wir sind letztlich auseinander gekommen - das sollten wir, wenn wir schon über Ehrlichkeit reden, auch sagen -, weil es für euch auch nicht mehr durchsetzbar war, etwas Gemeinsames zu tun.

Aber ich habe mich zu etwas anderem gemeldet. Herr Rieth, es ist nicht richtig, dass Sie hier so tun, als wenn wir nach der Anhörung, die wir zu allem, nicht nur zu Ihrem Gesetzentwurf, gemacht haben, zu dem Ergebnis gekommen wären, dass wir etwas ändern müssen.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

- Jawohl. Natürlich. Wir haben immer gesagt, alles ist im Fluss.

(Heiterkeit bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über Deregulierung reden, ist das ein solches Beispiel. Es gibt derzeit wirklich keine Not, sich darum zu bemühen, ein Gesetz zu verändern, das uns nach wie vor die Grundlage liefert, erfolgreiche Innovations-, Technologie- und Strukturpolitik sowie Wirtschaftspolitik für diesen Standort zu machen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Kuhn, F.D.P.: Nicht lachen!)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer erneuten Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Bracht das Wort, obwohl der Kollege Schöneberg auch reden wollte. Aber vielleicht hat er noch die Chance dazu.

Abg. Bracht, CDU:

Ich will nur ganz kurz auch meinerseits dazu Stellung nehmen, weil ich mehrfach angesprochen wurde. Ich will für unsere Fraktion klarstellen, es war so. Gescheitert sind die Konsensgespräche daran, dass zu viel Lob auf die Regierung in diese gemeinsame Angelegenheit hinein sollte.

(Bischel, CDU: Zu viel Lob!)

Das war der entscheidende Punkt. Es gab dann sicher bei dem einen oder anderen zukunftsgerichteten Punkt, den sowohl Sie in Ihren Anträgen, als auch wir, die GRÜNEN und die

F.D.P. drinnen haben, Unterschiede. Aber es gab auch eine Reihe von Punkten, bei denen wir gemeinsam hätten fahren können. Das war nicht möglich, weil Sie, die Regierungsfraktionen, auf diesem Lob der Regierung bestanden haben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Schöneberg, ich ertheile Ihnen das Wort.

Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Schöneberg, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss es kurz machen; denn ich habe nur drei Minuten.

(Zuruf von Staatsminister Bauckhage)

- Herr Minister, das wäre vielleicht interessant geworden.

Die Politik dieser Landesregierung ist für den Mittelstand wenig hilfreich.

Nachdem Rheinland-Pfalz von einem Agrarland infolge kluger Weichenstellungen durch CDU-geführte Landesregierungen in 40 Jahren erfolgreich einen Strukturwandel bewältigte, konnte es sich dadurch im wirtschaftlichen Leistungsvergleich neben Bayern und Baden-Württemberg etablieren. Dieser Platz in der Spitzengruppe der Bundesländer wurde systematisch verspielt. Ein intensiver Zahlenvergleich beweist dies. So fiel das reale Wirtschaftswachstum, das Bruttoinlandsprodukt, das 1991 noch 4,3 % betrug, 1998 auf 1,8 % zurück. Die Zahlen ließen sich beliebig fortsetzen.

Dass der Anteil der Selbstständigen gemessen an der Einwohnerzahl von 1995 von 4,5 % 1998 auf 4,2 % zurückgegangen ist, trotz aller Fördermaßnahmen dieser Landesregierung für New Work und andere Programme, zeigt doch, dass einiges falsch gemacht worden ist.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet einen Verlust von rund 17 000 selbstständigen Existenz. Noch bedenklicher ist die Tatsache, dass wir bei den Unternehmensneugründungen einen letzten Platz unter den westlichen Ländern einnehmen.

Die rotgrüne Bundesregierung hat durch die Neuregelung der 630-DM-Jobs und durch das Gesetz gegen die angebliche Scheinselbstständigkeit ihren Beitrag dazu geleistet, dass viele Existenzgründer den Schritt in die Selbstständigkeit nicht vollzogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diejenigen, die den Schritt trotzdem gewagt haben, werden durch die mittelstandsfeindliche

Steuerpolitik dieser Regierung zusätzlich belastet. Die Öko-steuer und die Benzinpreiserhöhung um rund 40 % belasten Handwerk, Dienstleister, Transportgewerbe und den gesamten ländlichen Raum. Diese Kosten können gar nicht so schnell weitergegeben werden.

Meine Damen und Herren, der Euro ist im freien Fall und hat seit seiner Einführung rund 20 % an Wert verloren. Die Folge: Die Zinsen wurden innerhalb weniger Wochen zweimal erhöht. Dies sind alles zusätzliche Belastungen für den Mittelstand.

Ich fordere die Landesregierung auf, für den Mittelstand vernünftige und bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Kümmern wir uns mehr um bestehende Betriebe, erleichtern wir die in großer Zahl anstehenden Betriebsübernahmen durch bessere steuerliche Rahmenbedingungen, achten wir darauf, dass es durch Existenzgründungen nicht zusätzlich zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Meine Damen und Herren, sorgen wir dafür, dass der Mittelstand, der oft mit dem Rücken an der Wand steht, die Beachtung findet, die er durch seinen hohen Anteil an der Wirtschaftskraft in unserem Land verdient hat.

Erschreckt war ich über einen Zeitungsartikel in der „Allgemeinen Zeitung“, dessen Inhalt mir von vielen Mittelständlern bestätigt wurde. Ich zitiere: „Rechnung offen. Umfrage: Zahlungsmoral des Staates niedrig. Grundlage der jüngsten Umfrage des Neusser Inkassounternehmens Kreditreform unter 3 000 Mitgliedsfirmen. Als besonders säumige Zahler erwiesen sich auch die Behörden und öffentlichen Institutionen in Rheinland-Pfalz,

(Dr. Weiland, CDU: Hört, hört!)

die sich im Schnitt 46 Tage Zahlungsverzug leisten, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 45 Tagen. Am besten sind Bremer Unternehmer dran. Sie warten durchschnittlich 31 Tage auf ihr Geld.“

Bremen hat nach meinem Kenntnisstand die höchste Pro-Kopf-Verschuldung und sorgt trotzdem dafür, dass die Rechnungen schneller bezahlt werden.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, deswegen: Kommen Sie Ihren Zahlungsverpflichtungen schneller nach, zahlen Sie die bewilligten Zuschüsse an die Kommunen schneller aus. Damit helfen Sie dem Mittelstand.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister

für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich achte darauf, dass man in der Tat, wenn man zu bestimmten Problemen redet, Äpfel und Birnen nicht miteinander vergleicht.

Herr Kollege Schöneberg, es ist schon ein Problem für sich, dies alles noch nachzuvollziehen.

Wenn wir auf Ihrem Niveau weiter diskutieren, fordere ich Sie auf, allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, gleich welcher Couleur, zu raten, ihre Rechnungen so schnell wie möglich zu zahlen. Das ist das Niveau, das Sie hier einführen. So billig will ich es mir nicht machen. Es ist schon schwierig. Wenn man darüber hinaus die Bruttoinlandsproduktzahlen hört, dann muss man auch die gesamten Bruttoinlandsproduktzahlen der Republik nennen. Es gibt unterschiedliche Konjunkturzyklen, die man zur Kenntnis nehmen muss.

(Zuruf des Abg. Schöneberg, CDU)

Man kann lange über Steuererhöhungen und Steuersenkungen streiten. Aber über eines kann man nicht streiten, nämlich dass man wenigstens die Zahlen anstatt tendenziös exakt und seriös in den Raum stellt. Ich bitte darum; denn sonst können wir nicht diskutieren. Wir haben sonst keine Basis für die Diskussion.

Ich will, bevor ich insgesamt zu den Anträgen Stellung nehme, etwas zu dem Gesetzentwurf sagen. Zunächst einmal möchte ich etwas zur Frage des Standorts Rheinland-Pfalz sagen. Wo steht Rheinland-Pfalz im Länderkonzert, und wo stehen wir überhaupt?

Ich habe den Eindruck, dass ich in einem anderen Land wohne. Wenn ich die Reden meiner Vorfahnerinnen und -redner an mir vorbeiziehen lasse, dann habe ich den Eindruck, ich wohne nicht in dem Land, dass Sie hier skizziert haben.

(Zuruf aus dem Hause)

- Nein.

Einerseits stellt man bei den Hightech-Regionen europaweit fest, dass der Rhein-Main-Raum zu den ersten zehn Regionen Europas zählt. Das ist eine Tatsache.

Es ist die „Wirtschaftswoche“ zitiert worden. Herr Bracht, ich sage Ihnen eines: Es geht hierbei um bestimmte Indikatoren. Ich habe mich zunächst schlau gemacht. Es ist am besten, man macht sich zunächst einmal schlau. Ich habe mir das gesamte

Ranking zukommen lassen. Darin sehe ich wiederum die Rhein-Main-Region auf einem Spitzenplatz. Ich sage dies nur deshalb, weil es - wie gesagt - um Regionen geht. Mittelrhein und Westerwald belegen einen guten Mittelpunkt. Aber die Rhein-Main-Region hat einen Spitzenplatz.

(Bracht, CDU: Da zählt Rheinland-Pfalz nicht dazu!)

- Wenn ich richtig informiert bin, zählt zu dieser Rhein-Main-Region zumindest der Raum Mainz. Herr Kollege, ich habe es vorliegen. Geben Sie sich nicht die Mühe. Ich habe es vorliegen, genau wie Sie. Ich bitte Sie, das einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Bracht, CDU: Das gehört zu Rheinhessen-Nahe!)

- Nein.

Es ist alles sehr müßig. Die Rhein-Main-Region ist beschrieben. Es ist müßig, darüber zu diskutieren, weil unterschiedliche Indikatoren zum Maßstab genommen werden. Dies muss man einmal sehen. Da spielt die Zahl der Beschäftigten eine Rolle.

Ich will zunächst etwas zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen. Hierzu nehme ich mir § 13 - Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung - vor.

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, Herr Wirtschaftsminister Bauckhage hat das Wort.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

„Zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmerinnen und Unternehmern in der mittelständischen Wirtschaft gewährt das Land Zuschüsse für die Durchführung anerkannter überbetrieblicher Kurse und Lehrgänge sowie für sonstige Maßnahmen, die der fachlichen Fort- und Weiterbildung und der Umschulung dienen. Gleichfalls werden anerkannte Kurse und Lehrgänge, die auf die Existenzgründung vorbereiten, gefördert.“

Ich meine, dass ist eine soziologische Sprache.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir können es Ihnen gern übersetzen!)

Jetzt drehe ich das Ganz einmal um und versuche, mich mit § 18 auseinander zu setzen. § 18 Absatz 3 lautet: „Das Land gewährt in Ausnahmefällen Kreditinstituten, die Gewährleistungen im Rahmen von Exportgeschäften für kleine und mittlere Unternehmen übernehmen, Rückgarantien.“

Dazu kann ich nur sagen, guten Abend.

(Pörksen, SPD: Gute Nacht!)

Hermes garantiert derzeit keine Geschäfte mehr nach Russland. Das kann doch nichts anderes bedeuten, als dass sie eine neue Rückbürgschaft installieren wollen. Damit strapazieren Sie - Herr Bracht, da sind wir beide wenigstens einer Meinung - ünübersehbar den Landshaushalt.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rieth?

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ja.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir bei dem von Ihnen beschriebenen § 13 lediglich eine redaktionelle Anpassung des alten Gesetzes vorgenommen haben. Dieser Paragraph steht ansonsten so im alten Mittelstandsförderungsgesetz.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich erwähne § 19, der die Beteiligung an öffentlichen Aufträgen beschreibt. Ich bin der Meinung, dass wir an dieser Stelle die Sache etwas enger fassen müssten. Dabei geht es darum, „die Ausführung von Bauleistungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), bei der Weitervergabe von Lieferleistungen die allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen der Verdingungsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen - (VOL) zum Vertragsbestandteil zu machen.“ Das heißt nichts anderes, als „dem Nachunternehmer keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen.“

Es wird also unmittelbar in Unternehmen eingegriffen. Herr Kollege Rieth, man kann darüber reden, aber Sie greifen in Unternehmensabläufe ein. Das kann man auch insgesamt unter dem Wort „Planwirtschaft“ summieren.

Meine Damen und Herren, wir beraten heute die Anträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion sowie den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich könnte Ihnen die Bürokratie ein Stück näher bringen, die Ihre Anträge beinhaltet. Wenn man das insgesamt betrachtet, bedeutet das ein Stück mehr Bürokratie.

Zu den meisten Anträgen haben umfangreiche Anhörungen stattgefunden. Dies gilt auch für den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung von Handwerksbetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen und Existenzgründungen. Deshalb konzentriere ich mich auf einige Schwerpunkte.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., den Mittelstand in Rheinland-Pfalz zu stärken, findet natürlich die volle Unterstützung der Landesregierung.

(Heiterkeit des Abg. Kuhn, F.D.P.,
und des Abg. Mertes, SPD)

- Das ist auch kein Wunder. Rheinland-Pfalz ist das Land des wirtschaftlichen Mittelstandes. In unserem Land haben 80 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz in einem mittelständischen Betrieb. Der Anteil der Klein- und Mittelbetriebe an Ausbildungsplätzen liegt sogar bei über 86 %.

Meine Damen und Herren, die beste Förderung des Mittelstands ist der Abbau der hohen Steuerlast und die Eindämmung der Lohnnebenkosten. Das ist ein großes Problem, das mittelständische Betriebe, die sehr lohnintensiv sind, im Besonderen belastet, weil die Eigenkapitaldecke nach wie vor zu gering ist. Das macht die Betriebe gegenüber konjunktuellen und strukturellen Veränderungen natürlich sehr anfällig.

Die hohen Steuerbelastungen haben es bisher verhindert, dass die kleinen und mittleren Unternehmen ihr Eigenkapital im notwendigen Umfang verstärken konnten. Eine nachhaltige Senkung der Steuerlast ist deshalb eine Grundvoraussetzung für eine Stärkung des Wirtschaftswachstums und für die dringend notwendige Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze.

Ich hoffe, dass es nach einer langjährigen Diskussion über eine nachhaltige Steuersenkung nunmehr bald zu politischen Kompromissen kommt, die zu einer tragfähigen und für die Wirtschaft akzeptablen Lösung führen. Wir werden international nur dann konkurrenzfähig bleiben und den Anforderungen des globalen Wettbewerbs gerecht werden können, wenn wir unsere Steuersätze an den Steuersätzen der anderen Länder orientieren.

Sie kennen die Probleme bezüglich der derzeit vorliegenden Gesetzentwürfe. Herr Kollege Mittler hat sich in den letzten Tagen zur Frage des Optionsmodells bzw. des Rücklagemodells geäußert. Ich kann mich jetzt noch einmal Herrn Kolle-

gen Schwarz anschließen, der gesagt hat, dass die Dinge im Fluss seien. Sie sind in der Beratung, und wir müssen darauf achten, dass wir als Mittelstandsland dem Mittelstand bei den notwendigen Beratungen das entsprechende Gewicht einräumen.

Meine Damen und Herren, mit dem Mittelstandsförderungsgesetz wurden bereits im Jahr 1978 in Rheinland-Pfalz Rahmenbedingungen geschaffen, die sich bis heute bewährt und an Aktualität nicht verloren haben. Die Diskussion in den Ausschüssen, aber auch die Anhörung von Experten zu dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem neuen Mittelstandsförderungsgesetz haben deutlich gemacht, dass der derzeit geltende Rechtsrahmen ein tragfähiges Fundament rheinland-pfälzischer Mittelstandspolitik ist.

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er bildet die Grundlage für strukturpolitische Maßnahmen der Landesregierung und bietet mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen.

Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegte Gesetzentwurf greift zum Teil auf die bewährten Regelungen des bisherigen Gesetzes zurück. In den Gesetzentwurf werden aber auch neue Tatbestände einbezogen, die im Ergebnis zu einer verstärkten Bürokratisierung führen werden.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das machen Sie besser als wir!)

Der Gesetzentwurf ist deshalb aus der Sicht der Landesregierung in der Form nicht zustimmungsfähig.

Meine Damen und Herren, wichtige Schwerpunkte der Mittelstandspolitik der Landesregierung sind die Förderung von Existenzgründungen, die Existenzsicherung sowie die Anpassung der Klein- und Mittelbetriebe an die neuen technologischen Entwicklungen. Die Landesregierung hat in der Mittelstandsförderung in den letzten Jahren besondere Akzente in den Bereichen Information, Beratung, Qualifizierung und Innovation gesetzt.

Rheinland-Pfalz ist ein gründerfreundliches Bundesland.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Im Jahr 1998 wurden in Rheinland-Pfalz über 33 000 Betriebsneuerrichtungen gegenüber rund 28 000 im Jahr 1989 registriert. Die Ergebnisse für das Jahr 1999 sind auf gleich hohem Niveau. Ich füge hinzu, über einen Fünf-Jahres-Rhythmus zeichnet sich in jedem Jahr - also nach Abzug der Betriebsschließungen und Insolvenzen - ein Plus-Saldo von 9 000 ab. Man kann aber nicht die Bevölkerung ins Verhältnis setzen, weil Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich rund 4 Millionen Einwohner zu verzeichnen hat, während vor einiger Zeit

noch rund 3,5 Millionen Einwohner zu verzeichnen gewesen sind. Die Zahlen befinden sich deshalb immer auf der schiefen Ebene.

Von den zahlreichen Maßnahmen und Programmen, mit denen die Landesregierung die Gründeroffensive unterstützt, nenne ich stichwortartig einige Beispiele:

- die Einführung eines Existenzgründungsberatungsprogramms;
- den Ausbau eines Netzes von Gründer-, Innovations- und Technologiezentren;
- die Förderung von Ausgründungen aus Forschungsinstituten und Transferstellen durch das Programm „Institutsgeschützte Unternehmensgründungen“;
- die Gründung mehrerer Beteiligungsfonds bei der Investitions- und Strukturbank zur Bereitstellung von Wagniskapital für die mittelständische Wirtschaft sowie
- die Durchführung von zahlreichen Informationsveranstaltungen und die Herausgabe mehrerer Informationsbroschüren für Existenzgründer und Unternehmensnachfolger in Zusammenarbeit mit der Investitions- und Strukturbank und den Kammern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist die regionale Strukturverbesserung in den ländlichen Räumen und den Regionen mit industriellen Anpassungsproblemen. Dazu gehören auch die Teile unseres Landes, die wegen des Truppenabbaus ebenfalls einer Umstrukturierung bedürfen.

Im Rahmen der Regionalförderung sind in Rheinland-Pfalz im Zeitraum von 1993 bis 1998 Bundes-, Landes- und EU-Zuschüsse in Höhe von insgesamt rund 1,1 Milliarden DM bewilligt worden. Damit wurde ein Investitionsvolumen von rund 6,8 Milliarden DM mit ca. 11 000 neuen Arbeitsplätzen gefördert.

Die Neuabgrenzung der Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA-Gebiete) und die Reform der europäischen Strukturfonds im Rahmen der Agenda 2000 betreffen auch die regionale Wirtschaftsförderung des Landes Rheinland-Pfalz. Das steht außer Frage.

Der Umfang der GA-Förderung wird sich in diesem Jahr weiter reduzieren. Daneben wird die Förderung ländlicher Gebiete nach dem bisherigen Ziel-5 b und der EU-Strukturfonds nach einer Übergangszeit, die Ende des Jahres 2005 ausläuft, entfallen. Bei der Neuabgrenzung des GA-Fördergebiets hat die EU-Kommission kein Verständnis für die regionalen Strukturprobleme in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Ich füge hinzu, dass dies kein Parameter für wirtschaftliche Schwäche, sondern für wirtschaftliche Stärke ist. Ich habe we-

nig Verständnis dafür, dass aus unterschiedlichen Gründen Luxemburg maßlos gefördert wird. Niemand kann behaupten, dass Luxemburg eine Not leidende Region sei und wir dann bei Bestimmung der Neuabgrenzung der Gebiete unter Umständen im Verhältnis den Kürzeren ziehen würden.

Das ist ein Stück EU-Politik und nicht nur EU-Sachpolitik. Ich sage das einmal, damit wir wissen, wie es bei der Neuabgrenzung der Gebiete insgesamt aussieht, Herr Schmitt.

Meine Damen und Herren, ich erachte es für in Ordnung, dass die Bundesregierung gegen die Entscheidung der EU-Kommission zur Reduzierung der GA-Gebiete vor dem Europäischen Gerichtshof Klage erheben will. Weiter hat die EU-Kommission die so genannte Feinabgrenzung, die den Ländern einen Rest an Flexibilität gelassen hat und die bisher von der EU-Kommission anstandslos akzeptiert wurde, bei der aktuellen Neuabgrenzung generell abgelehnt. Das ist nach meinem Gefühl ein eindeutiger Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Ich sage das einmal so, da wir bisher den Vorteil hatten, dass wir das Konversionsgebiet Hahn in der Feinabgrenzung noch mit hineinnehmen konnten, Herr Kollege Bracht, Herr Kollege Mertes. Das wird jetzt schwer möglich sein.

Im Bereich der Konversionspolitik zeigen sich - trotz fehlender Unterstützung des Bundes, und zwar trotz Fehlens der Unterstützung aller Bundesregierungen - nach einer zwangsläufig längeren Anlaufphase die ersten Erfolge.

Ich möchte nur auf die Flugplätze Hahn, Zweibrücken und Bitburg, den Industriepark Trier, den ÖKOM-Park Birkenfeld und den PRE-Park in Kaiserslautern hinweisen. Trotz dieser Erfolge besteht für die Konversionspolitik noch ein erheblicher Handlungsbedarf, wobei jedoch angesichts der Haushaltssituation des Landes neue, größere Projekte in dem Umfang nicht mehr in Angriff genommen werden können. Die verfügbaren Mittel müssen vielmehr auf die bereits angelauften Projekte konzentriert werden.

Meine Damen und Herren, man kann heute schon mit Stolz vermelden, dass am Hahn mittlerweile mehr zivile Arbeitsplätze geschaffen worden sind, als jemals dort waren.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich füge hinzu: Das hat auch etwas mit der Verkehrspolitik zu tun. Das hat auch etwas mit der A 1, der B 41, der B 50 und auch etwas mit dem Mainzer Ring zu tun. Das muss man in aller Nüchternheit sehen. Wer meint, man könnte diese Projekte hintanstellen, muss die Auswirkungen im ländlichen Raum, insbesondere in den Konversionsgebieten, mit bedenken.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt der vorliegenden Anträge, insbesondere der beiden Anträge der SPD-Fraktion, bezieht sich auf die Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik des Landes.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz wird ganz entscheidend von der technologischen Entwicklung geprägt. Wir müssen deshalb unsere Spitzenposition im Bereich der neuen Technologien erhalten und durch eine zukunftsorientierte Technologie- und Forschungspolitik weiter ausbauen.

Rheinland-Pfalz verfügt inzwischen über ein dichtes Netz von Forschungseinrichtungen, Technologietransferstellen sowie Innovations- und Technologiezentren.

Die Technologiepolitik des Landes konzentriert sich auf die Zukunftstechnologien Informations- und Kommunikationstechnik, Mikro- und Feinwerktechnik, Bio- und Gentechnologie, Umwelt- und Energietechnik sowie Oberflächentechnik und neue Werkstoffe.

In Rheinland-Pfalz gibt es bereits 26 Gründer-, Innovations- und Technologiezentren. Hierzu gehören auch die Einrichtungen, die sich derzeit im Bau bzw. in einem konkreten Planungsstadium befinden.

Auf Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sollen diese Zentren durch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft noch enger miteinander verzahnt werden. Im Übrigen ist eine Koordinierung und Vernetzung der Transferstellen in Rheinland-Pfalz insbesondere eine Aufgabe der Innovations-Management GmbH.

Meine Damen und Herren, das Land wird den weiteren Ausbau des Netzes von Gründer-, Innovations- und Technologiezentren in Rheinland-Pfalz mit Investitionszuschüssen weiter fördern.

Dagegen sieht es die Landesregierung nicht länger als ihre Aufgabe an, als Mitgesellschafter für den laufenden Betrieb der Technologiezentren verantwortlich zu sein. Die Landesregierung beabsichtigt deshalb, sich aus der Gesellschafterposition bei den Technologiezentren an den fünf Oberzentren des Landes zurückzuziehen, da dies als Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung anzusehen ist. In keinem anderen Bundesland ist das Land als Gesellschafter an den Technologiezentren beteiligt. Deshalb kann ich die Kritik, die an dieser Absichtserklärung der Landesregierung von der CDU-Fraktion in den Ausschussberatungen geäußert wurde, nicht ganz nachvollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit „Rheinland-Pfalz inform“ hat das Land im Multimediacbereich eine Initiative gestartet, die zwischenzeitlich bundesweite Beachtung gefunden hat. Inzwischen wurden sämtliche Aktivitäten im „Aktionsplan Multimedia 1999 bis 2001“ zusammengefasst.

Mit dem Rheinland-Pfalz-Netz verfügt Rheinland-Pfalz über ein breitbandiges Datennetz, das in Deutschland einzigartig ist

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

und an das inzwischen sämtliche Verwaltungsstellen und Hochschulen angeschlossen sind. Dieses Netz soll nunmehr auch der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dabei handelt es sich um ein Hochleistungsnetz, wie es bundesweit einmalig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie aus meinen Ausführungen unschwer erkennen können, sind die in den beiden vorliegenden Anträgen enthaltenen Vorschläge und Forderungen bereits weitgehend eingeleitet bzw. sogar umgesetzt. Das hat auch etwas mit dem Zeitpunkt der Antragstellung zu tun. Ich könnte jetzt noch lange aus den Anträgen vorlesen, die interessant zu lesen sind. Sie würden übrigens auch hier und da bei manchem Wirtschaftswissenschaftler Verwunderung hervorrufen.

Damit sich Rheinland-Pfalz in dem verschärften Standortwettbewerb vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte seine Position erhalten und noch stärken kann, muss die Struktur-, Mittelstands- und Technologiepolitik innerhalb der Landespolitik auch künftig ihren bisherigen Vorrang behalten.

Trotz der allgemein schwierigen Haushaltssituation sind in dem von der Mehrheit des Landtags beschlossenen Doppelhaushalt hierfür die notwendigen Weichenstellungen vorgenommen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will abschließend noch etwas zu den Agenturen unter § 9 des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: Wir haben bereits ein flächendeckendes Netz zur Organisation und Abwicklung von Aufgaben des Wissenstransfers. Wesentliche Knoten dieses Netzes sind die Technologieberatungsstellen bei den Industrie- und Handelskammern - es handelt sich also um ein klassisches Subsidiaritätsprinzip -, bei den Handwerkskammern, Universitäten und Fachhochschulen sowie bei den außeruniversitären Forschungsinstituten. Diese Einrichtungen arbeiten übrigens sehr eng mit der Investitions- und Strukturbank zusammen. Das gilt insbesondere für Fragen der Finanzierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund fragt man sich schon, ob man noch mehr Bürokratie und noch mehr Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe braucht. Deshalb kann man nur raten, insgesamt die Anträge und den Gesetzentwurf abzulehnen; denn wir haben einerseits eine gute Geschäftsgrundlage, und wir können uns andererseits

mit der Wirtschaftspolitik und auch mit dem Status des Landes im Vergleich mit anderen Bundesländern gut sehen lassen.

Ein entscheidender Parameter sind immer wieder die Arbeitslosenzahlen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Bei den Arbeitslosenzahlen liegen wir, was immer beschwerlich ist, ---

Das hat übrigens auch etwas mit dem Bruttoinlandsprodukt zu tun. Jetzt haben wir einen leichten überproportionalen Anstieg, den Sie nicht erwähnen. Sie erwähnen das nur, wenn wir einmal unter dem Schnitt liegen, aber das ist das Geschäft der Opposition. Wenn man sich aber die Arbeitslosenzahlen betrachtet, sieht man, dass wir immer unter den drei „Spitzenländern“ liegen.

(Schöneberg, CDU: Wodurch denn? -

Mertes, SPD: Nicht durch Sie,
Herr Schöneberg!)

- Herr Schöneberg, es ist keine Frage, dass wir eine lange Grenze zu Luxemburg haben und dass wir vom Rhein-Main-Raum, vom Köln-Bonner-Raum und dem Westerwald

(Itzek, SPD: Rhein-Neckar-Raum!)

und vom Rhein-Neckar-Raum reden, aber es geht um die Frage, ob es in Ordnung ist, dass Sie nichts anderes zu tun haben, weil das nun einmal in Ihr politisches Kalkül passt, als sich hinzustellen und dieses Land in der Öffentlichkeit herunterzureden.

(Starker Beifall der F.D.P. und der SPD -
Schwarz, SPD: Das ist der Punkt!)

Wer das Land herunterredet, muss wissen, dass er damit keinen einzigen Investor anlockt. Ich möchte den Investor sehen, der in ein Land kommt, in dem man sich über den Zustand des Landes beschwert. Das ist doch der Punkt. Dann ist es wenig hilfreich, wenn man auf den Rhein-Main-Raum und auf den Rhein-Neckar-Raum verweist.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

- Das sage ich doch gar nicht. Ich habe doch gar nicht gesagt, dass alles wunderbar ist. Ich kann es nur nicht ertragen, dass Sie die objektiven Tatbestände nicht wahrnehmen wollen, weil das Ihre Vorurteile stört. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt könnten wir lange mit Walter Eucken die Anträge diskutieren, wenn er das noch erle-

ben könnte. Er würde mich fragen: Wer hat denn das geschrieben?

(Pörksen, SPD: Das möchte ich auch einmal wissen!)

Wir wollen uns einmal auf die Fakten konzentrieren, die auf dem Tisch liegen. Parameter Nummer 1 ist die Arbeitslosigkeit. Wenn man den vergangenen Monat betrachtet, haben wir im Gegensatz zu anderen Ländern überproportional eine Abnahme zu verzeichnen.

Jetzt kann man sich noch - das bestreite ich gar nicht - die Geschäftsgrundlage betrachten, mit welchen Möglichkeiten das Land gestartet ist. Die Gründung der Universität Kaiserslautern ist ein wesentlicher Faktor für dieses Land. Natürlich hat das eine andere Regierung getan. Das bezweifelt niemand. Man muss auch objektiv würdigen, dass zwischendrin die Deutsche Einheit bewerkstelligt werden musste.

(Dr. Weiland, CDU: Von anderen auch!)

- Ich sage das doch nicht. Sage ich das, Herr Dr. Weiland?

(Dr. Weiland, CDU: Das haben Sie gerade so dargestellt, Herr Minister!)

- Nein, nein. Sie müssen das einmal objektiv würdigen. Man kann nicht sagen: Hier haben wir die Verschuldungssituation, da eine andere Situation, und zwischendrin verschweigen wir einmal eben, dass eine Deutsche Einheit gemeinsam bewältigt werden musste und sollte.

(Dr. Weiland, CDU: Dazu gehört, dass andere dies auch bewältigt haben!)

Ich füge noch etwas hinzu, das bitte ich, zu überlegen. Das ist eine Sache, die mich in den letzten Tagen immer mehr persönlich bedrückt. Ich kann Ihnen einmal sagen, wie die Rechnung vor sich geht, wenn man vor der spannenden Frage steht, einen Investor in Rheinland-Pfalz zu etablieren. Man sagt zum Beispiel Folgendes zu mir: Ja, aber in Thüringen bekomme ich über 30 % Förderung steuerfrei.

Hier taucht die spannende Frage auf, wie lange diese Instrumente wirtschaftspolitisch nicht zu einer planwirtschaftlichen Lenkung führen. Ich sage das deshalb, weil wir dieses Problem mittlerweile sehen. Ich habe nichts dagegen, etwas zur Infrastrukturförderung beizutragen. Hier ist mittlerweile die Grenze erreicht, an der diese Förderkriterien ungerecht werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Thomas, darüber können wir gern ein anderes Mal diskutieren. Ich bin der Meinung, dass sich die Wirtschaftspolitik des Landes sehen lassen kann, das Land im Ranking gut darstellt

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

und die Geschäftsgrundlage so ist, wie sie war. Man muss alles berücksichtigen. Ich bin der Überzeugung, dass wir ohne diesen gesetzlichen Regelungsmechanismus auf gutem Weg sind. Das spüren die Bürgerinnen und Bürger jeden Tag. So äußern sich auch derzeit die Meinungsumfragen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Bauckhage, Ihre Kritik an unserem Gesetzentwurf war am Anfang redaktioneller Art. Darüber hätten wir reden können. Wenn Sie bestimmte Formulierungen stören, weil sie zu akademisch sind, kann man das durchaus ändern. Ihre Kritik, die Sie danach angebracht haben, als sie zu den Agenturen gesprochen haben, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Natürlich gibt es Institutionen, die beraten, ob das die Kammer oder die ISB ist. Die arbeiten doch zum Teil aneinander vorbei. Wenn wir uns für die Einrichtung regionaler Agenturen verwenden, dann denken Sie doch nicht mit dem Denken von vor zehn Jahren, dass wir ein Häuschen bauen und drei Leute hineinsetzen wollen, sondern dann denken wir vernetzt

(Zurufe von der SPD)

und wollen die Beratungsangebote verbinden, das Internet nutzen und das, was an Leistungen erbracht wird, zusammenführen. Das wollen wir tun, damit kreatives Potenzial in den Regionen gefördert wird, statt es zentral zu steuern. Das ist nämlich Ihr Ansatz, den Sie mit der ISB fahren. Sie merken nicht, wo Sie die Probleme bekommen. Wir erfahren das bei jeder Kreisbereisung und bei vielen Unternehmen, was die Beratungsleistung sowohl bei Existenzgründungen als auch bei Unternehmenserweiterungen angeht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, das, was Sie als Wirtschaftspolitik dieses Landes skizziert haben, ist für mich nach wie vor eine Wirtschaftspolitik ohne Vision. Sie sagen, dass man Rahmenbedingungen ändern muss. Jetzt wird auf Bundesebene eine Unternehmenssteuerreform mit Entlastungen von über elf Milliarden DM für den Mittelstand vorbereitet.

Herr Kuhn, das hat die F.D.P. in Bundesregierungszeiten nie hinbekommen. Sie können den Mund ruhig wieder schließen. Fragen Sie einmal den Finanzminister, was das finanzpolitisch für dieses Land bedeutet. Er hat es im Rahmen der Haushalts-

beratungen gesagt. Das bedeutet 850 Millionen DM geringere Steuereinnahmen, 750 Millionen DM, wenn man von einer Nettofinanzierung ausgeht.

Herr Kuhn, dann müssen Sie oder die Landesregierung mir sagen, wo Sie dann in der Konsequenz Ihre Wirtschaftspolitik ändern können. Man kann doch nicht zum einen sagen: Wir müssen bei den Unternehmen mehr Geld belassen, damit sie aufgrund der eigenen Kreativität und Weisheit geschickt und gescheit wirtschaftlich handeln, aber gleichzeitig die Position beziehen, wir machen als Regierung mit unseren Schwerpunkten und unseren Fördertöpfen so weiter. - Beides zusammen geht nicht.

(Schwarz, SPD: Das tun wir doch auch nicht!)

Sie müssen einen Schwerpunkt im Bereich der Infrastruktur, der Bildungspolitik, der Bildungseinrichtungen, der Forschung und Entwicklung in diesem Land setzen. Alles zusammen geht nicht.

Herr Bauckhage, dazu haben Sie kein Wort verloren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Schwarz, SPD: Muss er auch nicht!)

Wenn Herr Heinz in seinem Beitrag die Zahlen des Europäischen Statistikamts bezieht, hat er doch das Nachsehen, wenn er nicht auf aktuellere Zahlen eingehen kann, die heute per dpa-Meldung kamen.

Herr Bauckhage, wenn Sie sagen, dass liegt nur an bestimmten Parametern, dass das Land in diesen neuesten Untersuchungen schlechter abschneidet, dann müssen Sie sich die Parameter anschauen.

(Glocke des Präsidenten)

Die Parameter sind nicht die Mitarbeiterzahlen, --

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich fertig.

-- die aufgrund ganz bestimmter Unternehmenskonzentration vorhanden sind, sondern die Kriterien sind zum Beispiel Beschäftigungsdynamik. Das ist etwas, was man in Gang setzen würde. Wenn sie hier in Rheinland-Pfalz vorne liegen würden, wäre das tatsächlich ein Ergebnis guter Wirtschaftspolitik, indem Sie Entwicklungen vorangebracht haben. Genau bei diesem Faktor schneiden Sie schlechter ab. Das werden Sie morgen detailliert lesen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar das Jugendparlament Bellheim. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Landesgesetz zur Förderung von Handwerksbetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen und Existenzgründungen“ - Drucksache 13/4216 - in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5473 - die Ablehnung empfiehlt. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz“ - Drucksache 13/3703 -, da die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5428 - die Ablehnung empfiehlt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD „Technologietransfer in Rheinland-Pfalz“ - Drucksache 13/4624 -, da die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5429 - die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. „Mittelstand in Rheinland-Pfalz stärken“ - Drucksache 13/3906 -, da die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drucksache 13/5537 - die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD „Entwicklung des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz“ - Drucksache 13/3891 -, da die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Ver-

kehr - Drucksache 13/5550 - die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und der F.D.P gegen die Stimmen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart, den Punkt 11 der Tagesordnung morgen zu beraten.

Ich rufe nun Punkt 12 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 13/5476 -

Erste Beratung

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Zur Begründung erteile ich Herrn Staatsminister Gerster das Wort.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Landesgesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes, das seit 1963 mehrfach geändert wurde, hat sich im Vollzug im Wesentlichen bewährt. Mit der vorliegenden Novelle sollen einige Detailverbesserungen vorgenommen werden, die vor allem aus kommunaler Sicht von Bedeutung sind. Schwerpunkt ist die Änderung einer Vorschrift, die die Kostenbeteiligung kreisangehöriger Gemeinden an den Sozialhilfekosten der Landkreise regelt. Dies soll künftig auch nach Wunsch der kommunalen Spitzenverbände gerechter geregelt werden.

Worum geht es? Die Gewährung der Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt ist in Rheinland-Pfalz weitgehend auf die Verbandsgemeinden übertragen. Nach den bestehenden Regelungen sind die Gemeinden mit einem Anteil von 25 % an den Aufwendungen des Landkreises für die Hilfe zum Lebensunterhalt zu beteiligen. Allerdings sind nicht die Ortsgemeinden in den Entscheidungsprozess über die Hilfe zum Lebensunterhalt eingebunden, sondern die Verbandsgemeinden. Diese können anstelle der Ortsgemeinden den Anteil an den Kosten tragen, die Wohngemeinden für die Antragsteller sind, aber nur dann, wenn alle Ortsgemeinden zustimmen. Nur wenn alle Ortsgemeinden in einer Verbandsgemeinde einverstanden sind, kann der kommunale Interessenanteil an der Hilfe zum Lebensunterhalt für die Ortsgemeinden von der Verbandsgemeinde getragen werden.

Meine Damen und Herren, dies hat dazu geführt, dass es bei Verbandsgemeinden mit sehr unterschiedlicher Struktur nicht zu solchen Beschlüssen kam. Ich denke an Verbandsgemeinden, die an Hauptverkehrsstraßen liegen, die aber auch

etwas entfernt von dieser Verkehrsader dann noch einige Ortsgemeinden liegen haben, wo die Ortsgemeinden an der Hauptverkehrsstraße in der Regel auch sehr viel stärker von Sozialhilfefällen betroffen waren, weil dort der Zuzug stärker war, weil dort zum Beispiel auch Einmalzahlungen stärker geleistet werden mussten, etwa an wohnsitzlose Bewerber und anderes mehr.

Das Einstimmigkeitsprinzip hat bisher im Wesentlichen die Gemeinden geschützt, die in einer Verbandsgemeinde relativ wenig von Sozialhilfefällen betroffen sind. Diese haben dann in der Regel nicht mitgemacht, wenn der kommunale Anteil von den Verbandsgemeinden anstelle der Ortsgemeinden getragen werden sollte.

Künftig wollen wir dies im Einvernehmen mit dem Gemeinde- und Städtebund ändern, sodass künftig der Kostenanteil von einer Verbandsgemeinde getragen werden kann, wenn mehr als die Hälfte der Ortsgemeinden zustimmt, in denen mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner der Verbandsgemeinde wohnen. Dies scheint uns gerecht, weil sich damit auch die Mehrzahl der sozialen Wirklichkeit in einer solchen Regelung, die dann einvernehmlich alle betrifft, widerspiegelt. Also auch dann, wenn einige Ortsgemeinden, die eigentlich bei der anderen Regelung besser fahren, nicht einverstanden sind, soll es künftig durch Mehrheitsentscheidung in der eben beschriebenen Weise auf die Verbandsgemeinde übertragen werden können.

Bei den Umzugsfällen gibt es ein weiteres Problem. Das habe ich, ehrlich gesagt, auch erst durch gründliches Nachlesen der entsprechenden Akten verstanden. Wenn ein Einwohner von einer Gebietskörperschaft in eine andere umzieht, in der neuen Gebietskörperschaft Sozialhilfe beantragt, und zwar sehr zeitnah zum Umzug, wird innerhalb einer bestimmten Frist, nämlich von vier Wochen, die alte Wohngemeinde belastet.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

- Innerhalb eines Monats nach dem Aufenthaltswechsel muss der Antrag gestellt werden. Die Belastung geht bis zu zwei Jahren. Sie haben Recht, aber der Antrag muss einen Monat nach dem Umzug gestellt werden. Wenn er ein Vierteljahr später gestellt wird, ist dieser Verrechnungsmodus nicht mehr möglich.

Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz ist es in diesen Umzugsfällen dem nunmehr kostenerstattungspflichtigen Landkreis nicht möglich, die kreisangehörige Gemeinde des bisherigen Aufenthalts zur Kostenerstattung heranzuziehen. Also das Herunterbrechen dieser Altfallregelung war nicht möglich bis auf die Ortsgemeinde. Auch dies soll jetzt geändert werden. Im Grunde genommen ist das alles nur logisch. Man hätte es schon längst machen können, aber wie das so ist, ist bei dem Ausführungsgebot möglicherweise auch diese relativ seltene Fallkonstruktion nicht so gründlich beachtet worden, wie wir es jetzt durch viele Hinweise beachten konnten.

Die Benachteiligung der erstattungspflichtigen Landkreise wird also aufgehoben.

Ein letzter Punkt wird durch diese Novelle geregelt, und zwar eine Verringerung der Regelungsdichte. Wir wollen künftig den Kommunen nicht mehr zwingend vorgeben - ich hoffe, dass Sie diesem Vorschlag des Ministeriums zustimmen -, ob ein Sozialhilfeausschuss gebildet wird oder in anderer Weise die sozial erfahrenen Personen beteiligt werden. Wir meinen, dass das im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung durchaus auch von Fall zu Fall in unterschiedlichen Formen auf der kommunalen Ebene entschieden werden kann.

Ich bitte Sie sehr um eine zügige Beratung des Gesetzentwurfs, der, wie ich finde, alles verbessert und niemanden zu Unrecht benachteiligt.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kramer das Wort.

Abg. Kramer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Gerster hat den Sachverhalt umfangreich geschildert, sodass ich mich auf wenige Punkte konzentrieren kann.

Herr Minister, Sie haben im Sommer 1999 diesen Entwurf vorgelegt. Daher wundern wir uns, dass der Gesetzentwurf nicht früher eingebracht wurde, damit er eventuell hätte am 1. Januar 2000 in Kraft treten können, um verwaltungsmäßig weitere Einsparungen vornehmen zu können, anstatt jetzt erst in die Beratung zu gehen. Es sollte noch einmal überlegt werden, warum das nicht passiert ist.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihre Ausführungen geprüft, wir haben den Gesetzentwurf geprüft. Wir wollen, dass das Einstimmigkeitsprinzip, das angesprochen wurde, abgeschafft wird. Wir unterstützen dies, zumal auch der Gemeinde- und Städtebund, vor allem auch der Landkreistag, dies befürwortet haben. Wir sind auch bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Verteilungsgerechtigkeit der anfallenden Kosten verändert werden soll und dass die vorgeschlagene Lösung dazu beiträgt, eine bessere Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen.

Ferner ist gerade für unsere Gemeinden, für die Verbandsgemeinden und für die Landkreise entscheidend, dass die Tatbestände im Falle der Kostenerstattung reduziert werden sollen, dass die Verwaltung vereinfacht werden soll. Daher ist in

diesem Bereich unsere Zustimmung zu erhalten. Wir werden diesen Gesetzentwurf in den weiteren Beratungen positiv begleiten.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem das bisher so zügig ging, will ich es auch nicht sehr viel länger ausdehnen.

Herr Minister Gerster hat ausführlich das Problem und das Regelungsbedürfnis geschildert und die wichtigsten Änderungen dargestellt.

Ich will das noch um einige Aspekte persönlicher Erfahrung ergänzen. Ich lebe an der Nahtstelle einer kleinen Stadt und einer Verbandsgemeinde. Ich habe in den vergangenen Jahren sehr häufig miterlebt, dass sogar Druck auf Familien, auf Menschen ausgeübt wurde, die Sozialhilfeempfänger waren, um sie aus der Finanzierung des kleinen Ortes, des Dorfes herauszubekommen.

Man hat sich abgeschottet. Das könnte sich durch dieses Änderungsgesetz erheblich ändern, sodass bei der Flucht in die Anonymität einer Stadt, auch wenn sie klein ist, eben nicht mehr das Problem auftaucht, dass die Stadt dann auch alle Kosten tragen muss, sondern dass - dies war der zweite Punkt - die Umzugsregelung eintritt, das heißt, dass der Landkreis als derjenige, der die Kostenerstattung durchführen muss, auch die Rückforderungsmöglichkeit auf die frühere Wohnsitzgemeinde geltend machen kann.

Des Weiteren ist es sogar direkt zur Verhinderung der Schaffung von Wohnraum gekommen, indem in kleinen Dörfern die Angst bestand, wenn jemand ein Mietshaus baut, haben wir demnächst Sozialhilfeempfänger darin wohnen.

Wir als SPD-Fraktion unterstützen dieses Änderungsgesetz ausdrücklich und erhoffen uns davon mehr Gerechtigkeit bei der Zusammenarbeit in den Gemeinden und damit auch eine leichtere politische Tätigkeit für alle Beteiligten, also auch für alle Fraktionen in den Landkreisen.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, der möglicherweise einige Irritationen hervorruft, nämlich den Wegfall der Regelungen bezüglich der Verpflichtung, den Sozialhilfeausschuss zu bilden. Das Bundessozialhilfegesetz besagt, dass vor dem

Erlass von Verwaltungsvorschriften Träger sozialer Belange bzw. Experten gehört werden müssen. Das ändert sich nicht durch den Wegfall der Verpflichtung, Sozialhilfeausschüsse zu bilden. Auch in diesem Punkt schließen wir uns der Meinung des Ministeriums an, dass die kommunale Selbstverwaltung diese Regelungen entsprechend durchführen kann.

Die SPD-Fraktion unterstützt also uneingeschränkt die Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes. Wir hoffen, dass es auch zügig zur Umsetzung kommt.

Danke schön.

(Beifall der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich eruste der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Die Aufwanderstattung durch Verbandsgemeinden zu erleichtern und es den Landkreisen in Fällen des § 107 des Bundessozialhilfegesetzes zu ermöglichen, Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden an Aufwendungen zu beteiligen, sind die plakativen Ziele des vorliegenden Gesetzentwurfs. Ich denke, beide Ziele sind unstrittig.

Nebenher erledigen sie allerdings auch noch den Abbau bestehender Beteiligungsrechte, was nicht explizit in den Zielen zu lesen ist. Darauf möchte ich das Augenmerk lenken.

In der Begründung steht, dass der Gesetzgeber Anliegen entgegenkommen kann, „dass künftig auf nicht erforderliche Vorgaben für die Beteiligung sozial erfahrener Personen beim Widerspruchsverfahren verzichtet wird“. Bei der Überprüfung von Standards in Rechtsvorschriften haben sich die kommunalen Spitzenverbände auf Anfrage für die Aufhebung des § 19 des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes ausgesprochen und damit für die Abschaffung der Sozialhilfeausschüsse. Das fordern ebenfalls die Sozialhilfeträger.

Die Position der Organisationen der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und der sozial erfahrenen Personen dagegen fand keinen Eingang in die Begründung. Bisher sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe verpflichtet, Sozialausschüsse zu bilden. Mit der Aufhebung des § 19 werden diese Ausschüsse allein Sache des örtlichen Trägers der Sozialhilfe.

Zwar wird darauf hingewiesen, dass nach § 114 des Bundessozialhilfegesetzes die örtlichen Träger der Sozialhilfe nach wie vor sozial erfahrene Personen anzuhören haben, bevor sie allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen. In welcher

Form das geschieht, liegt bei den örtlichen Trägern. Einige sind in diesem Bereich sicherlich sehr engagiert, anderen aber war dieser Ausschuss schon immer lästig, und jetzt könnte er ganz legal einfach abgeschafft werden.

Sozialhilfeausschüsse aber sind mehr als sozial erfahrene Personen, die zu hören sind. Sie sind Fachgremien, und sie können Anwaltsfunktion haben und Lobby für diejenigen sein, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Diese Anwaltsfunktion wird aus meiner Sicht geschwächt, und wer hört schon gern auf schwache Stimmen?

Auch der Landessozialbeirat wird in seinen Kompetenzen aus unserer Sicht beschnitten. Immerhin muss das fachlich zuständige Ministerium zurzeit noch mit ihm Einvernehmen herstellen, wenn es darum geht, Aufgaben, die dem überörtlichen Träger obliegen, an örtliche Träger zu delegieren.

Jetzt soll dieses Einvernehmen durch eine Rechtsverordnung ersetzt werden. Als Ausgleich ist vorgesehen, dass der Landessozialbeirat künftig bei allen Rechtsverordnungen gehört wird. Das ist kein guter Ausgleich, kann doch das fachlich zuständige Ministerium die Stellungnahme des Landessozialbeirats berücksichtigen, kann ihn hören oder auch nicht. Die Herstellung des Einvernehmens war schon eine andere Hürde.

Auch die Änderung des bisherigen § 23 verheißt für Beteiligungsrechte nichts Gutes. Bisher ist die Landesregierung verpflichtet, durch Rechtsverordnung zu regeln, in welcher Weise sozial erfahrene Personen beteiligt werden sollen, wenn ein Bescheid über einen Widerspruch gegen die Ablehnung der Sozialhilfe oder gegen die Festsetzung ihrer Art und Höhe erlassen werden sollte. Künftig soll es im Ermessen des fachlich zuständigen Ministeriums liegen, ob eine solche Rechtsverordnung erlassen wird, was bedeutet, ob sozial erfahrene Personen beim Widerspruchsverfahren überhaupt beteiligt sind.

Dass die Sozialausschüsse aufs Spiel gesetzt und die Bedeutung sowie Kompetenzen des Landessozialbeirats eingeschränkt werden sollen, wie es in diesem Gesetzentwurf vorgesehen wird, gibt uns einmal mehr in diesem Bereich Anlass zur Sorge. Meine Damen und Herren, Sie pflegen und entwickeln nicht wichtige Beteiligungsrechte weiter, sondern Sie bauen sie ab. Meine Damen und Herren, ob die Bürokratie auf diese Fachlichkeit dieser Leute verzichten kann, möchte ich einmal bezweifeln; denn es bleibt immer wichtig, die Ausführung gerade von Gesetzen wie dem Bundessozialhilfegesetzes, bei dem es um Einzelfälle und Lebenschancen von einzelnen Menschen geht, durch starke Gremien mit zu gestalten und sie nicht allein der Verwaltung zu überlassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, über ein Drittel der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt sind Jungen und Mädchen bis 18 Jahre. Auch ihre, wenn auch nicht sehr starke, Lobby soll mit dem vorliegenden Gesetz noch weiter geschwächt werden. Ich finde, dass sich das kinderfreundliche Rheinland-Pfalz das nicht leisten sollte. Vielmehr geht es gerade im Sinne dieser Kinder und Jugendlichen darum, die Beteiligung der Betroffenen und Fachleute zu stärken.

Ich gehe davon aus, dass im Ausschuss dazu noch einmal eine Anhörung stattfinden wird, bei der auch die Betroffenen sowie auch die Fachverbände in diesem Bereich angehört werden sollten.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ziele des vorliegenden Gesetzes sind einsichtig und vom Minister klar dargelegt worden. Die Ziele sind:

1. Die Zuständigkeitsregelungen werden noch sachgerechter.
2. Bearbeitung, Bewilligung und Finanzierung aus einer Hand, die diese landesrechtliche Neuregelung nun forciert, wird dem vielfältigen Ruf nach vereinfachten Verwaltungsabläufen gerecht.
3. Damit wird gleichzeitig eine gerechtere Lastenverteilung durch die Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips erreicht.

4. Eine Verbesserung ergibt sich auch aus der Regelung zur Erstattung in Umzugsfällen. Das ist etwas, was vor Ort besonders begrüßt wird.

5. Einem weiteren wichtigen Anliegen der Landkreise wurde im neuen § 16 - jedenfalls soweit dies dem Landesgesetzgeber möglich ist - entsprochen. Es geht dabei um die Beteiligung sozial erfahrener Personen im Widerspruchsverfahren. Eine Überprüfung der Landesverordnung nach In-Kraft-Treten des neuen § 16 eröffnet zudem die Chance, die kommunale Entscheidungsfreiheit in diesem Bereich noch weiter zu stärken.

Da mit diesem Landesgesetz unstrittig Verbesserungen des Verwaltungshandels verbunden sind und diese vor Ort auch einhellig begrüßt werden, solten wir es möglichst schnell umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuier:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird empfohlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/5476 - an den Sozialpolitischen Ausschuss - federführend -, an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss zu überweisen. - Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich darf mich herzlich bedanken und lade Sie zur 107. Plenarsitzung am Donnerstag, 9.30 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr.